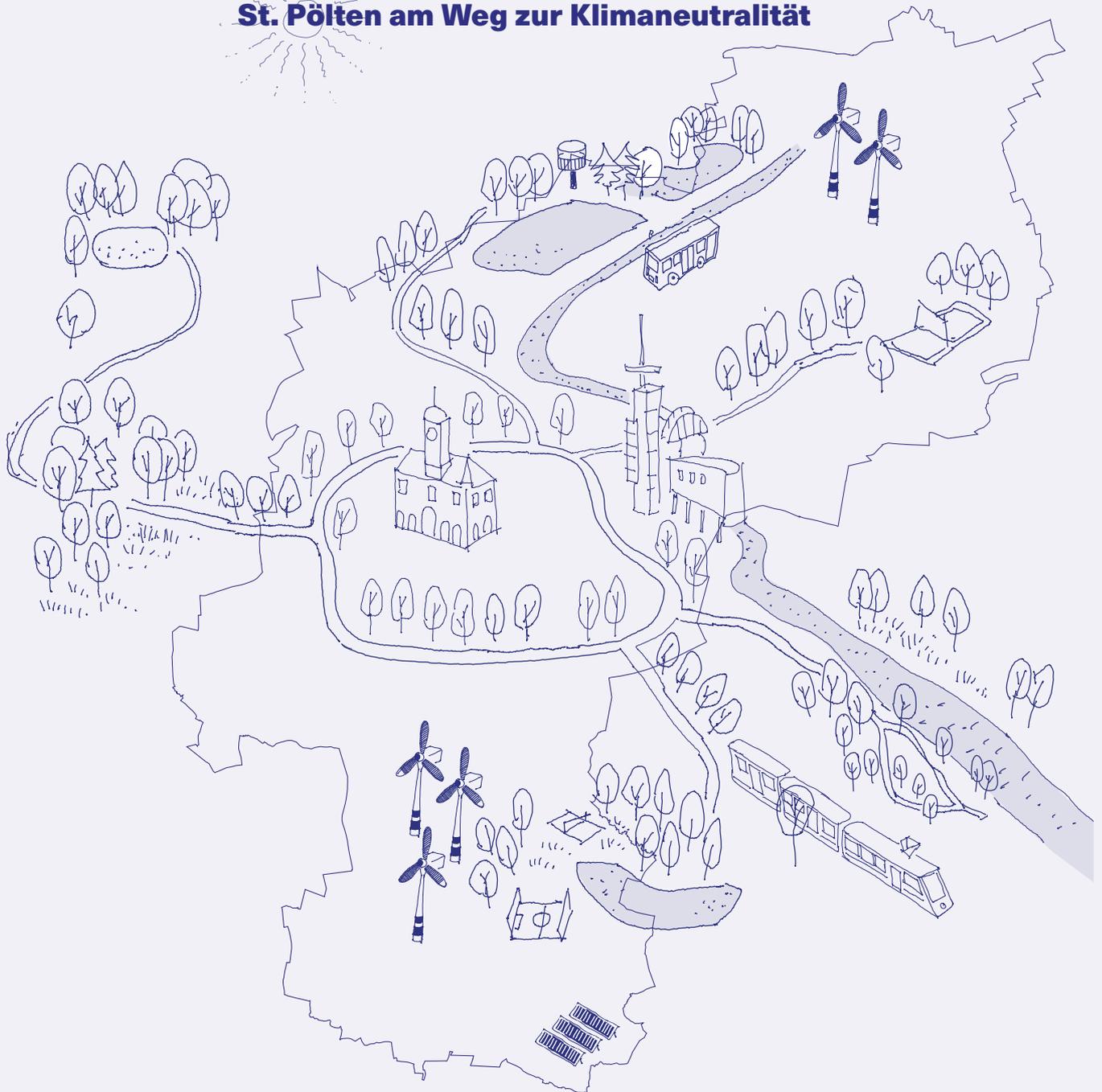
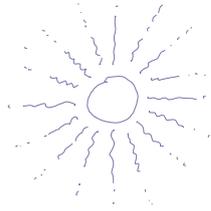


KLIMA-RAHMENSTRATEGIE ST. PÖLTEN 1.0

St. Pölten am Weg zur Klimaneutralität





An der Erstellung der Klima-Rahmenstrategie waren über 20 Abteilungen des Magistrats der Stadt St. Pölten, zahlreiche St. Pöltner:innen, Vertreter:innen des Landes Niederösterreich und Magistratsmitarbeiter:innen anderer österreichischer Städte beteiligt.

Wir danken allen, die mit ihrem Input wichtige Inhalte und Expertisen beigesteuert, sich eingebracht und ganz wesentlich zur Erarbeitung der Klima-Rahmenstrategie beigetragen haben!



Inhaltsverzeichnis

01 St. Pölten stellt sich den Herausforderungen: Lokale Antworten auf globale Ziele	08
Klimaziele, Klimaschutz	11
Herausforderungen am Weg zur Klimaneutralität	13
Deshalb braucht St. Pölten eine Klimastrategie	15
02 Der gemeinsame Weg zur Klima-Strategie	18
So ist die Strategie entstanden & wer an ihr mitgearbeitet hat	21
So versteht sich die Klima-Rahmenstrategie	26
03 St. Pölten entwickelt sich klimaneutral und passt sich an	28
St. Pölten: Ressourcen nutzen und Flächen sparen	30
Stadtnatur, Grünräume und Klima schützen	32
Der öffentlicher Raum als Bühne für eine nachhaltige Zukunft	33
Die Wärme- und Energiewende lokal vorantreiben	34
Mobilitätswende gestalten - Stadtverträgliche und nachhaltige Mobilität	35
Gemeinsam aktiv und nachhaltig	36
04 Klima-Gesamtstrategie	40
Sektoraler Bereich Energie, Gebäude und Wärme	42
Sektoraler Bereich Mobilität	56
Sektoraler Bereich Stadtplanung	68
Sektoraler Bereich Kommunikation, Bewusstseinsbildung & Beteiligung	82
05 Von der Strategie zur Umsetzung	92
Neue Governance Strukturen: Das St. Pöltner Modell	96
Aufgabenfelder der Klima-Koordinationsstelle	98
So geht es jetzt weiter	100
Mögliche erste Schritte zur Umsetzung	102

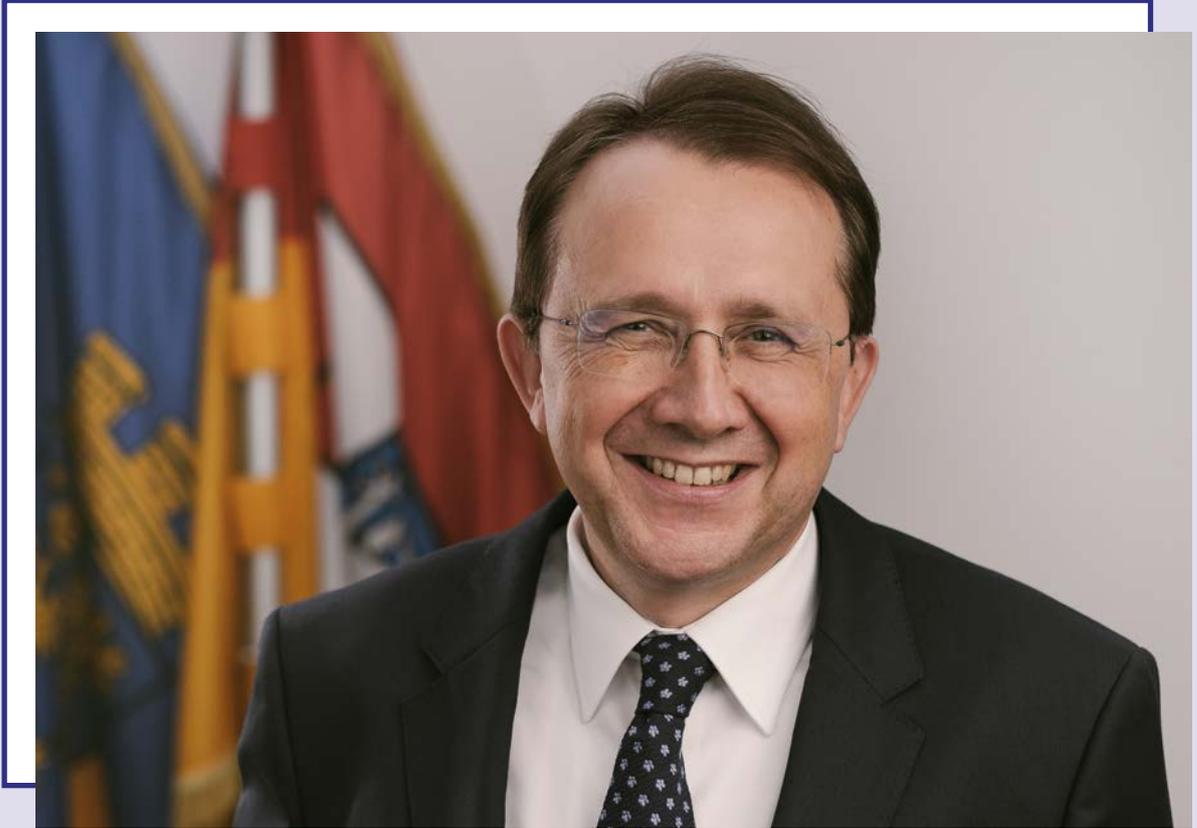


Foto: Medienservice St. Pölten



Matthias Stadler

Mag.

Bürgermeister St. Pölten

»Klimaschutz und Klimawandelanpassung sind Gemeinschaftsaufgaben – die beziehen sich nicht nur auf die verwaltungsinternen Strukturen, sondern auch auf politische und zivilgesellschaftliche Ebenen. Es erfordert ein gemeinsames Anpacken, um die ambitionierten Klimaziele Österreichs und der EU zu erreichen. Dabei steht auch die Stadt St. Pölten in der Pflicht, in ihrem eigenen Wirkungsbereich die notwendigen Schritte zu setzen und ihren Beitrag zu leisten. Nur so können wir die bestehende Lebensqualität unserer Stadt erhalten und auch weiter fördern.«

01



Foto: Christian Fürthner

St. Pölten stellt sich den Herausforderungen: Lokale Antworten auf globale Ziele



Klimaziele und Klimaschutz

Die Klimakrise ist ein menschengemachtes Problem. Darüber ist sich die große Mehrheit aller Naturwissenschaftler:innen einig (siehe u.a. Oreskes 2004, Doran & Zimmermann 2009, Cook et. al 2013)¹. Nur die von uns verursachten Treibhausgas-Emissionen können die eklatanten Veränderungen des Klimas erklären.

Unvermeidbare Folgen des Klimawandels

Der Mensch, Tiere sowie Pflanzen können sich auf natürliche Weise (z.B. durch Evolution) nicht rasch genug an die durch den Klimawandel verursachten Veränderungen anpassen. Dies hat fatale Folgen auf vielen Ebenen und zeigt auch, dass neben dem Klimaschutz eine äußere Anpassung an die Klimakrise geschehen muss (Klimawandelanpassung).

Der Temperaturanstieg ist eine der für Menschen spürbarsten Folgen des Klimawandels. Die Anzahl der Hitzetage (Tagesmaximum der Lufttemperatur $\geq 30\text{ °C}$) und Tropennächte (nächtliches Minimum der Lufttemperatur $\geq 20\text{ °C}$) steigt drastisch an. Besonders Tropennächte sind für den menschlichen Organismus fatal. Der Körper kommt nicht zur Ruhe, Herz und Kreislauf werden belastet. Folge sind Hitze-

assoziierte Todesfälle, die in überdurchschnittlich heißen Jahren die Anzahl der Verkehrstoten übersteigen.²

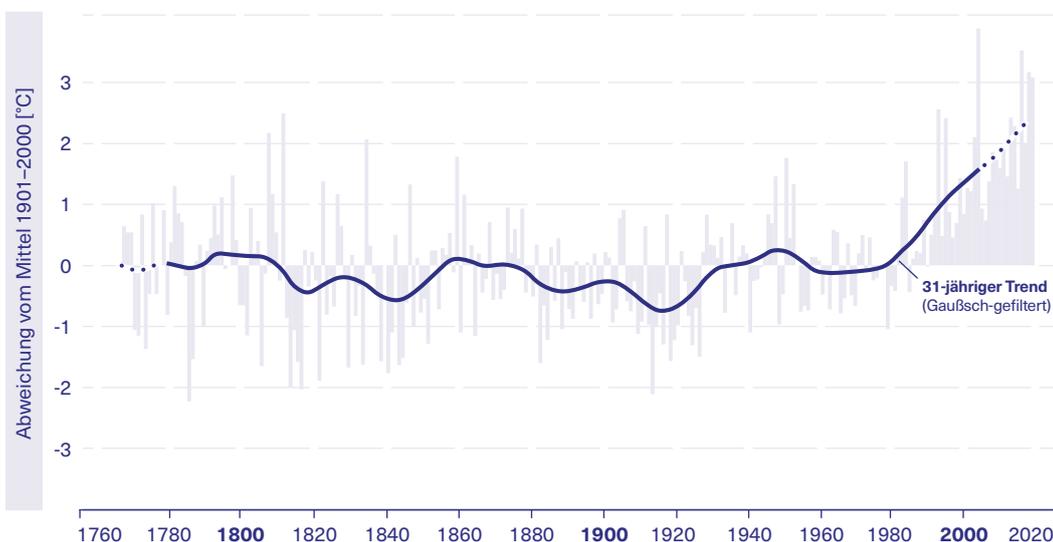
Weitere Folgen der Klimakrise sind:

- Ernteauffälle (Trockenstress für Pflanzen oder Hagelereignisse)
- Extremereignisse (Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen, Waldbrände, Starkregenereignisse)
- Schädlinge (z.B. Borkenkäfer)
- Gletscherschmelze
- Anstieg des Meeresspiegels etc.

Solche Ereignisse ziehen wiederum weitere Folgen mit sich. Denn sie können beispielsweise dazu führen, dass Regionen unbewohnbar werden oder einzelne Pflanzen- und Tierarten aussterben.

Temperaturabweichungen in Österreich (Sommer 1767 – 2018)

Quelle: zamg.at/histalp, eigene Darstellung



¹ <https://www.science.org/doi/pdf/10.1126/science.1103618>, <https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/>, <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/8/2/024024>

² <https://www.statistik.at/statistiken/tourismus-und-verkehr/unfaelle/strassenverkehrsunfaelle>

Klimaschutz und Klimawandelanpassung

Unser Pfad auf dem Weg zu den schlimmsten Szenarien der Klimakrise ist noch nicht festgelegt - es liegt jedoch an uns durch effektiven Klimaschutz rasche Änderungen einzuleiten. Gebietskörperschaften nehmen dabei eine besondere Vorreiter- und Vorbildrolle ein.

Viele Sektoren müssen sich rasch ändern. Der Verkehr sowie Energie und Industrie gehören zu den Sektoren mit den höchsten Treibhausgas (THG)-Emissionen. Während andere Sektoren bereits die Trendwende geschafft haben, steigen die Emissionen des Verkehrs weiterhin stetig an.

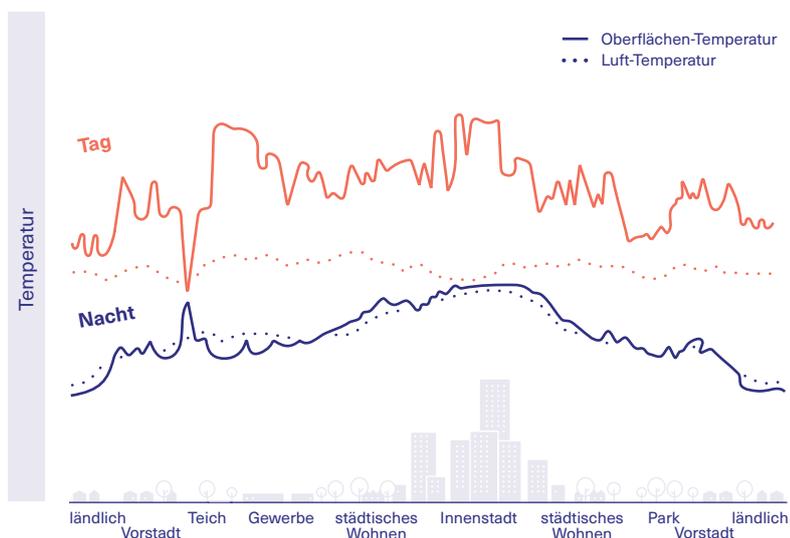
Österreich hat sich als Ziel gesteckt, bis 2040 die Klimaneutralität zu erreichen. Maßnahmen dafür sind die ökosoziale Steuerreform, der Mobilitätsmasterplan 2030, der Ausbau Fern- und Nahwärme etc.

vgl. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/cop-26-gemeinsame-sache-im-kampf-gegen-den-klimawandel.html>

Die EU will bis 2050 klimaneutral werden. Dies beinhaltet auch das Ziel die Netto-THG-Emission bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 55% zu verringern. Mit dem Übereinkommen von Paris haben sich 2015 die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, u.a. die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C (möglichst 1,5 °C) zu begrenzen (gegenüber vorindustriellen Werten) und die globalen THG-Emissionen bis 2050 auf (netto) Null zu senken.

Schematische Darstellung des Städtischen Wärmeinseleffektes (UHI)

Quelle: Environmental Protection Agency, eigene Darstellung



Bei der Weltklimakonferenz in Glasgow (COP26) wurde das 1,5 °C Ziel nochmal bestärkt, ein Ausstieg von Kohle gefordert und auch Hilfen für finanzschwächere Staaten ausgesprochen.

Klimaschutz soll den weiteren Fortschritt der Klimakrise bremsen. Der Klimawandel ist aber kein zukünftiges, vages Konstrukt. Die Folgen sind bereits stark spürbar. Deshalb ist eine Anpassung an die bereits stattfindenden und nicht mehr umkehrbaren Auswirkungen des Klimawandels ebenso wichtig. Die Klimawandelanpassung rückt seit dem Pariser Klimaabkommen zunehmend mehr in den Vordergrund und soll eine gleichwertige Rolle zum Klimaschutz einnehmen. Um unsere Lebensräume an das veränderte Klima anzupassen, können verschiedenste Maßnahmen eingesetzt werden. Im urbanen Raum verringern z.B. klimafitte Straßen und Wohngebiete den Hitzestress in der Stadt und steigern gleichzeitig die Lebensqualität der Bewohner*innen.

Rolle der Städte

Städten kommt eine Schlüsselrolle zu: Global leben über 56% der Menschen in Städten (UN, 2018), Tendenz steigend. Laut UN Habitat stammen 71 bis 76 % der CO₂-Emissionen aus dem weltweiten Energieendverbrauch aus urbanen Räumen.

Zusätzlich sind Städte aufgrund ihrer starken, örtlichen Konzentration von Menschen, Infrastruktur und Unternehmen besonders vulnerabel gegenüber den Folgen des Klimawandels. Durch den hohen Versiegelungsgrad von Städten wird Wärme gespeichert und nur wenig in der Nacht abgegeben.

Dieser Effekt wird städtische Wärmeinsel genannt und führt unter anderem zu einer weiteren Vermehrung von Tropennächten. Die gefühlte Hitze untertags wird hauptsächlich durch die Sonneneinstrahlung verursacht.

Gleichzeitig bieten Städte ein hohes Potenzial, um im Klimaschutz aktiv zu werden. Effiziente und qualitativ hochwertige Planung von Stadtquartieren und Infrastruktur kann z.B. zu einer Verringerung des Individualverkehrs führen.

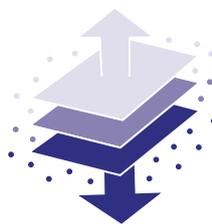
Herausforderungen am Weg zur Klimaneutralität

Auf dem Weg zur Klimaneutralität stehen Städte vor großen Herausforderungen. Bund, Länder und Gemeinden müssen an einem Strang ziehen, um diese Aufgaben zu meistern. Besonders kleinere Städte sind dabei auf neue Kooperationen auf allen Ebenen angewiesen.



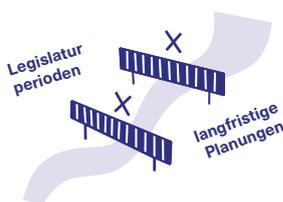
Lücken in der Gesetzgebung gibt es in Österreich derzeit auf mehreren Ebenen: Einerseits auf weit übergeordneter Ebene: Seit Auslaufen des Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene mit dem 1. Jänner 2021 ist noch keine neue Version beschlossen worden. Andererseits stoßen auch die Länder hinsichtlich ihrer Raumordnungsgesetze schnell an Grenzen, etwa bei der Umsetzung des 2,5-Hektar-Bodenverbrauchsziels. Den Städten selbst fehlt es oft an wichtigen Verordnungstexten, z.B. um vorzugeben, wieviel Fläche eines Grundstückes begrünt sein muss.

Föderalismus als Herausforderung



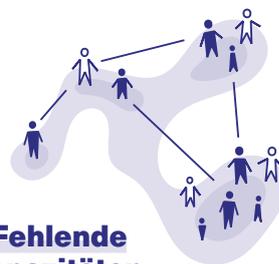
In Österreich liegen wesentliche Kompetenzen etwa hinsichtlich des Raumordnungsgesetzes in der Hand der Länder. Bis auf Wien, das Stadt und Land in sich vereint, stehen österreichische Städte damit vor der Herausforderung, dass sie stark auf Vorgaben des Landes angewiesen sind und ihr Kompetenzbereich teilweise beschränkt ist. Der Austausch, die Kooperationen und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Städten, den Ländern und dem Bund sind damit entscheidend für eine erfolgreiche Klimaschutzarbeit.

Illustrationen angelehnt an Net Zero Cities: <https://netzerocities.eu>



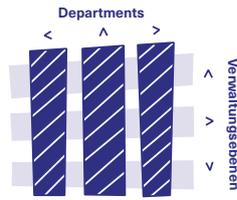
Politische Barrieren

Um klimawirksam arbeiten zu können, wird es auch weiterhin Aufgabe sein, politische Barrieren abzubauen und den Bewusstseinsbildungsprozess auf allen Ebenen fortzusetzen. Die Politik muss für die Klimaschutzarbeit werben und dabei deutlich machen, welche Rahmenbedingungen von höherer Ebene geschaffen werden müssen, um auf kommunaler Ebene Klimaschutzarbeit erfolgreich umsetzen zu können.



Fehlende Kapazitäten in der Verwaltung

Die Verwaltungen kleiner und mittlerer Städte sind mit dem „Tagesgeschäft“ voll ausgelastet. Hier fehlt es nicht nur an zeitlichen Kapazitäten sondern oft auch an Know-How und Expertise zu Fördermöglichkeiten und der Akquise von Fördermitteln. Um sich sowohl operatives, als auch inhaltliches Know-how einzuholen, sind kleinere Städte so häufig auf externe Expert:innen angewiesen.



Fehlendes interdisziplinäres Denken

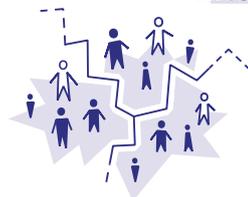
Klimaschutz und Klimawandelanpassung erfordern als Querschnittsaufgaben neue Steuerungslogiken und Prozesse innerhalb der Verwaltungsapparate. Neue Formen der Zusammenarbeit und der Kooperation auch mit Stakeholdern außerhalb der Verwaltung sind gefragt. In diesem Bereich könnten Klein- und Mittelstädte als Vorreiterinnen voraus gehen, denn durch den kleineren Verwaltungsapparat sind auch "die Wege kurz".



Mangel an Daten und Monitoring

Viele Städte stehen bei der Erhebung wesentlicher Daten noch relativ am Anfang. In diesem Kontext stehen Städte auch vor der Herausforderung, aus erhobenen Daten konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen abzuleiten. Daraus müssen sich jene Städte in einem nächsten Schritt auch mit der Komplexität befassen, effektive Monitoringkonzepte zu entwickeln, über welche die Wirksamkeit der gesetzten Maßnahmen geprüft werden kann.

Konflikte zwischen Interessen



In vielen Teilen der Gesellschaft ist bereits angekommen, wie wichtig es ist, jetzt zu handeln. Trotzdem muss die Bewusstseinsbildung noch ausgeweitet werden. Dabei ist auch die Politik gefragt, mit der Vorstellung aufzuräumen, dass Klimaschutz eine rein individuelle Aufgabe sei und starke Anreize schaffen. Klimaschutz und -anpassung wird oft hauptsächlich mit Verzicht assoziiert. Dabei werden vor allem Städte an Lebensqualität gewinnen.



Unklare Zuständigkeiten

Neben dem Bedarf an neuen Steuerungslogiken, entstehen mit der Klimaschutzarbeit auch neue Aufgabenfelder für die Verwaltungen: das Feld des Stadtklimas, der Aufbau von Monitoringprozessen oder aber auch die Akquise von Fördergeldern. Hier müssen häufig erst Zuständigkeiten geklärt oder Fachwissen in die Verwaltungen geholt werden.



Vorhandene Instrumente, Konzepte und Strategien berücksichtigen das Thema Klimaschutz und -anpassung noch nicht ausreichend. Diese müssen weitergeschrieben, adaptiert und dann in die Umsetzung gebracht werden. Um dabei erfolgreich zu sein, kann der Aufbau von weiteren Governance-Strukturen helfen. Denn die beste Strategie bleibt erfolglos, wenn dahinter keine Personen stehen, die ihre Inhalte in die Umsetzung bringen.



Fehlende Finanzierung

Mit den zunehmenden Handlungsfeldern entsteht ein Mehraufwand, der durch das vorhandene Personal kaum abgedeckt werden kann. Um viele erfolgreiche Projekte umsetzen zu können, braucht es neben weiteren Kompetenzen in den Verwaltungen auch neue Finanzierungsmodelle. In diesem Kontext ist eine angepasste Handhabung in der Akquise von Fördermitteln anzustreben.

Deshalb braucht St. Pölten eine Klima-Rahmenstrategie

Mit dem Beitritt zum Klimabündnis im Jahr 1991 wurden in St. Pölten durch Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs und den Ausbau des Fernwärme- und Kältenetzes in der Vergangenheit bereits beachtliche CO₂-Einsparungen erreicht. Bis jetzt lag der Stadt aber noch keine übergeordnete Strategie zur Erreichung der Klimaneutralität vor.

Die Stadt St. Pölten bestrebt durch ihre Projekte das Ziel der Klimaneutralität schnellstmöglich zu erreichen. Doch diesen Kraftakt kann die Verwaltung und städtische Politik nicht im Alleingang stemmen: Die Erreichung des hochambitionierten Ziels geht über die uneingeschränkte Kompetenz der Gemeinde hinaus - eine Vielzahl an Stakeholdern, rechtlichen Vorgaben und gemeinsames Mitwirken sind dafür erforderlich. Von der EU, über den Bund, das Land und die Stadt, bis hin zu den einzelnen Bürger:innen - alle müssen an einem Strang ziehen. Nur wenn die notwendigen Ambitionen auf allen Ebenen in Vorhaben Eingang finden, kann sich die erforderliche Wirkung entfalten und das Ziel der Klimaneutralität, unabhängig von dem gesetzten „Zieljahr“, erreicht werden.

Dennoch ist klar: St. Pölten muss klimaneutral werden, so schnell wie möglich. Um dieses große Ziel zu erreichen, müssen Maßnahmen möglichst genau gesetzt und Ressourcen möglichst effizient eingesetzt werden. Damit kann ein Reduktionspfad festgelegt werden. Daten geben hier Aufschluss.

In St. Pölten werden heute je nach Berechnung zwischen 7,3 und 11,4 Tonnen CO₂ pro Einwohner:in und Jahr ausgestoßen. Die diesbezügliche Evaluierung erfolgte im Energiekonzept der EVN aus dem Jahr 2020 und zeigte somit, dass St. Pölten in der Vergangenheit bereits maßgebliche Emissionsreduktionen erzielen konnte.

Mit den Instrumenten der Energiebuchhaltung (Wärme, Strom & Gasverbrauch im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde) und dem Emissionskataster (alle klimawirksamen Emissionen, die

lokal verursacht werden) können Teilemissionen bereits heute gut berechnet werden.

Es zeigt sich, dass die größten Einsparungspotenziale vor allem im Bereich der Wärmeversorgung (Raumwärme und Prozesswärme) und im Verkehr liegen. Eine klimaneutrale Zukunft St. Pöltens wird nur mit Wärme- und Mobilitätswende gelingen. Allerdings sind in den Berechnungen u.a. der CO₂-Fußabdruck des Konsums (von Lebensmitteln, Baumaterialien etc.) nicht inkludiert.

Klar ist deshalb, dass in St. Pölten beginnend die Berechnungen vereinheitlicht und die fehlenden Daten erhoben oder bezogen werden müssen. Leider hat sich bisher keine einheitliche, übertragbare Methode der Messung kommunaler CO₂-Emissionen durchgesetzt. Als Leitfaden kann hierbei das „Sustainable Energy and Climate Action Plan Template“ des Konvents der Bürgermeister oder eine einheitliche Vorgehensweise von Seiten des Bundes dienen. Dies wäre wünschenswert, um Vergleiche zu anderen Gemeinden und damit Lerneffekte zu ermöglichen.

St. Pölten als Beginner-Stadt

Obgleich seit dem Beitritt zum Klimabündnis in St. Pölten bereits einige wichtige Schritte in Richtung Klimaneutralität gesetzt werden konnten, steht die Stadt vor großen Aufgaben. Auf Grund der globalen Versäumnisse der Vergangenheit werden vor allem in diesem Jahrzehnt „Herkules-Anstrengungen“ notwendig sein um der Klimakrise zu begegnen.

Diese Lage stellt auch Stadtverwaltungen vor neue Aufgaben und es bedarf eines Umdenkens von Arbeits- und Koordinierungsabläufen und -weisen wie internen Prozessen. Klimaschutz und Klimawandelanpassung sind als Transformations- und Querschnittsaufgaben zu verstehen und deshalb überaus komplex. Dabei stellen vor allem die Handlungs-, Reaktions-, Transformations- und Komplexitätsfähigkeit der einzelnen Maßnahmen die kommunale Verwaltungsstrukturen vor große Herausforderungen.

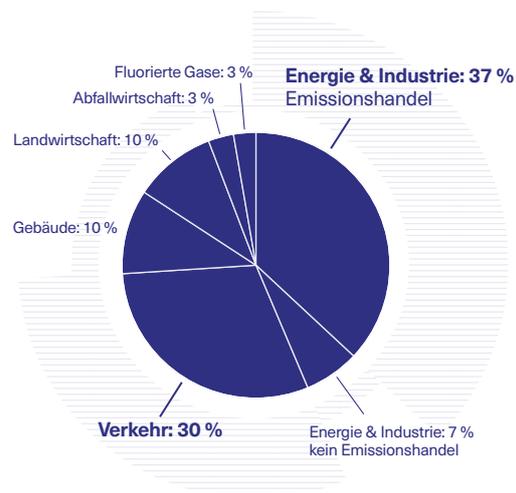
2021 liegt in St. Pölten noch keine über-

geordnete Strategie zur Erreichung der Klimaneutralität mit konkretem Zieljahr vor. Ebenso sind in der Verwaltung noch keine dedizierten Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche für Klimathemen vorhanden.

Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, über neue Formen des integrierten Zusammenwirkens und Handelns innerhalb der Verwaltung nachzudenken und Strukturen zu entwickeln, um integrierte Prozesseabläufe im Sinne der Querschnittsaufgaben zu ermöglichen und zu optimieren.

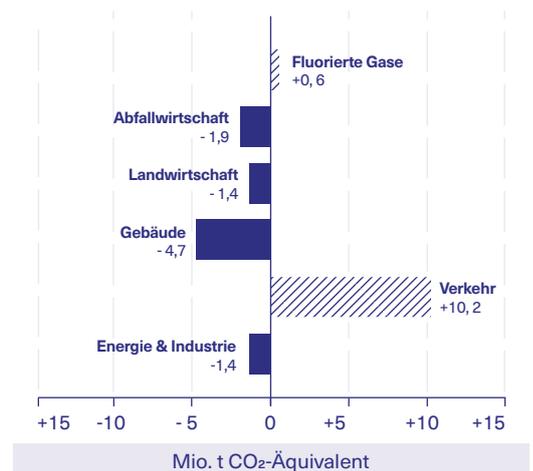
Anteil der Treibhausgas-Emissionen AUT 2019

Quelle: Umweltbundesamt (2021), eigene Darstellung



Änderung der Emissionen zwischen 1990 und 2019

Quelle: Umweltbundesamt (2021), eigene Darstellung



Energieverbrauch nach Sektoren MWh/a

Quelle: eigene Darstellung

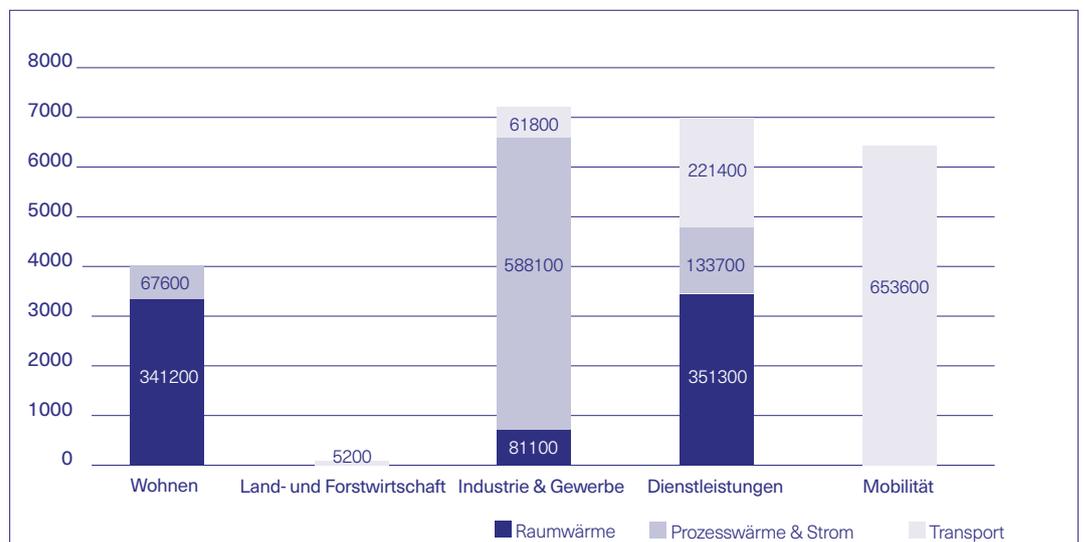




Foto: Land Niederösterreich



Johanna Mikl-Leitner

Mag.

Landeshauptfrau Niederösterreich

»Tun, was ein Land tun kann. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Unser Motto in Niederösterreich lautet daher „Klima konkret – tun, was ein Land tun kann“. Denken wir an unser Klima- und Energieprogramm, mit dem wir zum Beispiel die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 36 Prozent reduzieren, die Stromproduktion aus Photovoltaikanlagen verzehnfachen und Strom aus der Windkraft verdoppeln wollen. Dank all dieser Bemühungen wird unsere Landesverwaltung bereits 2035 klimaneutral sein – bereits fünf Jahre vor dem Bund. Um diese Ziele erreichen zu können, braucht es aber jede und jeden von uns. Daher bin ich unseren Gemeinden und allen voran unserer Landeshauptstadt dankbar, dass sie die Klimaziele auch auf kommunaler Ebene mittragen und selbst wichtige Maßnahmen auf den Weg bringen. Das unterstreicht, dass bei uns auch beim Umweltschutz das Miteinander gelebt wird und dafür sage ich den Menschen in St. Pölten einen herzlichen Dank. «

02



Foto: Christian Fürthner

Der gemeinsame Weg zur Klima-Rahmenstrategie



So ist die Strategie entstanden:

Der Prozess zur gemeinschaftlichen Erarbeitung der Klima-Rahmenstrategie lief über ein Jahr und involvierte rund 60 Stakeholder aus unterschiedlichen Bereichen. Vertreter:innen der Verwaltungsabteilungen der Stadt, des Bundes, des Landes NÖ und zahlreiche Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Initiativen wirkten mit. Ziel war die Erarbeitung einer Strategie sowie die Formulierung konkreter Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes und der -anpassung auf lokaler Ebene.

Fit4UrbanMission Prozess

Im Jahr 2020 startete das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) die "Fit4UrbanMission" (F4UM): Eine Initiative, die Städte dabei begleiten sollte, Wege in die Klimaneutralität zu entwickeln und entsprechende Umsetzungskonzepte zu erstellen.

Die Stadt St. Pölten bewarb sich gemeinsam mit einem Konsortium bestehend aus Expert:innen der Stadtentwicklung und der Stadplanung, der Mobilitätsplanung, der Grün- und Freiraumplanung, des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung sowie mit Forschenden der TU Wien und der FH St. Pölten zur Teilnahme an der F4UM. Als eine von neun der größten österreichischen Städte wurde St. Pölten ausgewählt und war damit ab Sommer 2021 Teil der Mission.

St. Pölten kam im F4UM-Prozess bezüglich zweier Aspekte eine Sonderrolle zu: Zum einen konnte St. Pölten als einzige Stadt den Bearbeitungsprozess mit einem externen Projektkonsortium erproben, während bei den anderen Teilnehmerstädten die Bearbeitung durch die für die Aufgaben des Klimaschutzes geschaffenen Strukturen erfolgte. Zum anderen konnte sich St. Pölten als eine der beiden kleinsten Städte im Prozess - im Sinne des Lernens von anderen - wichtiges Know-How aneignen und Erfahrungen sammeln und sich damit als Modellstadt mit Vorbildwirkung für andere Städte dieser Größenordnung positionieren.

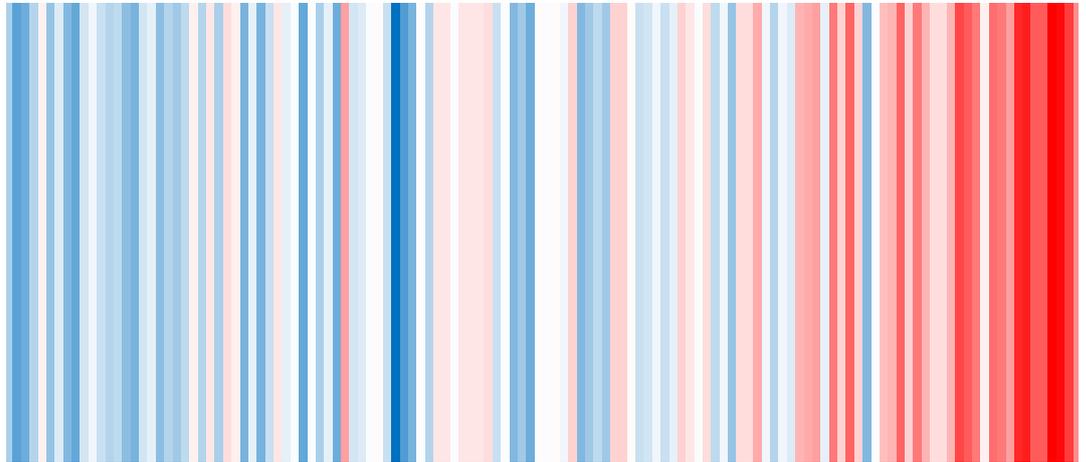
Der zweite Aspekt, der St. Pölten in besonderer Hinsicht auszeichnete, war, dass der Prozess von Beginn an auf einer breiten Basis aufgestellt war und große Unterstützung durch die Zivil-

gesellschaft erfuhr. Die Initiative zur Teilnahme an diesem Vorhaben war also maßgeblich von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen getragen.

Klima-Anliegen auf breiter Basis

In den vergangenen Jahren konnte die Stadt St. Pölten bereits im Rahmen unterschiedlicher Planungsprozesse unter Beweis stellen, dass sie in der Lage ist, die vielschichtige Akteurslandschaft einer Stadt (Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft, zentrale Einrichtungen, Zivilgesellschaft uvm.) an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam Perspektiven und Zielsetzungen zu entwickeln, welche in Folge in die Umsetzung gebracht werden. Die Planungskultur wurde in der jüngeren Vergangenheit also immer mehr von Aspekten des Dialogs, der Teilhabe und Mitwirkung geprägt.

Der Prozess zur Neugestaltung des Promenadenrings etwa soll maßgeblich zur Verkehrswende in der Stadt beitragen und wurde mit reger Beteiligung der Öffentlichkeit vorangetrieben. Durch den starken Zukunftsblick wurde dieses Projekt sogar mit dem VCÖ Preis NÖ ausgezeichnet. Auch in weiteren vorhergehenden, gesamtstädtisch relevanten Vorhaben wurde in St. Pölten bereits bewusst auf die Einbindung und Mitwirkung unterschiedlicher Akteur:innen wie auch der Zivilgesellschaft gesetzt. Das Projekt sollte nun gezielt auf diesen etablierten Beziehungen zu den relevanten Institutionen und Akteur:innen aufbauen - die Stadt zeichnet sich nämlich durch eine sehr aktive Zivilgesellschaft aus, welche Klimaschutz und Klimawandelanpassung bereits über zahlreiche Initiativen und Projekte voranzutreiben versucht hatte.



Langfristiger Anstieg der Temperaturen in St. Pölten von 1984 (links) bis 2021 (rechts), jährliche Durchschnittstemperatur

Quelle: HISTALP Datensatz der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Visualisierung Abteilung Stadtplanung, Carina Wenda, nach Prof. Ed Hawkins

Bereits während der Antragsphase zum F4UM-Prozess zeigte sich die positive Einstellung gegenüber der Teilnahme St. Pöltens an dem Prozess. So konnten nicht weniger als 33 Unterstützungserklärungen von lokalen und regionalen Stakeholdern, Bürger:innen-Initiativen und Akteur:innen des Landes Niederösterreich und des Bundes dem Antrag beigelegt werden.

Gemeinsamer Weg zur Klimastrategie

Mit dem Förderansuchen zu F4UM wurde somit bezugnehmend auf bestehende Projekte und Initiativen, ein umfassender Strategieprozess lanciert, an dessen Ende nun als Ergebnis die "Klima-Rahmenstrategie" für St. Pölten steht.

Unterschiedliche Verwaltungseinheiten der Stadt gaben hierfür den Impuls und arbeiteten Hand in Hand mit dem Konsortium daran, Schlüsselakteur:innen in St. Pölten und darüber hinaus zu aktivieren und in diesen Prozess zu involvieren. Nach dem Abschätzen des Status Quo des momentanen CO₂-Fußabdrucks sollten gemeinsam Handlungsleitfäden für unterschiedliche sektorale Bereiche der Stadt erarbeitet und hinsichtlich einer Überprüfung der Fortschritte wichtige Weichen gestellt werden.

Zentrale Fragen

Folgende Ausgangsfragen bildeten am Beginn des F4UM-Prozesses die Arbeitsgrundlage:

- Wie können wir den kommunalen Klimaschutz vor Ort in St. Pölten voranbringen und was braucht die Stadtverwaltung, um gesetzte Ziele erreichen zu können?
- Wie können viele (vorbildhafte) Projekte entstehen und auf den Weg gebracht werden, die die Qualitätssteigerung durch das „Klimaanliegen“ sichtbar und spürbar machen? Wie kann eine Stadt wie St. Pölten dabei eine Vorbildfunktion für andere Städte und Gemeinden übernehmen?
- Wie können die Klimaziele erreicht werden? Welche Handlungsfelder lassen sich für St. Pölten identifizieren? Wie kann sich ein sogenannter „Klimaschutz-Fahrplan“ gestalten und was braucht es, damit dieser tragfähig wird?
- Wie kann das Potenzial der kommunalen Handlungsspielräume aktiviert werden? Welche neuen Partnerschaften kann St. Pölten eingehen? Dies auch um auf übergeordnete Ebenen (Land, Bund, EU) hin zu wirken? Was braucht es dafür?

Der Prozess zur Klima-Rahmenstrategie

Der Prozess zur Entwicklung der Strategie gliederte sich im Wesentlichen in drei Phasen und wurde mit der Schlussfassung der Klima-Rahmenstrategie für St. Pölten abgeschlossen.

Phase 1: Vorbereiten und Aktivieren

In einer ersten Phase wurde die Prozess- und Arbeitsstruktur, die Ziele und ein grober Zeitplan, die Akteursstruktur und das Kommunikationskonzept konkretisiert und festgelegt. Diese erste Phase diente auch dazu, die Ausgangslage in (inter-)nationalen Vorreiterstädten zu erfassen und zu erheben: Welche Konzepten, Strategien zur Klimaneutralität und welche Daten für Monitoringprozesse sind in St. Pölten bereits vorhanden?

Diese erste Phase fand mit der ersten Klimawerkstatt ihren Abschluss, bei der abteilungsübergreifend Magistratsmitarbeiter:innen und externe Stakeholder zusammenkamen und diskutierten. Bei diesem Workshop wurden die zu bearbeitenden Handlungsfelder festgelegt und in themenspezifischen Arbeitsgruppen bearbeitet, Problemstellungen besprochen und erste Zielsetzungen herausgearbeitet. Im Anschluss wurden die bei diesem Workshop erarbeiteten Inhalte mit Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Initiativen rückgekoppelt.

Die Klimawerkstatt fungierte hier als Plattform, um Inhalte zwischen Politik, Verwaltung und Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Initiativen zu kommunizieren und abzugleichen.

Phase 2: Ko-Konzeption Maßnahmenportfolio und Umsetzungsplanung

Aus der 1. Klimawerkstatt war bereits der Bedarf hervorgegangen, das Themenfeld der Governance gesondert zu betrachten. St. Pölten als mittelgroße Stadt steht hier vor der besonderen Herausforderung, dass die Kapazitäten der Verwaltung begrenzt sind.

Wie bereits beschrieben erfordert Klimaschutz als Transformations- und Querschnittsaufgabe

zudem neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung. Themen im Zusammenhang des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels können deshalb nicht innerhalb der bestehenden Linienstrukturen bearbeitet werden, sondern machen andere Steuerungslogiken und neue Prozesse innerhalb des Verwaltungsapparates erforderlich. Es bedarf der Ergänzung um vertikale und auch informelle Projekt- und Kommunikationsstrukturen, um projektbezogenes Arbeiten von Anfang an zu befördern und zu ermöglichen. Letztlich geht es auch darum, für die Notwendigkeit integrierter Denk- und Handlungsweise Bewusstsein zu schaffen.

Bei einem themenbezogenen Workshop zum Handlungsfeld der Governance wurde deshalb in Gesprächen mit Vertreter:innen anderer österreichischer Städte deren jeweilige Governance-Modelle, deren Vor- und Nachteile und die klimaspezifischen Arbeitsweisen der Städte besprochen.

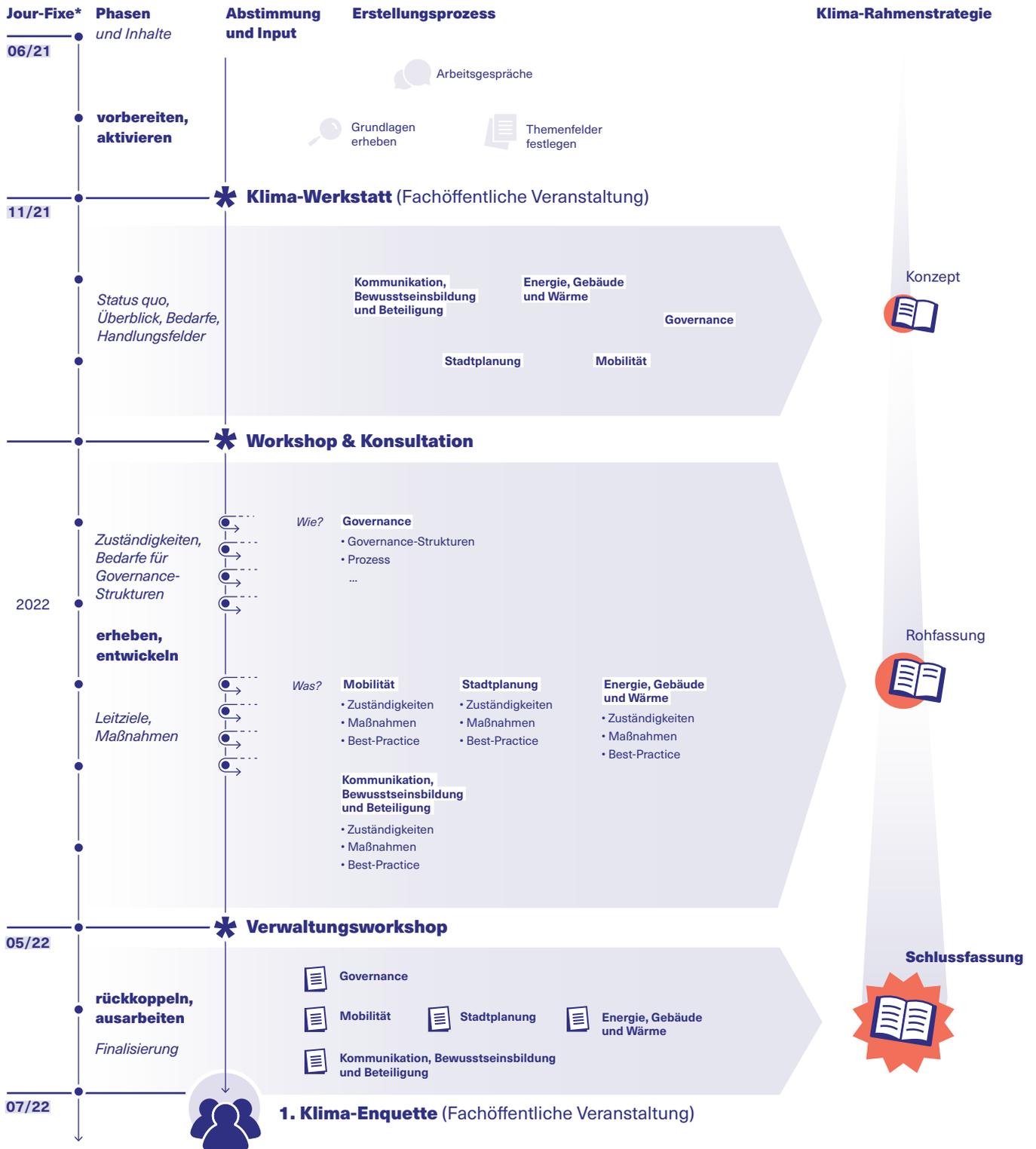
Auf Basis dieses Erfahrungsaustausches wurde ein Modell für die Stadt St. Pölten entwickelt und die organisatorischen, kommunikativen wie fachlich und inhaltlichen Anforderungen an eine solche Klima-Koordinationsstelle gemeinsam mit den Zuständigen der Stadt diskutiert.

Parallel dazu fanden auch in den weiteren festgelegten Handlungsfeldern (Energie, Gebäude und Wärme; Mobilität; Stadtplanung; Kommunikation, Bewusstseinsbildung und Beteiligung) Workshops mit den zuständigen Abteilungen aber auch externen Stakeholdern und Expert:innen statt, um die jeweils erforderlichen Maßnahmenportfolios für die Handlungsfelder zu erarbeiten.

Phase 3: Rückkoppeln und Ausarbeiten

Bei einem Verwaltungsworkshop gegen Ende des Prozesses wurden diese erarbeiteten Inhalte weiterentwickelt und diskutiert, um eine große fachliche Bandbreite an Zielen und Maßnahmen zu definieren sowie deren Realisierbarkeit sicherzustellen. Dabei ging es einerseits um die Festlegung der wichtigsten ersten Schritte für St. Pölten. Gleichzeitig ging es aber auch darum, auf die Stadt angepasste Maßnahmen mit einem hohen Grad an Ambition zu entwickeln.

Der Prozess zur Klima-Rahmenstrategie



Im Anschluss an den Verwaltungsworkshop wurden die Maßnahmenvorschläge mit zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen besprochen und um weitere Ideen ergänzt.

Diese Zielsetzungen, Handlungsfelder und Maßnahmen ergeben in ihrer Summe die erste Klima-Rahmenstrategie für St. Pölten. Bei einer großen öffentlichen Veranstaltung, der „1. St. Pöltner Klima-Enquete“, wurde die Strategie präsentiert, diskutiert und durch das externe Projektkonsortium im Sinne einer „Staffelübergabe“, an Vertreter:innen der Stadt übergeben.

Erkenntnisse und Lerneffekte

Der Prozess hat zu Vernetzungsprozessen innerhalb der Verwaltung geführt und den Bewusstseinsbildungsprozess für Klimathemen in der Politik und der Verwaltung maßgeblich befördert. Mit dem Aufsetzen der Klima-Rahmenstrategie wurden wichtige erste Schritte identifiziert und Maßnahmen für einen integrierten Ansatz festgelegt. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen hat St. Pölten mit dem Aufbau von weiteren Governance-Strukturen begonnen, die flexibel und abteilungsübergreifend konzipiert sind. Besonders wichtig war für die Stadt der Austausch und die Vernetzung mit anderen Städten auf nationaler Ebene im F4UM Prozess. Durch die Beteiligung in den bundesweiten Städtenetzwerken sind für St. Pölten wesentliche Lerneffekte entstanden, die in die Stadt zurückfließen und auf denen für die anstehenden Aufgaben aufgesetzt werden kann.

Nationales Netzwerk Klimaneutrale Stadt: Anknüpfungspunkte an Forschung und Innovation

Um die Klimaschutzarbeit in österreichischen Städten voranzutreiben, wird der Prozess, der mit der ersten F4UM-Phase in den großen Städ-

ten begonnen hat, im nächsten Schritt auf die zahlreichen Städte mit Einwohner:innenzahlen unter 50.000 ausgeweitet und ausgerollt. Wie bereits eingangs erläutert, sind es vor allem die Klein- und Mittelstädte, die vor besonderen Herausforderungen betreffend der zur Verfügung stehenden Kapazitäten in den Verwaltungen wie auch der vorhandenen Kompetenzen, des Bewusstseinsbildungsprozesses usw. stehen. Es sind gerade Städte dieser Größenordnung, die maßgeblich auf die zentrale Unterstützung im Kampf gegen die Klimakrise angewiesen sind, und die gleichzeitig einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität zu leisten in der Lage sein müssen.

St. Pölten kommt mit seiner Größe von ca. 56.000 Einwohner:innen eine Vorbild- und Vorzeigerolle zu und kann, nachdem die Stadt den F4UM-Prozess nun durchlaufen ist, wichtige Erkenntnisse und Learnings an Klein- und Mittelstädte weitergeben. Lernen von und an anderen Städte steht damit im Mittelpunkt der weiteren Vorgehensweise.

Der Aufbau eines Austausch- und Kommunikationsnetzwerks bzw. das Aufsetzen einer Vernetzungsplattform als „Lernplattform“ würde hier eine große Chance darstellen, um den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund schlagen wir die Etablierung eines nationalen "Netzwerks klimaneutraler Städte" in Österreich vor.

Innovation heißt auf Ebene der Städte vor allem, Prozesse innerhalb der Verwaltung und der Planung weiterzuentwickeln. Um hier neue Wege anzustoßen wird auch in Zukunft der Austausch essentiell sein.



Klimawerkstatt, 30.11.2022

Mit 35 Teilnehmer:innen aus Politik, Verwaltung, öffentlichen Einrichtungen, Wirtschaft & Kultur



Klimawerkstatt II, 9.12.2022

Mit 32 Teilnehmer:innen der Zivilgesellschaft



Austausch mit Land NÖ



Themen-Workshops zu sektoralen Bereichen



Austausch mit anderen Städten

Mit Vertreter:innen aus Linz, Villach, Klagenfurt und Innsbruck



Klimawerkstatt III, 6.5.2022

Mit Teilnehmer:innen der Zivilgesellschaft



Verwaltungswerkstatt, 6.5.2022

Mit Vertreter:innen aus dem Magistrat



Klima-Enquete, 7.7.2022

Mit Teilnehmer:innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft

vorbereiten, aktivieren

Mit Teilnehmer:innen aus der Stadt, dem Land, & Vertreter:innen aus zivilgesellschaftl. wird der Status quo, Handlungsfelder und Bedarfe in St. Pölten besprochen.

erheben, entwickeln

In Workshops zu den sektoralen Bereichen werden Herausforderungen besprochen, Leitziele, Maßnahmen und erste Schritte diskutiert.

Im Erfahrungsaustausch im Städtenetzwerk wird besprochen was andere Kommunen bereits umgesetzt haben, was gut funktioniert und wo es Handlungsbedarf gibt.

rückkoppeln, ausarbeiten

Im Verwaltungswerkshop werden Maßnahmenbündel rückgekoppelt und diskutiert.

Im 3. Klima-Workshop werden die Maßnahmenbündel mit ergänzenden Schritten erweitert.

Bei der Klima-Enquete wird die Strategie präsentiert und diskutiert.



So versteht sich die Rahmenstrategie:

Die Klima-Rahmenstrategie ist als „offenes“, nicht abgeschlossenes Dokument konzipiert. Als Arbeitsanstoß stellt sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit dar, identifiziert aber wichtige erste Schritte auf denen St. Pölten nun aufbauen kann.

Selbstverständnis der Klima-Rahmenstrategie

Mit der Klima-Rahmenstrategie wurde für die Stadt ein Dokument entwickelt, das wesentliche Maßnahmen und erste Schritte für fünf sektorale Bereiche (Governance; Energie, Gebäude und Wärme; Mobilität; Stadtplanung; Kommunikation, Bewusstseinsbildung und Beteiligung) beschreibt, einen Fahrplan zur Umsetzung vorschlägt und Best Practice Beispiele aus anderen Städten aufzeigt.

Die Klima-Rahmenstrategie wendet sich an die zuständigen Abteilungen des Magistrats der Stadt St. Pölten aber auch an alle interessierten Bürger:innen.

Das Instrument unternimmt den Versuch festzulegen,

- was getan werden muss (Vision entwickeln und Handlungsfelder identifizieren, Maßnahmen entwickeln)
- wo die Prioritäten liegen
- welche Instrumente, Prozesse und Akteur:innen zur Erreichung dieser Ziele notwendig sind
- was es braucht, um handlungsfähig zu werden.

Die Strategie muss im Laufe der Zeit ergänzt, adaptiert und erweitert werden. Sie bildet das Gerüst, um das die Stadt nun Zuständigkeiten aufbauen muss.

Die erste, nun erarbeitete Version der Klima-Rahmenstrategie versteht sich dabei als:

- Orientierungsgrundlage für eine klimaneutrale Stadt
- Arbeitsprogramm

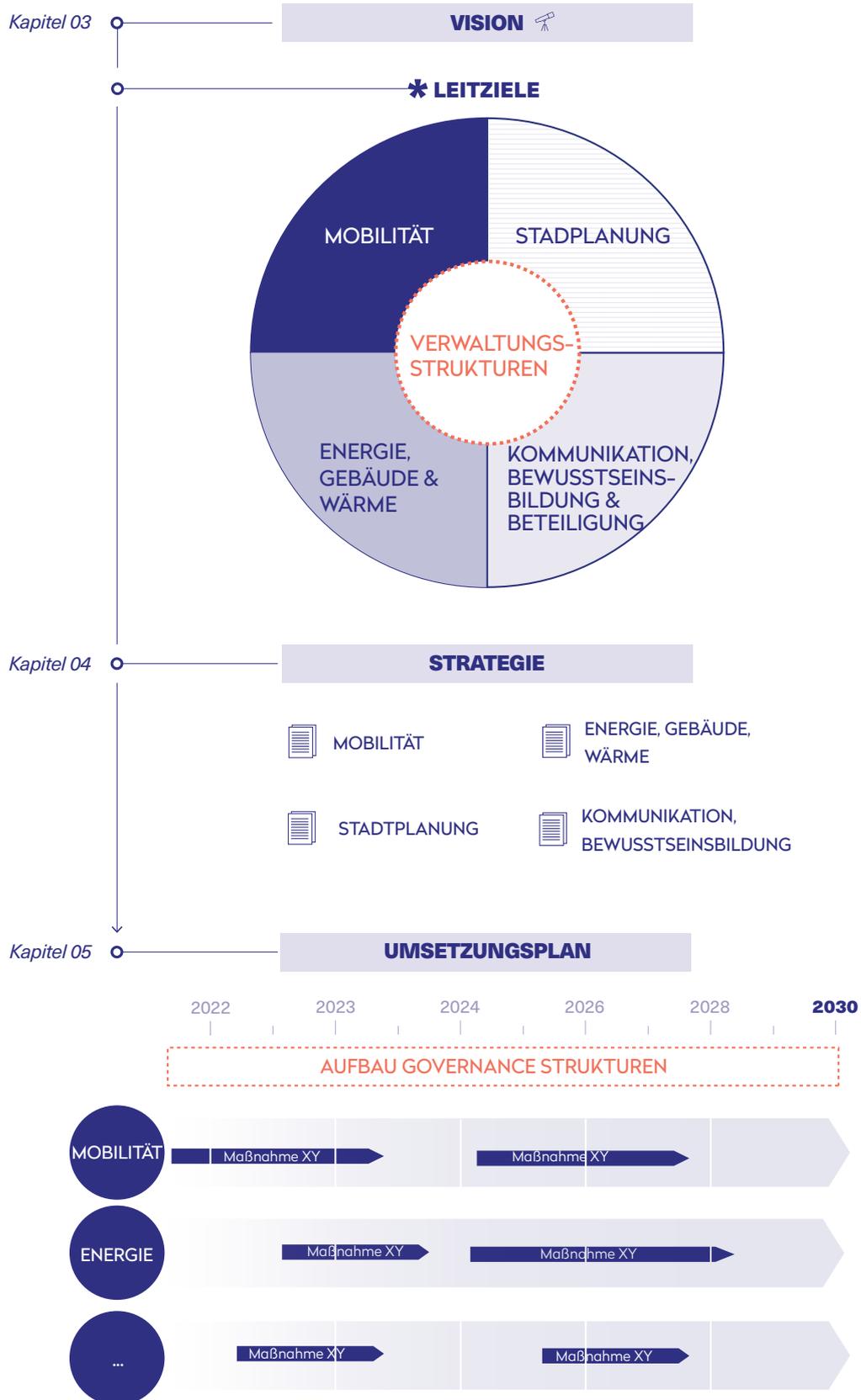
- Grober Fahrplan für „Klimapfad“ (Die wichtigsten Stellschrauben zur CO₂-Einsparung)
- Koordinationsinstrument
- Impulsgeber und Plattform (Change Management)

Aufbau der Klima-Rahmenstrategie

Die Strategie lässt sich in drei Teile gliedern:

- Der erste Teil beschreibt die globale Herausforderung des Klimawandels, welche Rolle dabei den Städten zukommt und warum St. Pölten in diesem Kontext eine Strategie braucht. Der Prozess zur Entstehung der Strategie wird beschrieben und die Ausgangslage in St. Pölten wird erläutert.
- Im zweiten Teil der Strategie werden übergeordnete Ziele definiert, je Handlungsfeld Maßnahmen und die wichtigsten ersten Schritte festgelegt und diese in einen Umsetzungsplan eingebettet.
- Im dritten Teil wird der Aufbau von weiteren Verwaltungsstrukturen beschrieben, der für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen notwendig wird.

Die Klima-Rahmenstrategie ist ein Arbeitsanstoß, der noch nicht die vollständige Lösung der Klimakrise in St. Pölten aufzeigt. Bei den Maßnahmen handelt es sich um Handlungsempfehlungen, welche in einem nächsten Schritt noch konkreter beleuchtet und entwickelt werden müssen. Dabei gilt es Prioritäten zu setzen – es kann nicht alles auf einmal erledigt werden; Der Beschluss der Rahmenstrategie zeigt das Commitment der Politik auf, diesen Weg weiterzugehen und ihn zu vertiefen.



03

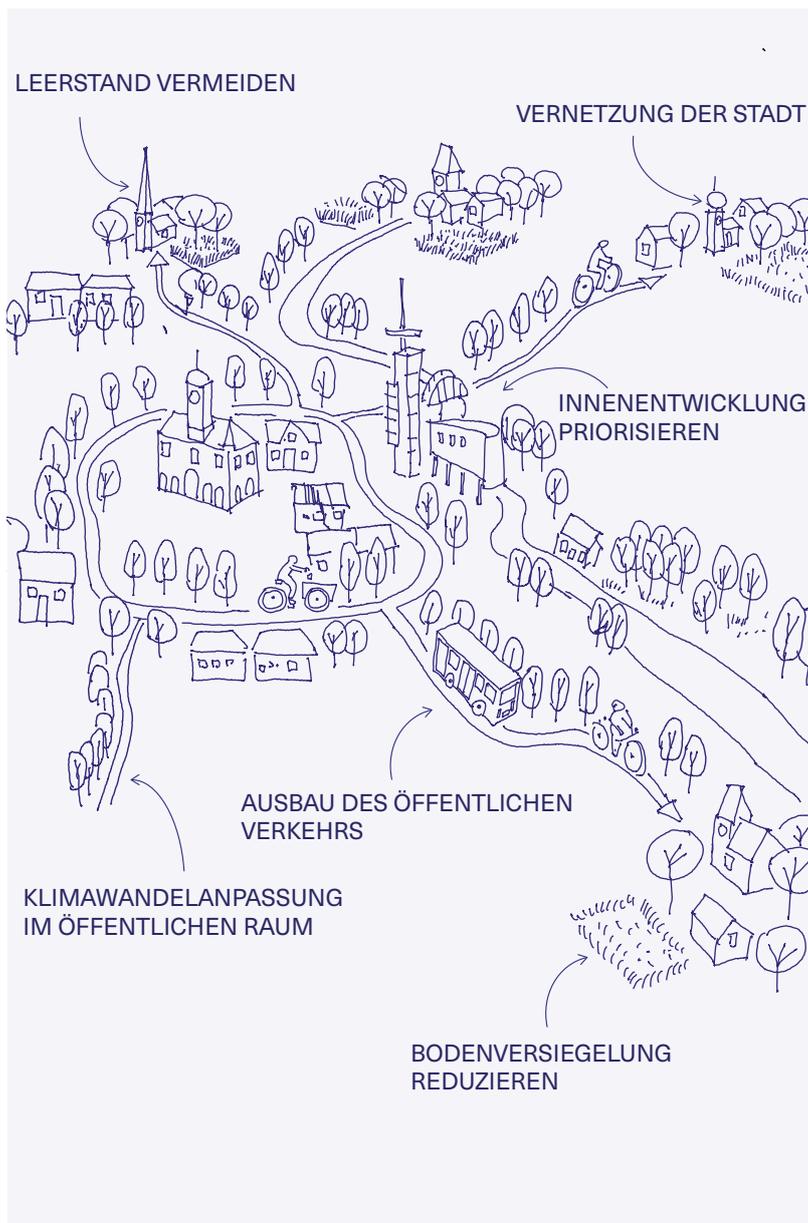


Foto: Christian Fürthner

St. Pölten entwickelt sich klimaneutral und passt sich an



St. Pölten: Ressourcen nutzen und Flächen sparen



St. Pölten zeichnet sich im Gegensatz zu anderen Landeshauptstädten durch eine besondere Ausgangslage aus: durch die historische Entwicklung der Stadt und die Eingemeindungen der 1920er und 1970er Jahre setzt sich die Stadt aus sehr unterschiedlichen Siedlungsstrukturen zusammen: sowohl urbanere Stadtteile wie auch rural geprägte Teile machen „das Ganze“ St. Pöltens aus. Aus dieser räumlichen Vielfalt und die damit einhergehenden je ortsspezifischen Lebensqualitäten, setzt sich die Identität der Stadt zusammen. „Die Stadt der Dörfer“ hängt vielen St. Pöltner:innen am Herzen! Diese Siedlungsvielfalt erzeugt aber auch eine besondere Herausforderung: So entstehen für das barocke Stadtzentrum in diesem Zusammenhang andere Aufgaben als für die dezentralen Lagen innerhalb des Gemeindegebietes.

Gleichzeitig soll St. Pölten sich als Landeshauptstadt auch weiterentwickeln. Die Lage der Stadt und ihre Anbindung an Wien, Linz aber auch weitere hochrangige Verkehrsknotenpunkte über die Westbahn zeichnen die Stadt aus. Die Weiterentwicklung der Stadt ergibt auch angesichts des Klimawandels Sinn! Denn durch die Verdichtung von urbaneren Siedlungsstrukturen und insbesondere einer so gut angebotenen Landeshauptstadt wie St. Pölten, wird Verkehr vermieden und Ressourcen geschont.

Folgende Leitlinien sollen für die Stadt berücksichtigt werden:

Schonender Umgang mit räumlichen Ressourcen: Bodenversiegelung reduzieren! Laut ISEK soll sich die weitere Siedlungsentwicklung auf die Kernstadt konzentrieren. Durch die Weiterentwicklung und Verdichtung der „schon gebauten Stadt“ in durch den öffentlichen Verkehr gut erschlossenen Lagen werden die bestehenden Stadtteile gestärkt und die Flächeninanspruchnahme durch das städtische Wachstum reduziert. Gleichzeitig muss aber auch Leerstand vermieden werden und verdichtete

sowie leistbare Wohnformen mit neuen Qualitäten entwickelt werden.

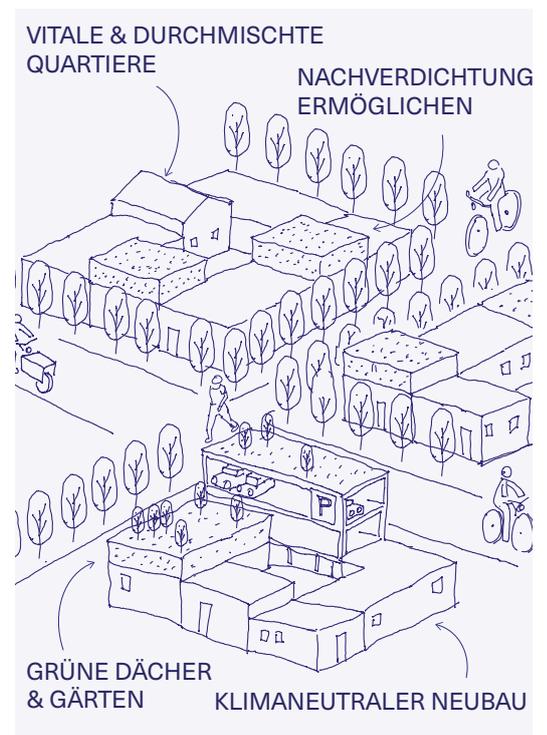
Vernetzung der Stadtteile St. Pöltens: St. Pölten ist zwar nicht die flächengrößte Stadt, aber durch die Ausprägung als langgezogenes Siedlungsband trotzdem durch lange Distanzen geprägt. Die Nord-Süd-Ausstreckung liegt bei etwa 18 km. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die attraktive Gestaltung auch der Haltestellen-Infrastruktur bieten eine Chance, um die verstreuten Gemeinden miteinander zu vernetzen und stärker an das Stadtzentrum anzubinden.

Prinzip der Stadt der kurzen Wege, Stärkung der tripolaren Zentrenstruktur: Der Kerngedanke des Leitbilds der „Stadt der kurzen Wege“ ist, dass durch die Ausbildung von multifunktionalen Stadtquartieren Verkehr vermieden werden kann, weil die räumlichen Distanzen zwischen Wohnen, Arbeiten, Bildungsstellen, Dienstleistungen usw. aber auch einem qualitativ hochwertigen Freiraumangebot gering sind. Dadurch kann auf aktive Mobilität gesetzt werden. Das bedeutet für St. Pölten, dass sich die Entwicklung der Kernstadt im Sinne der Stadt der kurzen Wege wie schon im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) festgelegt, weiter auf drei Pole konzentriert: St. Pölten-Nord, St. Pölten-Mitte und St. Pölten-Süd. In diesen Stadtteilen muss folglich hinsichtlich der passenden Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel besondere Rücksicht genommen werden. In der barocken Altstadt wird es anders zu tun geben, als im Norden St. Pöltens, ebenso wie ein Wohnblock vor anderen Herausforderungen steht als Gewerbestandorte.

Fokus auf den öffentlichen Raum: Dabei soll ein besonderer Fokus auf den öffentlichen Raum und insbesondere dessen sozialräumliche Qualitäten, die durch die Anpassung an den Klimawandel noch weiter ausgebaut werden können, gelegt werden.

Energiewende „mitplanen“: Die Klimaziele können nur mit einer Energiewende erreicht werden. Die Stadtentwicklung wird das in Zukunft in zweierlei Hinsicht berücksichtigen: Einerseits müssen Flächen für die Produktion und Speicherung erneuerbarer Energieträger ausgewiesen werden. Andererseits wird Siedlungsentwicklung in Zukunft immer im Kontext der Energieraumplanung, also unter Berücksichtigung der Möglichkeit des Anschlusses an das Fernwärmenetz zu denken sein.

Klimaneutraler Neubau: Wo neu gebaut wird, sollte so Ressourcen schonend wie möglich gebaut werden. Das betrifft die Materialwahl und Oberflächengestaltung der Gebäude ebenso wie die Gestaltung des öffentlichen Raums und des Freiraums. Auch bei der Entwicklung von neuen Wohntypologien und bei der Integration von blaugrüner Infrastruktur muss von Beginn an Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen.



Stadtnatur, Grün- und Freiräume sichern und entwickeln

Die Versorgung mit zugänglichen Grün- und Freiräumen ist sowohl für das menschliche Wohlbefinden als auch für das Stadtklima und die Stadtökologie essenziell. St. Pölten befindet sich hier in einer guten Ausgangslage: Vor allem die Traisen, die das gesamte Stadtgebiet durchzieht, trägt als Kaltluftschneise zur Belüftung und Kühlung der Stadt bei. Der Stadtwald und der Ratzersdorfer sowie die Viehofner Seen sind wichtige Erholungsgebiete, die wesentlich zur Lebensqualität der Stadt beitragen. Auch innerstädtisch finden sich Parks in unterschiedlichen Größenordnungen, Gärten und begrünte Innenhöfe. St. Pölten ist vielerorts grüner als man denkt!

Dennoch fehlt das Bewusstsein dafür oft sowohl bei den Bewohner:innen als auch bei Besucher:innen der Stadt. Das liegt daran, dass die vielfältigen Landschaftsräume der Stadt unverbunden in der Stadt verteilt liegen und noch nicht ausreichend miteinander vernetzt sind.

Drei Strategien verankern angesichts dieser Tatsache die unterschiedlichen Dimensionen qualitativ hochwertigen Freiraums auch im langfristigen Planungshorizont:

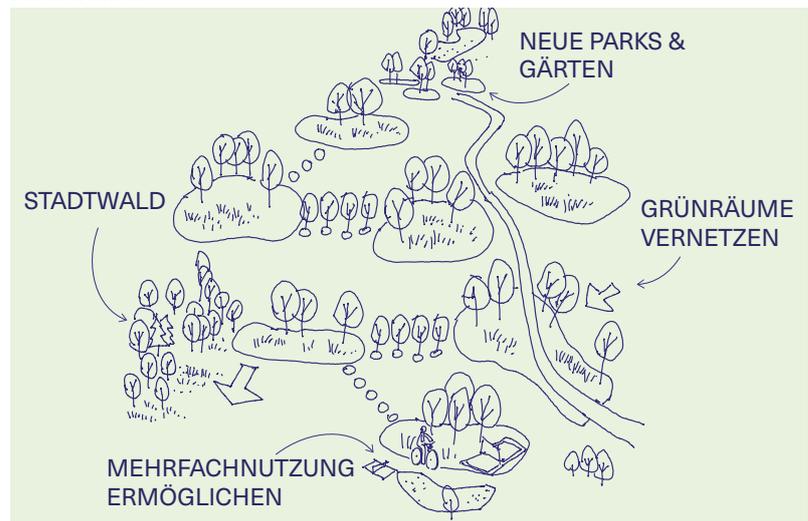
Grünes Netz: Über Abfolgen unterschiedlicher Freiräume können St. Pöltens große Grünräume in Beziehung zueinander gesetzt und verbunden werden. Dabei geht es darum, Orientierung zwischen den Landschaftsräumen zu schaffen, die Verbindungen als hochwertiges Fuß- und Radwegenetz auszubauen und mit dem regionalen Netz zu verknüpfen. Das langfristige planerische Ziel ist die Entwicklung eines Grünen Netzes, das zum einen ein wichtiger Beitrag zur Klimawandelanpassung darstellt und zum anderen die Versorgung von Freiräumen für die Bewohner:innen verbessert.

Vernetzte Grünstrukturen weisen außerdem für die Tier- und Pflanzenwelt und somit die ökologische Vielfalt in der Stadt einen Mehrwert auf.

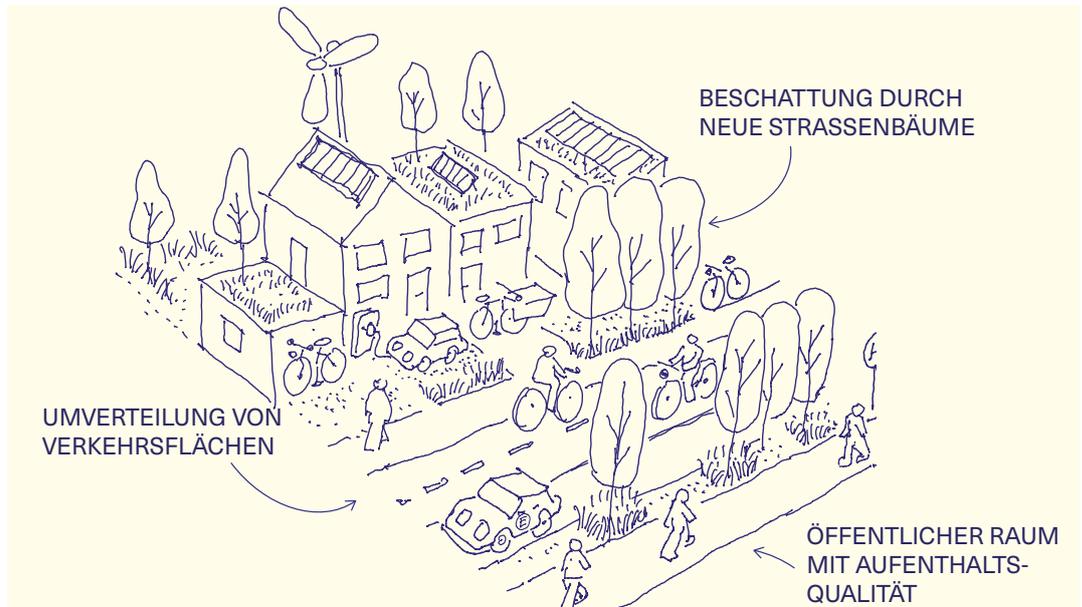
Die bewusste Entwicklung linearer Freiräume, wie begrünte Straßen, Alleen, Promenaden, grüne Wege etc. als verstärkter Lebens- und Erholungsraum mit der entsprechenden Infrastruktur, sollte besonders aufgrund deren großen Potenzials der schrittweisen Transformation angestrebt werden.

Freiräume sichern: Die Auswirkungen des Klimawandels fordern die bestehenden Grün- und Freiräume besonders. Daher ist es wichtig den Bestand durch verstärkte Pflege- und Schutzmaßnahmen zu erhalten und hinsichtlich vielfältiger und auch neuer Nutzungsansprüche weiterzuentwickeln und klimafit zu machen.

Grün- und Freiräume öffnen und neu denken: In den vergangenen Jahren hat die Stadt schon darauf gesetzt, das Angebot der Grün- und Freiräumen noch zu erweitern, etwa mit dem Sturm 19 Park, der Öffnung des Alumnatgarten, im Herzen der Stadt, aber auch über die Umgestaltung von Straßenzügen zu sogenannten Umweltverbundachsen bzw. Lebensraumachsen. Neben öffentlichem Grün müssen auch Straßen, Plätze, Sportflächen, Dachflächen, Infrastruktureinrichtungen und private Freiräume betrachtet werden. Das Ergebnis wäre eine qualitative Verdichtung und Mobilisierung neuer Freiraumpotenziale, sowohl hinsichtlich des Nutzungsangebots für die Bevölkerung, als auch der Klimawandelanpassung in Form von blau-grüner Infrastruktur.



Der öffentliche Raum als Bühne für eine nachhaltige Zukunft



Der öffentliche Raum bildet das konstituierende Gerüst der Stadt: Hier zeigt sich die Identität St. Pöltens, hier spielt sich das Leben der Stadt ab. Wie wichtig der öffentliche Raum ist, hat uns zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt, als der Bewegungsradius der Stadtbevölkerung eingeschränkt war. Als Lebens- und Bewegungsraum, als Ort für Austausch und sozialer Treffpunkt, gewann der öffentliche Raum im jeweiligen Stadtteil an Bedeutung.

Vor allem in dicht bebauten innerstädtischen Lagen mit hohem Versiegelungsgrad kann es in den warmen Sommermonaten schnell zur Überhitzung kommen, die bis in die Nacht hinein gespeichert wird und die Aufenthaltsqualität vermindert.

Der öffentliche Raum muss an den Klimawandel angepasst werden: Beschattung durch Straßenbäume, das Entsiegeln von Böden aber auch das Begrünen von Dächern und Fassaden können Abhilfe schaffen und zusätzlich die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum (in allen Jahreszeiten) wesentlich erhöhen.

Dabei müssen alternative Mobilitätsformen abseits des Autos und die Gestaltung und Umverteilung des öffentlichen (Straßen-)raums zusammen gedacht werden. Der Herrenplatz z.B. ist

heute ein Ort mit hoher Aufenthaltsqualität und wäre als Parkplatz nicht mehr vorstellbar. Hier zeigt sich, was durch Klimawandelanpassungsmaßnahmen gewonnen werden kann!

Um ein gutes Stadtklima zu fördern sind Maßnahmen betreffend Gebäude und den öffentlichen Raum notwendig. Das ist eine Herausforderung da sich ein Großteil der Gebäude in Privatbesitz befinden. Der öffentliche Raum und die Verkehrsinfrastruktur befinden sich aber in öffentlicher Hand. Hier hat die Stadt also Handlungsmöglichkeiten. Allerdings gilt es angesichts der zum Teil sehr hohen Kosten einzelner Maßnahmen, eine an Teilräume der Stadt angepasste Vorgehensweise zu erarbeiten.

St. Pölten hat dem Konzept der "Lebensraumachsen" und mit der "Leitkonzeption Öffentlicher Raum" bereits ein Gesamtbild erarbeitet, das eine grundlegende Perspektive in der Entwicklung der öffentlichen Räume der Stadt bietet. Mit dem Prozess zur Umgestaltung der Kremser Landstraße und des Promenadenrings wurden bereits wichtige erste Schritte gesetzt.

Über eine Stadtklimaanalyse können weitere Fokusbereiche abgeleitet werden, die auch sozialräumliche Aspekte besonders berücksichtigen.

Die Wärme- und Energiewende lokal vorantreiben

Das Gute vorweg: St. Pölten muss nicht auf die Reife von Technologien warten, um den Wandel voranzutreiben. Die für eine lokale Wärme- und Energiewende nötigen Technologien sind bereits reif, und St. Pölten hat die Kapazitäten, diese umzusetzen.

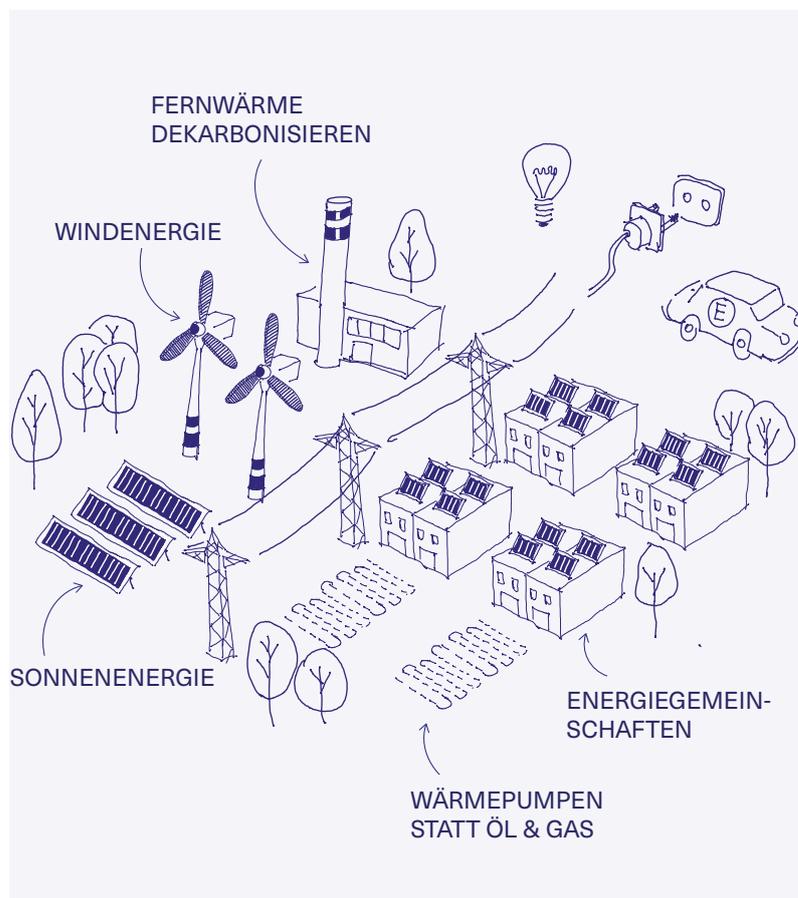
Die Klimaneutralität im Energiesektor steht und fällt mit einer möglichst raschen Abkehr von der Nutzung von fossilen Energieträgern. Neubauten müssen entweder durch Wärmepumpen, bei zunehmender Dekarbonisierung der Fernwärme aber auch der Fernwärme geheizt werden. Der Dekarbonisierung der Fernwärme fällt für die Erreichung der Klimaziele im Energiesektor die Schlüsselrolle zu. Der Wechsel von Erdgas-Kraft-Wärme-Kupplung hin zur Abwärmenutzung aus der Müllverbrennung sorgt für eine deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen, der Effekt reicht jedoch noch nicht aus. Erst eine dekarbonisierte Fernwärme macht ein klimaneutrales St. Pölten überhaupt erst möglich.

Die Fernwärme kann jedoch nicht über das gesamte Stadtgebiet gelegt werden. Bereits jetzt muss daher an der Schaffung von **Energiegemeinschaften** und **Anerkennung** gearbeitet werden. Damit können Wärme, Kälte und Strom lokal erzeugt und gespeichert werden. Nicht zuletzt zeigen sich durch die Beteiligung der Bevölkerung Reduktionen im Energieverbrauch durch erhöhtes Bewusstsein für den Energiekonsum.

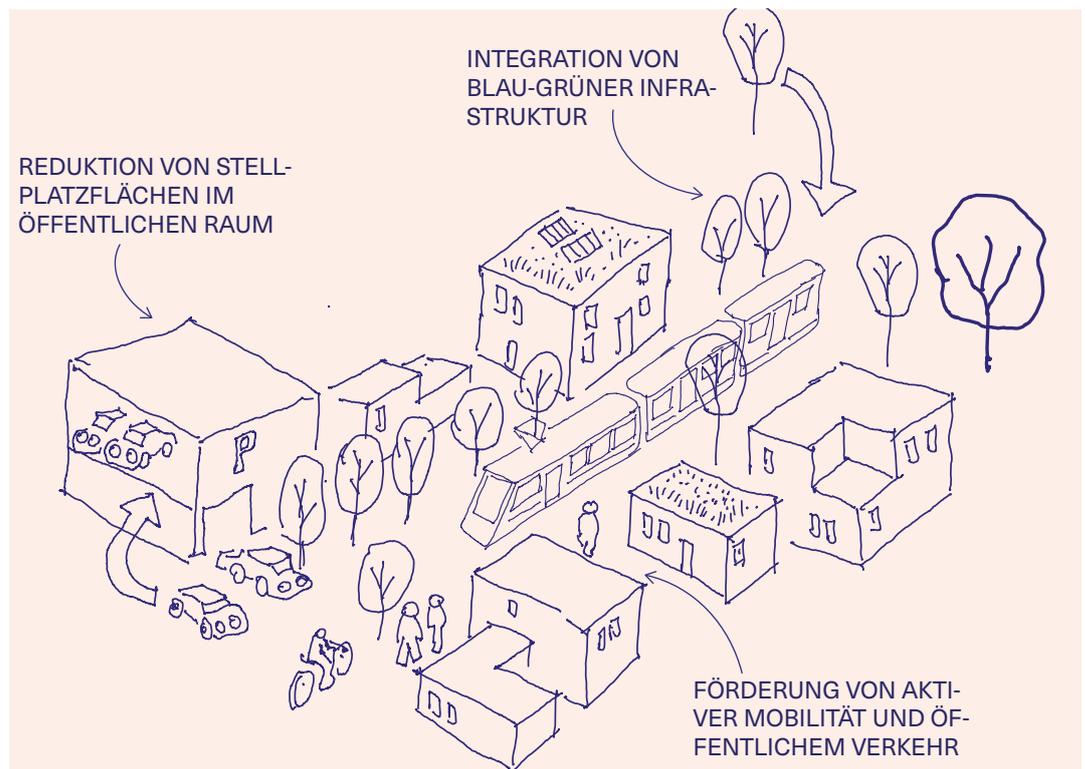
Eine weitere wichtige Säule eines nachhaltigen Wärme- und Energiesektors ist die **thermische Sanierung** bzw. der bautechnische Stand von Neubauten. Im Einflussbereich einer Kommune ist es nicht leicht, auf Private und Betriebe bzgl. des Baus von Gebäuden einzuwirken, aber St. Pölten muss hier dennoch Anreize setzen. So soll Siedlungsentwicklung künftig auch unter Aspekten der Anbindung an bestehende Energienetze vorangetrieben werden. Auch in Bezug auf Sanierungen hat St. Pölten nur beschränkte Hebel. Umso wichtiger ist es, dass sich diese zügig in Bewegung setzen. Sanierungen in eigenem Be-

stand müssen beschleunigt und nach hohen Ansprüchen bzgl. verwendeter Materialien durchgeführt werden. Die Energiebuchhaltung zeigt an, wo hier am schnellsten Effekte zu holen sind. Die Sanierungen werden optimalerweise mit der Schaffung von oder Integration in Energiegemeinschaften verbunden.

Angesichts dieser Aufgaben ist keine Zeit zu verlieren! Die Technologie steht bereit, die Menschen und die Politik verfolgen mehrheitlich das Ziel des Klimaschutzes. Die Abkehr von Öl und Gas und die Lokalisierung der Energieversorgung ist auch aufgrund der Geopolitik wichtig wie nie zuvor. Das erhöht nicht nur unsere Unabhängigkeit und hilft dem Klima, sondern kann, gerade in Zeiten der Energiekrise, auch das Geldbörsel entlasten.



Mobilitätswende gestalten - Stadtverträgliche und nachhaltige Mobilität



In Städten wird die Zukunft der Klimakrise maßgeblich beeinflusst, lebt doch jetzt schon ein Großteil der Menschen im urbanen Raum. Sie stehen daher in der Verantwortung, die Mobilität ihrer Bewohner:innen klimagerecht zu gestalten. Das hilft nicht nur dem Klima, sondern fördert die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen in der Stadt!

Wie das gelingen kann? Indem wir **Verkehr vermeiden**, also die täglichen Bedürfnisse - sei es der Einkauf im Supermarkt, der Weg zum oder vom Kindergarten oder das Schwimmen im Freibad - lokal in der Wohnumgebung decken können, Wege weg vom Auto auf das Zufußgehen, das Fahrrad und den öffentlichen Verkehr verlagern, und die Antriebe der verbliebenen Pkw und Lkw verbessern - weg von fossilen, hin zu erneuerbaren Energieträgern. Dabei müssen wir Innovation zeigen! St. Pölten als Fahrradstadt? Warum nicht!

Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, kann ein "weiter wie bisher" nicht mehr funktionieren. Wir stehen vor deutlichen Veränderungen und müssen die Grundlagen dafür schaffen, das Mobilitätssystem für die Zukunft vorzubereiten. St. Pölten hat aufgrund der geografischen Gegebenheiten beste Voraussetzungen dafür.

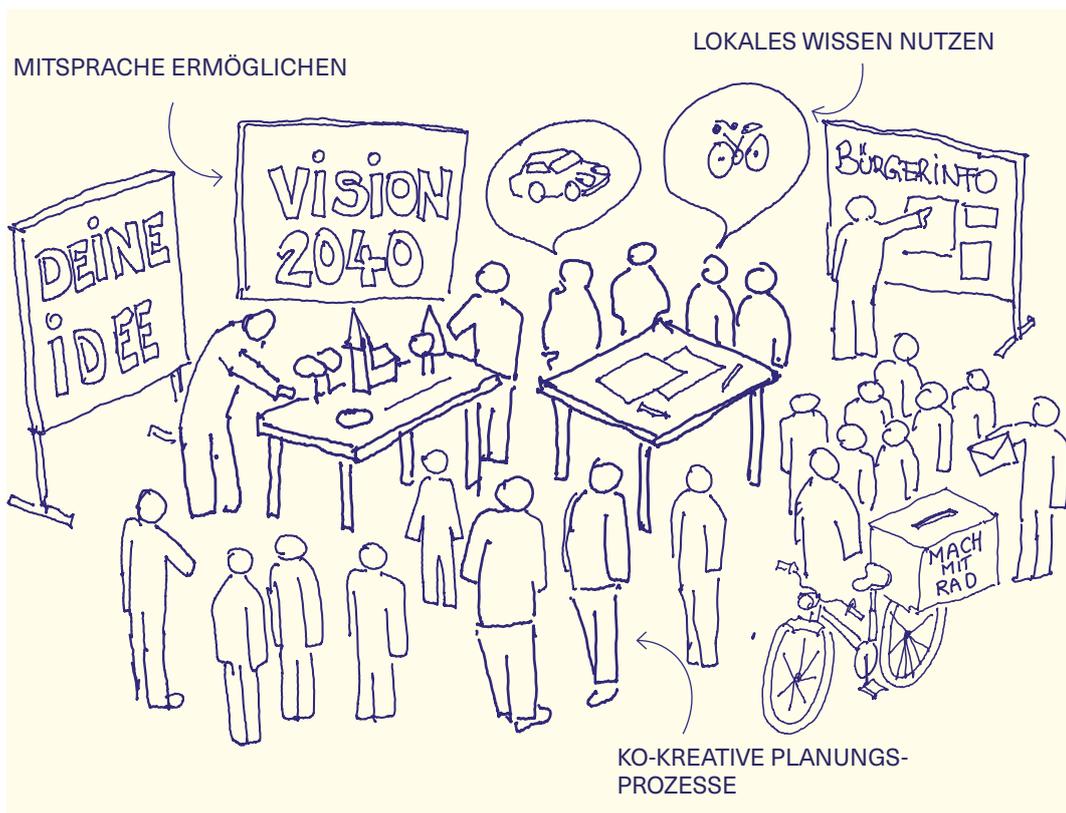
Gemeinsam aktiv und nachhaltig

Klimaschutz und Klimawandelanpassung sind im Wesentlichen auch eine soziale Aufgabe. Der Weg aus St. Pölten ins grünere Umland ist nicht weit. Dennoch sind nicht alle Menschen gleichermaßen mobil um z.B. der sommerlichen Überhitzung auszuweichen. Davon sind alte Menschen ebenso betroffen wie sozio-ökonomisch schlechter gestellte St. Pöltner:innen. Diese Personengruppen sind besonders auf Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie auf ein diverses Angebot an Freiräumen, den öffentlichen Verkehr aber auch und insbesondere auf leistbaren Wohnraum angewiesen. Soziale Gerechtigkeit spielt im Kontext der Klimakrise ebenso eine bedeutende Rolle, welche in der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen berücksichtigt sowie auch gesondert betrachtet werden muss.

Für eine nachhaltige und klimagerechte Stadt ist es wichtig, die Stadtbevölkerung miteinzubeziehen, den Dialog mit und unter der Bevölkerung zu stärken und Teilhabe zu ermöglichen.

St. Pölten zeichnet sich durch eine aktive und engagierte Stadtbevölkerung aus: Das hat sich (wie bereits beschrieben) schon bei der Bewerbung zur F4UM-Mission-Initiative des BMK, aber auch während des gesamten Prozesses zur Erarbeitung der Klimastrategie gezeigt. Diesen Kreis will die Stadt noch erweitern und gerade in Planungsprozessen unterrepräsentierte Gruppen einbinden.

Um die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen zu erhöhen, will die Stadt weiter auf den Dialog setzen. Dabei sollen angepasste Beteiligungsprogramme das bürgerschaftliche Engagement und die Teilhabe an nachhaltigen Stadtentwicklungsprojekten ermöglichen. Workshops, Planungsforen und projektbezogene Bürger:innenbeiräte können der projektbezogenen Mitsprache und Mitgestaltung ermöglichen.



Thomas Zeh

Dipl. Ing.

Leiter Umweltreferat
St. Pölten

»Global denken – lokal handeln.

Unter diesem Motto des Klimabündnisses setzt sich St. Pölten bereits seit Jahrzehnten für Maßnahmen zum Klimaschutz ein. In Zukunft werden jedoch noch größere Anstrengungen erforderlich sein und es wird der Mitwirkung und Zusammenarbeit vieler Gruppen und Stakeholder bedürfen. Wenn alle ihren Beitrag leisten – den Stromverbrauch senken, auf erneuerbare Energie umsteigen, Müll vermeiden etc. – kann gemeinsam viel erreicht werden.«



Foto: Medienservice St. Pölten

»Das Themenfeld der Stadtplanung inkludiert eine Vielzahl von Fachgebieten, mit Hilfe derer die räumliche Entwicklung gesteuert werden kann. All diese Themenstellungen werden maßgeblich von den Auswirkungen des Klimawandels beeinflusst, wodurch es einer Adaption der Prozesse, Instrumente und Umsetzungsvorhaben benötigt. Nachhaltige Bebauungsstrukturen, qualitativ hochwertige Frei- und Grünräume sowie aktive Mobilität können hierbei als die großen Hebel einer zukunftsweisenden Stadtentwicklung genannt werden. Die Erfordernisse der Transformation bieten gleichzeitig die große Chance, um mehr Lebensqualität in die Stadt zu bringen. Diese Möglichkeiten gilt es in den kommenden Jahren zu forcieren und schrittweise zu realisieren.«

Jens de Buck

Dipl. Ing.

Leiter Geschäftsbereich Stadtentwicklung St. Pölten



Foto: Medienservice St. Pölten

04

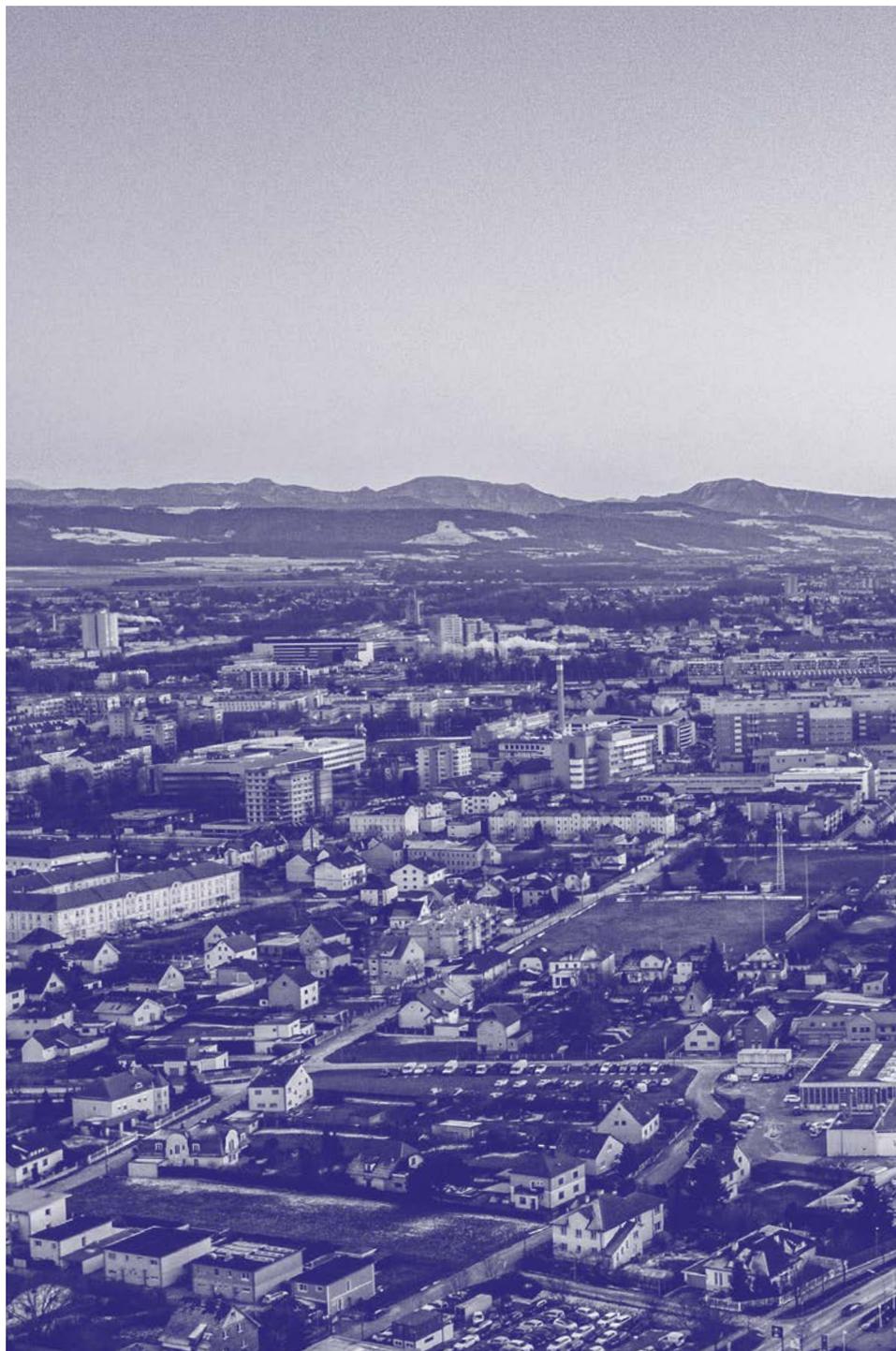


Foto: Medienservice St. Pölten

Klima-Gesamtstrategie



Sektoraler Bereich:

Energie, Gebäude und Wärme

Status Quo

Ob für das Kochen, das Heizen oder die Mobilität, für all das benötigen wir Energie - und die kommt leider immer noch zu oft aus fossilen Energieträgern. St. Pölten muss daher den Energiebedarf dekarbonisieren, und ihn gleichzeitig auch reduzieren. Und das ist möglich!

Die Rezepte sind bekannt: Sanierungen im Gebäudebestand, alternative Wärmequellen, der Ausbau von Photovoltaik und Windkraft und der Einsatz effizienterer Technologie leisten bereits heute einen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Fußabdrucks St. Pöltens. Der Ausbau der Fernwärme, der Tausch von Straßenbeleuchtungen in LED: All das spart bereits heute Energie. Dennoch bleibt noch viel zu tun.

Der Stromverbrauch und der Wärmebedarf der Haushalte, des Dienstleistungssektors und der Industrie tragen rund zwei Drittel zum Energiebedarf St. Pöltens bei. Immer noch heizen rund 36 % der Haushalte mit direkt fossilen Systemen, also Öl- und Gasthermen. So sorgt alleine das Heizen der Haushalte für Emissionen von mehr als einer Tonne CO₂ im Jahr pro Einwohner:in.⁴

Thermische Sanierungen von Wohngebäuden können bei einer Verbesserung der Sanierungsrate auf mindestens 3% (momentan liegt St. Pölten darunter) den Heizwärmebedarf bis 2030 um rund 20% verringern. Die Klimawirkung der Sanierungen hängt aber auch von den eingesetzten Baustoffen ab - es müssen mehr rezyklierbare und klimaschonend produzierte Baustoffe eingesetzt werden. St. Pölten kann hier mit Mustersanierungen im eigenen Bestand vorangehen. Dafür müssen aber Rahmenbedingungen geschaffen und Mittel bereitgestellt werden.

Gleichzeitig ist der Tausch fossiler Heizsysteme erforderlich. Fernwärme und Wärmepumpen haben dabei Vorrang gegenüber der Biomasse und Biogas, die vor allem an dezentralen Standorten zum Einsatz kommen sollen.

Mit dem Bekenntnis zum Ausbau und der Dekarbonisierung der Fernwärme sowie der Förderung von Wärmepumpen stellt sich für St. Pölten die Frage, wie der Wärmesektor mit der Siedlungsentwicklung gekoppelt werden kann. Durch die Integration in übergreifende Agenden der Stadtplanung, Förderungen und Beteiligungs- wie Öffentlichkeitsarbeit können Private an Planungssicherheit gelangen. Gleichfalls kann St. Pölten bei der Sanierung und/oder Errichtung eigener Gebäude oder in der Ausweisung neuer Entwicklungsgebiete die Schaffung von Energiegemeinschaften auf lokaler Netzebene fördern, und so auch dafür sorgen, dass sich die Energiesicherheit erhöht.

Während der Heizbedarf, aufgrund er steigenden Durchschnittstemperaturen, sinkt, wird der Stromverbrauch, unter anderem aufgrund des erhöhten Kühlungsbedarfs, zunehmen. Strom mit dem Umweltzeichen „Grüner Strom“ weist in Österreich um bis zu 20-fach geringere CO₂-Emissionen auf als der herkömmliche Strommix.⁵ Dies ist ein deutlicher Unterschied und eine klare Handlungsanleitung: Mit der Wärmewende muss auch eine Energiewende verknüpft werden.

Schon heute weist St. Pölten, vor allem durch die Windkraft, einen hohen Anteil an lokal emissionsarm erzeugten Strom auf. Zukünftige Potenziale für Wind-, Solar- und Wasserkraft ergeben aber auch weitere Möglichkeiten der klimaschonenden Stromerzeugung. Auch hierdurch erhöht sich die Energiesicherheit, die Klimawirkung und nicht zuletzt die Standortattraktivität durch lokal verfügbaren erneuerbaren Strom: Ein wichtiger Anreiz für klimaschonende Industrie und Gewerbe.

Wenn die verschiedenen Akteur:innen der Stadt zusammenarbeiten, Projekte an der Klimaneutralität ausrichten und an den richtigen Stellschrauben drehen, ist ein klimaneutrales St. Pölten möglich. Der Energiesektor ist, aufgrund der hohen Emissionen aber auch der großen Hebel, ein wesentlicher Schlüssel dazu.

⁴ Berechnung Jonathan Fetka, TU Wien

future lab

⁵ THG Rechner des Umweltbundesamtes, Quelle Basisfaktoren 2021

Strukturelle Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energie- und Wärmewende schaffen.

- # **Arbeitsprogramm**
(hohe Priorität)
- # **Themenspeicher**

- 01 Schaffen eines Energiemasterplans zum Monitoring und zur evidenzbasierten Maßnahmensetzung:** In einem Energiemasterplan sollen die relevanten sektoralen Kenngrößen der Emissionen erfasst und in eine einheitliche Datenstruktur eingebettet werden. Damit können einerseits große Hebel schnell identifiziert, und andererseits auch Erfolge gut evaluiert werden. Ebenso können teilweise Maßnahmen der Stadtentwicklung (wie Flächenwidmungspläne, Maßnahmen im Verkehr, Förderung von Energiegemeinschaften, Sanierungsoffensiven...) und Politik hinsichtlich ihrer Umweltwirkungen bewertet und eingeordnet werden.
- 02 Integration des Themenfeldes Energie(raum)planung in die Aufgaben der Stadt als Grundlage für Entwicklungskonzepte:** Durch eine Datenbasis zu räumlicher Manifestierung und Massierung von Energieverbräuchen können zukünftige Maßnahmen und Konzepte räumlich hinsichtlich des Ziels der Vermeidung emissionsfördernder Strukturen abgestimmt werden. Analog zum Energiemasterplan werden auch Potenzialgebiete für den Ausbau des Fernwärmenetzes oder Sanierungszonen sichtbar. Mit dieser Grundlage können so langfristig die Weichen hin zu einer emissionsreduzierenden Raumplanung & Stadtentwicklung gestellt werden.
- 03 Vorevaluierung des Einsatzes von Großwärmepumpen mit Flusswasser (Traisen) und aus Abwasser für Fernwärme:** Mittelfristig kann die Müllverbrennung bedeutende Teile des Wärmebedarfs der Fernwärme stillen. In Ergänzung dazu, soll der Einsatz von Großwärmepumpen (bsp. in der Traisen, Bächen oder im Abwasser) evaluiert werden. International existieren hier schon Beispielprojekte, die auf die spezifischen Bedingungen in St. Pölten abgeglichen werden müssen.
- 04 Teilnahme an öffentlichen Klima-initiativen:** Durch einen Beitritt zu den E5-Gemeinden kann St. Pölten auf ein Netzwerk an erfahrenen Städten zurückgreifen, und so wichtige Hilfestellungen bei Fragen der Emissionsreduktion des Energiesektors erhalten. Gleichsam erhält sich so ein gewisser Exzellenzdruck, die positiven Entwicklungen im Sinne des Klimaschutzes voranzutreiben.
- Neben den E5-Gemeinden existieren in Österreich noch weitere relevante Netzwerke wie KlimNÖtral2040 und Klima- und Energie-Modellregionen und dem Klimabündnis (bereits langjähriges Mitglied). Hier kann voneinander gelernt, und der Fortschritt gemonitort werden.
- 05 Mitarbeit/Lancieren von Forschungsprojekten:** In Österreich gibt es viele Förderpöfpe, die Sondieren und probeweises Ausprobieren etwa der Energiewende ermöglichen. So können PV-Anlagen, die Sanierung mit umweltfreundlichen Dämmstoffen, Ansätze der Kreislaufwirtschaft, Öffentlichkeitarbeit etc. gefördert werden.
- 06 Schaffung eines Vorzeigeprojektes für Energiegemeinschaften:** St. Pölten soll aktiv einen Beitrag zur Schaffung eines Vorzeigeprojektes für Energiegemeinschaften leisten. Damit können wichtige lokale Erfahrungen gesammelt werden, auf denen weitere Maßnahmen und Unterstützungen seitens der Gemeinde aufbauen.
- 07 Schaffung eines Vorzeige-Energienetzes:** St. Pölten soll sich aktiv an der Schaffung eines Leuchtturm-Energienetzes beteiligen. Damit können wichtige lokale Erfahrungen gesammelt werden, auf denen weitere Maßnahmen und Unterstützungen seitens der Gemeinde aufbauen.

- 08 Ausbau & Sichtbarmachung von Energieberatung:** Energieberatung ist ein enorm wichtiger Schlüssel, um Ängste oder Unwissen vor thermischen Sanierungen oder einem Heizungstausch abzubauen. So können vor Maßnahmenbeginn optimale Lösungen im Sinne des Klimaschutzes identifiziert und umgesetzt werden. St. Pölten setzt hier bereits vermehrt auf Öffentlichkeitsarbeit, die positiven Erfahrungen gilt es auszubauen.
- 09 Energiesparworkshops an Schulen:** Durch eigenes Verhalten kann Energie gespart werden. Dies betrifft etwa richtiges Heizen und Lüften oder Bewusstsein in der Bedienung von Haushaltsgeräten. Die bereits bestehende Bewusstseinsbildung in den Schulen St. Pöltens soll weiterhin ausgebaut und gefördert werden.
- 10 Anreize für thermische Sanierungen und Heizungstausch schaffen:** Die aktuelle Energiekrise zeigt nicht nur die Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas, sondern wirft auch zahlreiche soziale Fragenstellungen auf. Die Notwendigkeit zum Heizungstausch wird zunehmend dringender, gleichzeitig ist es aufgrund der enorm steigenden Preise vielen Bürger:innen nicht möglich, die erforderlichen Maßnahmen zu finanzieren. Monetäre Anreize können die Bevölkerung entlasten und die sukzessive Umstellung vorantreiben.
- 12 Energieeffizientes und klimafittes Inventar:** Bei der Beschaffung von Inventar für öffentliche Gebäude, beispielsweise der Kauf von Computer, von Druckerpapier oder sonstigen Büromaterialien, wird Energieeffizienz und Umweltschutz ein entscheidendes Kriterium. So kann der lokale Energieverbrauch, aber auch die Emissionen in anderen Teilen der Welt im eigenen Wirkungsbereich minimiert werden.
- 13 Energiesparlampen in öffentlichen Gebäuden:** In öffentlichen Gebäuden wird, wo es noch nicht der Fall ist, auf möglichst energieeffiziente Beleuchtung gesetzt. LED-Lampen verbrauchen wenig Strom und sind langlebig. Damit amortisieren sie sich schnell.
- 14 Energiesparende Straßenbeleuchtung umsetzen:** St. Pölten beschleunigt den Austausch der Straßenbeleuchtung auf LED. Hier wurden in der Vergangenheit schon deutliche Einsparungen im Stromverbrauch realisiert, diese Potenziale können noch schneller gehoben werden.
- 15 Neubauten öffentlicher Gebäude klimafreundlich entwickeln:** Von der öffentlichen Hand errichtete Gebäude erfüllen hohe Standards bzgl. Energieverbrauch, Bauweise und eingesetzter Baustoffe. Bei der Projektentwicklung sind in die Abwägung der Maßnahmen nicht nur die Errichtungskosten zu inkludieren, sondern auch eine Lebenszyklusanalyse durchzuführen, um die langfristige Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Bei Neubauten wird weiters die Bildung einer Energiegemeinschaft oder eines Energienetzes geprüft.

Energiebedarf in der Gemeinde senken

- 11 Prüfung zur Absenkung der Heiztemperaturen in öffentlichen Gebäuden:** In öffentlichen Gebäuden kann durch eine Absenkung der Heiz- und Kühltemperatur außerhalb von Betriebszeiten viel Energie gespart werden: eine um einen Grad reduzierte Heiztemperatur bedeutet rund 6% weniger Energieverbrauch.

Wo es heute noch nicht möglich ist, kann durch das Anbringen von intelligenten Thermostaten die Temperatur individuell geregelt werden. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass so oft kleine Einsparungen im Energieverbrauch möglich sein können.

- 16 Schaffung von klimaneutralen & klimapositiven Vorzeigeprojekten in Neubau/Bestand** St. Pölten nutzt seine Vorbildfunktion, um im Bereich des Neubaus und der Sanierung Prestigeprojekte zu schaffen, die über aktuelle Standards hinausgehen und unter Einbindung lokalen Wissens und lokaler Ressourcen auch neue Baumethoden und Baumaterialien erproben. Damit werden einerseits positive Beispiele geschaffen, aber auch lokales Wissen und lokale Ressourcen gestärkt.

- 17 (Therm.) Sanierungsoffensive öffentlicher Gebäude:** Die Sanierungsrate öffentlicher Gebäude wird erhöht. Dabei wird verstärkt auf den Einsatz ökologischer und wiederverwertbarer Baustoffe geachtet. Hier kann die Stadt eine Vorreiterrolle einnehmen, und auch auf anderen Gebäudebestand der öffentlichen Hand positive Lenkwirkungen ausüben, etwa auch durch den Bezug von lokalen, nachwachsenden Baumaterialien.
- 21 Prüfung von Gemeinschaftskraftwerken mittels Bürgerbeteiligung(investitionen):** Windkraft- oder Solaranlagen auf der „grünen Wiese“, aber auch auf Dachflächen, treffen insbesondere dort auf hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn diese an den Projekten beteiligt sein kann. Mittels Gemeinschaftskraftwerken können Bürger:innen in Kraftwerke in ihrer Umgebung investieren und so von der Energiewende profitieren. St. Pölten kann hier beratend und unterstützend agieren und Pilotprojekte über Projektpartner lancieren, und gegebenenfalls auch eigene Flächen zur Verfügung stellen. Bereits in der Vergangenheit wurden dahingehende Projekte geprüft, allerdings aufgrund der schwierigen rechtlichen Rahmenbedingungen nicht umgesetzt. Mittlerweile haben sich zahlreiche Gemeinden diesem Thema gestellt und Vorzeigeprojekte realisiert. Im aktiven Austausch mit den jeweils zuständigen Akteur:innen kann die Stadt von diesen Pilotvorhaben lernen und ein entsprechendes Modell für St. Pölten entwickeln.

Energie klimaschonend erzeugen

- 18 Anbringen von Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden:** Sofern die Statik sowie der Bebauungsplan es zulassen oder eine Erhöhung der Statik mit einfachen Mitteln möglich ist, sollen auf öffentlichen Gebäuden Photovoltaik-Anlagen errichtet werden, vor allem im Zuge von umfassenden Sanierungen und/oder Neubauten kann hier die Autarkie der Strom- und Wärmeerzeugung der Gebäude erhöht werden. Des Weiteren bilden Parkplätze sowie bachliegende Freiflächen (z.B. ehemalige Deponien), welche sich im Eigentum der Stadt befinden, das Potenzial zur Ausstattung mit Photovoltaik-Anlagen.
- 19 Öffentlicher Strombezug aus rein ökologischen Quellen:** Die öffentliche Hand bezieht bereits Strom mit äußerst geringen CO₂-Emissionen. Diesbezügliche Anstrengungen sollen beibehalten und erweitert werden.
- 20 Ermöglichung des Ausbaus und der Erneuerung bestehender Windkraftanlagen gem. den aktuellen technischen Möglichkeiten:** Auf die Windkraft hat zwar die Landesgesetzgebung am meisten Einfluss (z.B. hinsichtlich Abstandregeln), St. Pölten kann hier aber ein starkes Sprachrohr für den weiteren, zielgerichteten Ausbau der Windkraft sein, um lokale Potenziale nicht brach liegen zu lassen. Bestehende Windkraftanlagen, welche sich in St. Pölten durchwegs in Privateigentum befinden, weisen bei Erneuerung teils noch Potenziale zur Produktionssteigerung von umweltfreundlichem Strom auf. Zu prüfen ist hierbei, wie mit veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen seit Errichtung der bestehenden Windkraftanlagen umgegangen werden muss.
- 22 Photovoltaik auf Flachdächern in Betriebsgebieten in Bestand/Neubau verstärkt umsetzen:** Die Betriebsgebiete in St. Pölten weisen teils große Dachflächen (bis zu 1ha) auf, welche aktuell nicht für Photovoltaik genutzt werden. St. Pölten kann hier die Vermietung an Energieunternehmen unterstützen und/oder die Eigentümer:innen der Flachdächer selbst zur Installation von Photovoltaikanlagen anregen und durch Förderungen unterstützen. Die theoretischen Potenziale an Dachflächen könnten mehrere tausend Haushalte mit Strom versorgen und auch wichtige Bestandteile von Energiegemeinschaften sein. Die Stadt könnte hierbei unterstützend hinsichtlich der Umweltförderungen des Bundes und Landes NÖ werden, um jene Informationen an die Betriebe weiterzugeben bzw. auf diese Förderlandschaft hinzuweisen.
- 23 Evaluierung und Erneuerung von bestehenden Kleinwasserkraftwerken am Mühlbach:** Im Mühlbach existieren bereits mehrere Kleinwasserkraftwerke, die durch Umrüstungen den Ertrag erhöhen können. Es soll evaluiert werden, wo noch öko-

logische Möglichkeiten zur Verbesserung des Ertrags liegen, etwa durch Modernisierung oder Neuerrichtung von Anlagen.

Klimaschonend Energie nutzen

- 24 Der Heizungstausch im eigenen Gebäudebestand wird forciert:** Eine wesentliche Maßnahme, die heute bereits in vielen Sanierungen umgesetzt wird, ist der Wechsel von Öl- und Gasheizungssystemen hin zu umweltschonenderen. Bei jeder Sanierung muss ein Heizungswechsel weg von fossilen Brennstoffen erfolgen. Wo es möglich ist, muss hier die Sanierung mit einem Ausbau der Fernwärme (und einer Informations- und Anschlussoffensive für anliegende Haushalte) akkordiert werden. Ebenso sollte die Gründung von Anergie- und Energiegemeinschaften mit dem Einsatz von Wärmepumpen mitbedacht werden, wo ein Anschluss an die Fernwärme nicht möglich ist. Der direkte dahingehende Einflussbereich der Stadt stößt bei Privateigentum der Bevölkerung verständlicherweise schnell an seine Grenzen - hier gilt es einen klaren Fokus auf Bewusstseinsbildende und unterstützende Maßnahmen zu setzen.
- 25 Förderungen & Beratungen für Heizungstausch für Private werden ausgebaut:** Eine große Hürde für den Wechsel von Öl- und Gasheizungen hin zu umweltschonenderen Heizformen für Private und Bauträger ist die fehlende Information, da es keine universal übertragbaren Lösungen auf Gebäudeebene gibt. Die Beratungs- und Informationsangebote zu Machbarkeiten, Finanzierungen und Förderungen werden deshalb niederschwellig weiter ausgebaut. Hinsichtlich monetärer Förderung ist ein intensiver Austausch mit dem Land Niederösterreich erforderlich. Des Weiteren können Private dabei unterstützt werden, Sanierungsgemeinschaften zu bilden. Damit können Heizungswechsel und Sanierungen teils gemeinsam beauftragt werden - folglich werden etwa Arbeiten oder Anschlüsse billiger. Ebenso wird die Erkennung von Potenzialen hinsichtlich Energiegemeinschaften gefördert.
- 26 Anreize zum ökologischen Strombezug für Private & Wirtschaft:** St. Pölten setzt auf Informationskampagnen und andere öffentlichkeitswirksame Anreize zum Bezug ökologischen Stroms von Privaten und der Wirtschaft. Das können einerseits die Integration in Energiegemeinschaften oder der Bezug von Strom über den Markt sein. Hier gibt es in Bezug zu Emissionen teils große Unterschiede in verschiedenen Tarifen und Anbietern.
- 27 Anschlussoffensive Fernwärme (Angebote für Straßenzüge, Baublöcke etc.):** Auf Basis des Energieplans ergeben sich Potenzialgebiete für die Fernwärme, in denen ein Einsatz besonders sinnvoll wäre. Hier, und wo die Fernwärme bereits erreichbar ist, werden durch Informationskampagnen und gemeinsame Angebote die Anzahl an Anschlüssen an die Fernwärme erhöht. Im Flächenwidmungsplan spiegelt sich dieses Potenzial in den Vorranggebieten der Siedlungsentwicklung wider.
- 28 Laufende Prüfung der Möglichkeiten und Forcierung zur Fernwärmeerweiterung im Zuge von Straßenarbeiten/Grabungen:** Bei allen großen Infrastrukturprojekten, Straßen- und Grabungsarbeiten erfolgt eine Abstimmung und Akkordierung mit der Fernwärme hinsichtlich des Fernwärmenetzausbaus. So können weitere Synergien geschaffen und der Ausbau in Potenzialgebiete vorangetrieben werden.
- 29 Ausbau der Fernwärme in allen qualifizierten Gebieten und Setzen von Anschlussreizen:** Auf Basis des Energieplans wird das Fernwärmenetz möglichst rasch in jenen Gebieten ausgebaut, innerhalb derer es aufgrund der Dichte, des Gebäudezustandes geeignet erscheint, um eine Anschlussoffensive vorzubereiten. Dadurch ergibt sich Planungssicherheit hinsichtlich der Ausweisung von neuen Siedlungsgebieten und von dezentralen Wärmenetzen.
- 30 Fernheizkraftwerk Nord & Süd auf andere Energieträger umrüsten oder ersetzen:** Die Abhängigkeit von fossiler Energie im Bereich der Fernwärme und des Stroms muss reduziert werden. Vor allem der Fußabdruck

der Fernwärme kann durch einen Wechsel zur Müllverbrennung (kurz- bis mittelfristig) deutlich reduziert werden. Für die saisonale Schwankung wird heute noch auf Erdgaskessel zurückgegriffen. Für diese Abhängigkeit werden Alternativen gesucht.

- 31 Förderung der Evaluierung und Umsetzung zu Carbon-Capture-Storage-Methoden im Müllverbrennungskraftwerk Dürnrohr:** Bereits jetzt stammen zwei Drittel der Fernwärme aus der Abwärme der Müllverbrennung Dürnrohr. In Zukunft könnten es bis an die 90% sein. Voraussichtlich wird von der Gesellschaft noch länger genügend Abfall verursacht, der große Teile der benötigten Abwärme erzeugt. Darüber hinaus kann in der Verbrennung zum Teil mit Biomasse substituiert werden.
- 32 Dekarbonisierungspfade der Müllverbrennung Dürnrohr erarbeiten und umsetzen:** Die Dekarbonisierung der Müllverbrennung ist einer der mittelfristig größten Hebel zur Emissionsreduktion der Wärmeversorgung St. Pöltns. Die Stadt kann hier als Kundin auf die EVN einwirken und als Partnerin Projekte zur Dekarbonisierung unterstützen. In der Müllverbrennung kommen zu einem kleinen Teil fossile Brennstoffe zum Einsatz. Hier wäre es möglich, bisher verwendetes Erdgas mit Biogas, Wasserstoff oder mit in einem lokalen Carbon Capture and Storage (CCS) -Kreislauf erzeugten Methan zu ersetzen. Damit würde eine deutliche CO₂-Reduktion erzielt werden. Diese Möglichkeiten ergeben sich mittelfristig und müssen hinsichtlich ihrer Eignung evaluiert werden. Langfristig ist es das Ziel, Müll zu vermeiden, und diesen entweder mit Biomasse zu ersetzen oder andere Wärmequellen zu erschließen.
- 33 (Techn.) Ertüchtigung der Fernwärme für Potenzialgebiete:** Wo die Fernwärme aufgrund der Bevölkerungsdichte und der Gebäudestruktur sinnvoll wäre, technisch aber noch nicht effizient erschließbar, wird die Fernwärme bzw. das bestehende Netz ertüchtigt. Dies geschieht etwa durch neue Wärmetauscher oder dezentrale Biomassekraftwerke.
- 34 Erschließung von Abwärmepotenzialen der Industrie für Fernwärmenutzung:** In St. Pöltns gibt es nur begrenzt Potenzial (größere Abwärmemengen nahe am bestehenden Fernwärmenetz) für eine großflächige und ertragreiche Abwärmenutzung der Industrie. Wo dieses Potenzial jedoch gegeben ist, soll dieses realisiert werden. Dies geschieht auch unter Berücksichtigung der Wahrung der Resilienz des Heiz-Systems.
- 35 Evaluierung & Ertüchtigung des Anschlusses von Niedrigtemperaturindustrie an die Fernwärme:** Auch in Betrieben wird im Niedrigtemperaturbereich teils Fernwärme genutzt und so auf fossile Befeuerung verzichtet. Dieses Potenzial soll ausgebaut werden. Davor muss jedoch das Fernwärmenetz hinsichtlich der technischen Gegebenheiten untersucht und gegebenenfalls ertüchtigt werden.
- 36 Kurzfristige Wärmespeicher für die Fernwärme schaffen:** Durch die Schaffung von Wärmespeichern zum Ausgleich von Spitzenlasten im Stunden- und Tagesbereich soll weitere Unabhängigkeit von den Fernheizkraftwerken und deren fossiler Befeuerung gewonnen werden.
- 37 Förderung der Evaluierung und Überprüfung der Nutzung von Abwärme der Fernwärme im Sommer:** Die EVN betreibt bereits einen der größten Fernwärmespeicher Europas, Know-How zur Wärmespeicherung ist folglich bereits vorhanden. Überschüssige Abwärme der Müllverbrennung könnte auch für die Fernwärme St. Pöltns genutzt, bzw. täglich gespeichert werden. Gleichfalls ergeben sich Möglichkeiten zur Erzeugung von Kälte im Sommer. Diese Potenziale werden evaluiert, um auch im Sommer die Abwärme optimal zu nutzen. Gleichzeitig müsste die Fernwärme Leitungen und Wärmetauscher auf höhere Kapazität auslegen. Aufgrund der hohen Kosten ist dies nur bei entsprechenden Förderungen sinnvoll machbar.

Ausbau und Dekarbonisierung Fernwärme

Gegenwärtig wird die Fernwärme St. Pöltns vorrangig mittels Kraft-Wärme-Kupplung (KWK) -Kraftwerken und der Müllverbrennung gewonnen. Damit gehen substanzielle CO₂-Emissionen einher (wenn auch niedrigere als durch private Gasthermen). Dementsprechend ist ein Ausbau der Fernwärme und eine Erhöhung der Anschlüsse sinnvoll. Jedoch kann St. Pölten seine Klimaziele nur erreichen, wenn die Fernwärmedekarbonisiert wird - dafür gibt es einige Potenziale. So konnte das Fernwärmenetz mit einer Abkehr von KWK-Kraftwerken im Juni 2022 die Fernwärme zumindest in den Sommermonaten vom Gas unabhängig machen. In der Müllverbrennung kann dann CO₂ abgeschieden, Biomasse, Biogas oder Wasserstoff für die Verbrennung eingesetzt werden. Damit könnten die

CO₂ Emissionen um mehr als 90% reduziert werden. Die Abwärme aus Müllverbrennung kann den Wärmebedarf vorrangig aufgrund technischer Gegebenheiten wohl auch in Zukunft nicht vollständig abdecken. So wird es in Zukunft darum gehen, die steigende Kundenanzahl (auch aus der Niedrigtemperatur-Industrie) mit neuen Wärmequellen klimaneutral zu versorgen.

Hier kommen entweder in peripheren Gebieten dezentrale Biomasseanlagen in Frage, oder als zentrale Elemente der Fernwärme Großwärmepumpen, die die Nutzwärme der Abwässer vom Traisentalssammler, die Abwärme von Industrieanlagen, und/oder das Wasser der Traisen oder des Mühlbachs nutzen.

Von der Strategie zur Umsetzung

Handlungsschritte

1. **Definition von strategischen Ausbauzielen/-gebieten:** transparenter Ausbauplan
2. **Vorbereitung der Kapazitätserweiterung** mit Großwärmepumpen, Biomasse u.a.
3. **Strategie zur Unterstützung der Dekarbonisierung der Müllverbrennung**
4. **Anreize und Informationskampagnen** zur Erhöhung der Anschlüsse
5. Abstimmung mit relevanten Ämtern zur Bündelung von Infrastrukturprojekten

Umsetzungsrelevante Akteure

- EVN
- Fernwärme St. Pölten
- Politik
- Immobilien St.Pölten GmbH

Bewertungskriterien

Priorität und Dauer

Sehr hoch, Mittelfristig

Umsetzbarkeit

Mittel

Ebene

Gesamtstädtisch/Stadtteil/Gebäude/Region

Kompetenzbereich

Stadt, Land, EVN, Fernwärme GmbH

CO₂-Einsparungspotenzial

direkt/sehr hoch

Politischer Beschluss nötig?

teilweise

Erste Schritte Energie, Gebäude und Wärme / Maßnahme Nr. 11,12,15,17,18,19 / Klimaschutz

Eine proaktive Verwaltung als Vorbild für Klimaneutralität

St. Pölten kommt als Landeshauptstadt des Landes Niederösterreich eine bedeutende Vorreiterrolle zu. Die Stadt kann im eigenen Wirkungsbereich aufzeigen, wie die klimaneutrale Wende gelingen kann. Durch das Instrument der Energiebuchhaltung findet bereits ein Monitoring des eigenen Energieverbrauchs auf Gebäudeebene statt, und offenbart noch einige Potenziale, etwa zur Vorzeige-Sanierung.

Das Tempo der Sanierungen muss generell beschleunigt werden, gleichzeitig kann in St. Pölten vorgezeigt werden, wie ein Bestandgebäude als Mustersanierung aussehen kann: Dies schafft lokales Wissen, Motivation und eine Vorzeigefunktion für andere Sanierungen.

Darüber hinaus kann auf individueller Ebene in der Verwaltung einiges an Energie gespart werden: Durch Thermostate in Büros, durch Temperaturabsenkungen am Wochenende oder in der Nacht, durch einen Fokus auf ökologische und energieeffiziente Beschaffung.

Der unmittelbare Handlungsbereich in der Verwaltung, vom Individuum über die Abteilung hin zur Verwaltung als Ganzen: Jedes Potenzial zur Emissionsreduktion muss genutzt werden, als Leuchtturm für die restliche Stadt.

Von der Strategie zur Umsetzung

Bewertungskriterien

Von der Strategie zur Umsetzung	Bewertungskriterien	
Handlungsschritte	Priorität und Dauer	Kurz- bis Mittelfristig
1. Bezug von Strom aus klimaneutralen Quellen	Umsetzbarkeit	Sehr Leicht
2. Absenkung von Heiztemperaturen außerhalb von Öffnungszeiten	Ebene	Abteilungsintern/Stadtverwaltung
3. Fokus in Beschaffung auf Energieeffizienz und Ökologie	Kompetenzbereich	eigener Wirkungsbereich/Kommune
4. Beitritt zu E5-Netzwerk		
5. Sanierungsoffensive öffentlicher Gebäude	CO ₂ -Einsparungspotenzial	direkt & indirekt/niedrig
Umsetzungsrelevante Akteure	Politischer Beschluss nötig?	teilweise
<ul style="list-style-type: none"> • Die Mitarbeiter:innen des Magistrats • Finanzabteilung (Strombezug) • Immobilien St.Pölten GmbH (Sanierungen/Thermostate) • Umweltschutzabteilung (interne Schulungen) 		

Energieraumplanung als neues Planungsinstrument

Strom- und Wärmeversorgung (und deren Verbrauch) sowie Mobilität werden maßgeblich von der Siedlungsstruktur und der vorhandenen Infrastruktur beeinflusst. Verdichteter Siedlungsraum in der Nähe von gut erreichbaren ÖV-Stationen hat einen deutlich geringeren Energieverbrauch als disperse Ansiedelungen, die mit dem ÖV oder mit attraktiven Radwegen schwer zu erschließen sind. Die Siedlungsentwicklung St. Pöltens muss sich daher auf Standorte konzentrieren, in denen einerseits Anschlüsse an eine klimaschonende Wärmeversorgung möglich sind, und andererseits der öffentliche Verkehr gut erreichbar ist. Damit werden langfristig Emissionen durch eine Planung mit Energieverbrauch als Grundlage vermieden.

Gleichzeitig schafft die Stadt St. Pölten mit einer Energieraumplanung noch einen weiteren Effekt. Durch die Bündelung von Daten des Bestands (Größe, Baualter, Heizwärmebedarf...) können Gebiete identifiziert werden, in denen der Energieverbrauch besonders hoch ist, und wo etwa Fernwärmeanschlüsse oder Sanierungsoffensiven besonders sinnvoll sind.

Mit diesen Daten als Grundlage können so gezielt Maßnahmen in der Siedlungsentwicklung, der Sanierungen, der Planung von alternativen Heizformen gesetzt werden.

Von der Strategie zur Umsetzung

Handlungsschritte

1. Einholen von Daten und Integration in ein GIS-Modell (Energieausweise, Baualter, Emissionskataster, Erreichbarkeitsklassen, Einwohnerzahlen, ...)
2. Erhebung fehlender Daten
3. Verwendung von Modell als Grundlage für Fernwärmeerweiterung, Flächenwidmungsplan, Entwicklungskonzept

Umsetzungsrelevante Akteure

- Klimakoordinationsstelle
- Abteilung Umweltschutz
- Abteilung Stadtplanung
- EVN

Bewertungskriterien

Priorität und Dauer

Mittel/Kurz- bis Mittelfristig

Umsetzbarkeit

Mittel

Ebene

Gesamtstädtisch

Kompetenzbereich

Stadt (Land als Partner bei Daten)

CO₂-Einsparungspotenzial

indirekt hoch

Nötige Instrumente

Energieleitbild, Emissionskataster, Energiebuchhaltung, Energiemasterplan, Flächenwidmungsplan, Baualterplan, Bevölkerungsdichte

Politischer Beschluss nötig?

ja

Sektoraler Bereich: Energie, Gebäude und Wärme

Best-Practice-Beispiele

Klimaschonendes Bauen, erfolgreiche Wärme- und Energiewende, lokale, resiliente Erzeugung von Strom und Wärme, Infrastrukturen zur Dekarbonisierung des Wärme- und Energiesektors: Eine große Aufgabe, doch internationale Projekte zeigen, dass die Dekarbonisierung gelingen kann! Oftmals sind diese Projekte nur ein Schritt auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft, dem noch weitere folgen müssen. Doch in der Übersicht und im Zusammenspiel zeigt sich: Für fast alle für St. Pölten relevanten Schritte existieren anderswo in Europa, oft unter ähnlichen Voraussetzungen, bereits Erfolgsbeispiele. Das macht Mut und Lust auf den Weg, der vor uns liegt!

Wärmewende , Lemgo, DE

Die Kommune hat gemeinsam mit den Stadtwerken ein Portal eingerichtet, wo alle Informationen zu Förderungen, Angeboten, Einsparmaßnahmen etc. abrufbar sind. Aber auch die Wärmewende treibt die Stadt voran. Mittels Wärmespeichern, Großwärmepumpen und Solarthermie-Anlagen soll die Wärmeversorgung dekarbonisiert werden. Bis 2040 sollen alle Gebäude an Fernwärme angeschlossen sein können, die bereits heute einen niedrigen CO₂-Fußabdruck aufweist. Dem Ausbau liegt ein klarer Potenzialplan zugrunde.



Bevölkerungszahl
40 500

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 29-37

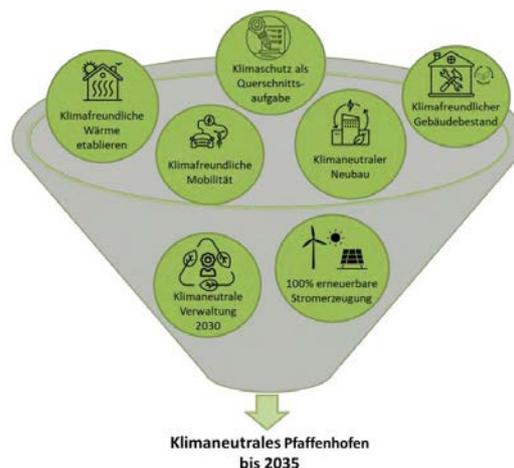
Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Foto: <https://www.klimaschutz-lemgo.de/>

Dekarbonisierung gemeinsam schaffen, Pfaffenhofen, DE

Die Gemeinde Pfaffenhofen hat nicht nur ein wegweisendes Klimaschutzkonzept erstellt, sondern setzt selbst auch wichtige Schritte zur Dekarbonisierung des Strom- und Wärmesektors. So wird das Heizkraftwerk mit Biomasse beheizt, was rund 1,5t CO₂ pro Einwohner:in im Jahr spart. Weiters gibt es in Pfaffenhofen ein power-to-gas Projekt, das lokales CO₂ abscheidet und mit überschüssigem Strom in Methan, also Biogas (etwa für Deckung von Spitzenlasten) umwandelt.



Bevölkerungszahl
26.272

Maßnahmen-Bezug
divers

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Foto: https://pfaffenhofen.de/dokumente/3682/2022_Klimaschutzkonzept_2_PAF_final_komprimiert_yORKX00.pdf

Bevölkerungszahl

634 293

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 32

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Foto: <https://www.chemietechnik.de/anlagenbau/technip-energies-erhaelt-epc-grossauftrag-fuer-ccs-projekt-in-muellverbrennungsanlage-158.html>



Die Müllverbrennung dekarbonisieren, Oslo, NOR

Teil des Osloer Pfades hin zur Klimaneutralität ist die Dekarbonisierung der Müllverbrennung. Für nicht recyclebaren Abfall werden hier durch Verbrennung und anschließende CO₂-Absorption „negative Emissionen“ von rund 400.000 t CO₂ im Jahr erzeugt. Das Projekt zeigt, dass CO₂-Absorption funktioniert, für die letztliche Speicherung weist St. Pölten jedoch gänzlich andere Voraussetzungen auf als Oslo. .

Bevölkerungszahl

1 897 000

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 7

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Foto: Lisi Zeininger; https://www.klimaaktiv.at/dam/jcr:059f9443-7f25-4be9-a5d3-ed7ce37201a6/08_Anergienetz-Geblergasse_2021-02-04.pdf



Mit Anergienetzen zur Wärmewende, Wien, AUT

In einem Anergienetz sind Energiequellen, Verbraucher und Speicher in einer Gemeinschaft verbunden. Wärme und Energie werden etwa durch Solarpaneele gewonnen, Wärme wird im Erdreich gespeichert und mittels Wärmepumpen für das Kühlen oder Heizen verwendet. Dabei erreichen diese Arbeitszahlen von zwischen 6 und 7. Im Projekt Geblergasse in Wien wurde ein Netz auf einen ganzen Baublock geplant, je nach Sanierungsplan können sich die Häuser schrittweise ins Netz integrieren.

Bevölkerungszahl

1 897 000

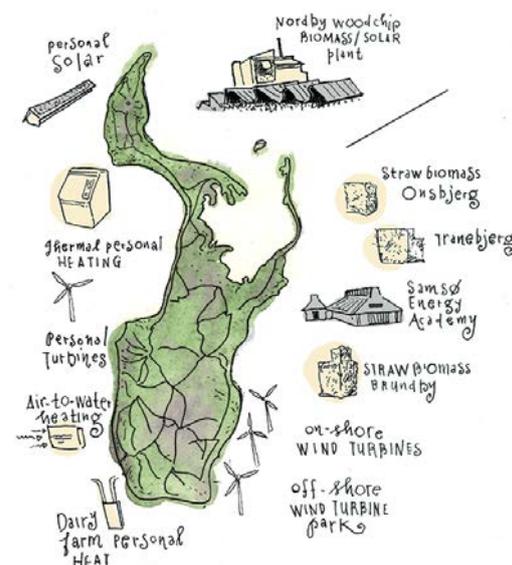
Maßnahmen-Bezug

divers

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Foto: <https://nautil.us/blowing-off-the-grid-3935/>



Erfolgreiche Energie- und Wärmewende, Samsø, DNK

Samsø ist eine kleine Insel in Dänemark, die die Energie- und Wärmewende probt. In den späten 90er-Jahren wurde ein 10-Jahres-Energieplan erstellt, um von fossiler unabhängig zu werden. Das Projekt war so erfolgreich, dass die Insel heute sogar Energieexporteur geworden ist. Für St. Pölten spannend ist die Herausbildung von Wärmenetzen, wo mit Anreizen in kurzer Zeit viele Anschlüsse geschaffen wurden. Ebenso wurde eine „Energieakademie“ gegründet, in der gemeinsam mit der Bevölkerung Konzepte zum Energiesparen entwickelt werden.

Mit Energiegemeinschaften in die Energiewende, Eeklo, BEL

In Eeklo wird die vor Ort benötigte Energie großteils lokal und unter Beteiligung der Bevölkerung erzeugt. Jede*r Bürger*in kann sich an den lokalen Windkraftanlagen beteiligen, die Energieversorgung ist „demokratisiert“. Diese Unabhängigkeit sorgt für deutlich geringere Strompreis, die geringe Dividende bleibt im Ort und schafft sozialen Mehrwert. Als sekundärer Effekt der direkten Beteiligung und Bewusstseinsbildung, hat sich auch der Energieverbrauch der Bevölkerung reduziert. Durch Sanierungen wurde so auch der Heizwärmebedarf gesenkt.



Bevölkerungszahl
21 285

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 6

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Klimaschutz

Abb: https://www.kleinezeitung.at/zuhause/6028713/Energiegemeinschaften_Stromverkauf-unter-Freunden-und-Nachbarn_So/

Das Ziel ist Suffizienz – Die 2000 Watt-Gesellschaft, Zürich, CHE

Das Konzept der 2000 Watt Gesellschaft thematisiert nicht nur die Energieversorgung durch Erneuerbare, sondern auch das Suffizienzprinzip. Das Prinzip: Auch Erneuerbare weisen Emissionen auf und schädigen die Umwelt. Daher muss auch darauf geachtet werden, Energie einzusparen. In Zürich wurden die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in einer Volksabstimmung festgehalten und ein Energie-Masterplan erstellt. Damit hat sich sowohl die Bevölkerung, als auch die Politik dem Ziel verschrieben. Und durch den Energiemasterplan hat auch die Verwaltung einen klaren Handlungsauftrag.



Bevölkerungszahl
421 878

Maßnahmen-Bezug
divers

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Klimaschutz

Erneuerbaren-Energie-Gemeinschaft-Gewerbepark, Weiz, AUT

Durch zwei Forschungsprojekte konnte die steirische Gemeinde Weiz die Potenziale für die Schaffung einer Energiegemeinschaft und einer größeren Energieunabhängigkeit eruieren. So soll der Betriebs- und Gewerbepark klimaneutral werden. Als Klima- und Modellregion setzt Weiz noch weitere Maßnahmen etwa zur Erhöhung des PV-Anteils und des Anteils elektrischer Fahrzeuge um. Durch die Energieraumplanung hat die Gemeinde darüber hinaus klare Planungsunterlagen.



Bevölkerungszahl
8 854

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 6

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Klimaschutz

Abb.: <https://www.almenland.at/region/klima-energie-modell/>

Bevölkerungszahl

1 254

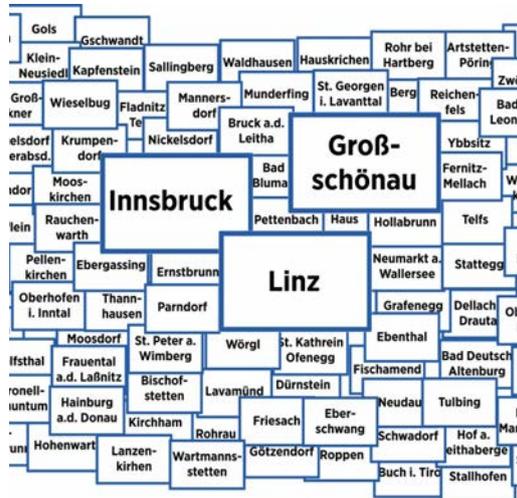
Maßnahmen-Bezug

divers

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Abb.: <https://www.erneuerbare-energie.at/presseaus-sendungen/2021/11/16/sterreichische-gemeinden-sind-fr-ambitionierten-klimaschutz>



Bis 2030 Klimaneutral, Großschönau, AUT

Die Gemeinde will bis 2030 Klimaneutralität erreichen. Schön jetzt sind Haushaltsstrom und Wärme fast zu 100% erneuerbar. Bis 2025 wird darüber hinaus durch eine PV-Offensive auch der Industriestrom erneuerbar. Die Flotte gemeindeeigener Fahrzeuge ist zu 100% elektrisch, neue Gebäude werden mindestens auf Passivhaus-Standard errichtet. Ebenso wird derzeit an der Errichtung einer Energiegemeinschaft gearbeitet.

Bevölkerungszahl

5 555

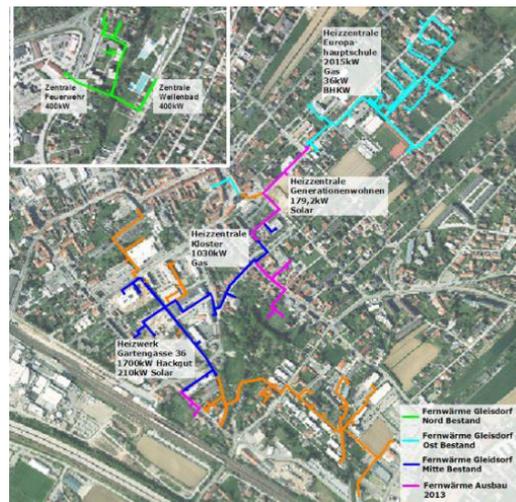
Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 29-37

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Abb.: https://thermaflex.greenergylab.at/e4a_demonstrator/demo-4/



Klimaneutrale Fernwärme, Gleisdorf, AUT

In der kleinen steirischen Gemeinde wird die Fernwärme kontinuierlich ausgebaut und dezentral sowie überwiegend erneuerbar beheizt. Zum Einsatz kommen hierbei Hackgut- und Pelletsheizwerke (mit vorwiegend regionalen Rohstoffen) sowie Sonnenkollektoren. Damit zeigt die Gemeinde, wie mit kluger Planung von Fernwärmenetzen und Einspeisepunkten Emissionen gespart werden können. Als e5-Mitglied erarbeitet Gleisdorf darüber hinaus momentan einen Klimaschutzplan, der die Gemeinde weiter zum Ziel der Klimaneutralität bringt.

Sektoraler Bereich:

Mobilität

Status Quo

Mobilität ist ein zentrales Grundbedürfnis der Menschen und nicht aus unserem Alltag wegzudenken. Während lange Zeit unsere Füße das wichtigste Transportmittel waren, werden heute die meisten Wege mit dem Auto zurückgelegt. Mittlerweile ist der Verkehr der einzige Sektor in Österreich, in dem der CO₂-Ausstoß steigt. Während neue Antriebstechniken durch den technologischen Fortschritt immer mehr Verbreitung finden, zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse ganz klar: Für ein klimaneutrales St. Pölten müssen wir den externen Energieverbrauch für Mobilität drastisch senken. Gleichzeitig ist das Erreichen der Klimaziele durch eine reine Antriebswende nicht schaffbar. Vielmehr braucht es ein Maßnahmenbündel wobei jene Maßnahmen, die das Verkehrsaufkommen reduzieren am wichtigsten sind, gefolgt von Verlagerungen auf klimafreundliche Verkehrsmittel und schlussendlich Verbesserung der Antriebstechnologien.

Im Zuge der Mobilitätserhebung 2018 wurde festgestellt, dass in St. Pölten über die Hälfte der innerstädtischen Wege mit dem Auto zurückgelegt werden, davon nur etwa 1% mit elektrischem Antrieb. Der öffentliche Verkehr war zum Zeitpunkt der Auswertungen mit einem Anteil von 14% für eine Stadt dieser Größe bereits auf einem relativ hohen Niveau. Mit dem Fahrrad wurden in St. Pölten 14% der Wege zurückgelegt, was dem unteren Durchschnitt der Landeshauptstädte entspricht. Hier besteht das größte Aufholpotenzial, da das Fahrrad in Klein- und Mittelstädten wie St. Pölten seine volle Stärke ausspielen kann. Aussagen über den Güterverkehr in St. Pölten sind kaum zu treffen, da praktisch keine Daten vorhanden sind. Die Stadtstruktur von St. Pölten ist durch das in Nord-Süd-Richtung langgestreckte Stadtgebiet geprägt. Das dadurch besonders lange Straßennetz belastet das Stadtbudget übermäßig.

Die wichtigsten Verbindungen für den Radverkehr bestehen vor allem entlang der Traisen und entlang des Mühlbachs. Anbindungen und Verbindungen

in die „Stadtdörfer“ sind jedoch häufig nicht attraktiv und lückenhaft. Ein flächendeckender Ausbau des Radverkehrsnetzes birgt großes Potenzial zur Steigerung dieser Mobilitätsform.

Zentraler Knotenpunkt im öffentlichen Verkehr ist der Hauptbahnhof als Drehscheibe für das westliche Niederösterreich im Nah- und Fernverkehr. Die großen Ballungszentren Wien und Linz sind hier innerhalb von 20 bis 45 Minuten erreichbar. Die Leobersdorfer Bahn und die Tullnerfelder Bahn durchqueren das Stadtgebiet in Nord-Süd-Richtung. Ausbau bzw. Elektrifizierung und Taktverdichtung sind geplant, haben jedoch aufgrund von geplanten Haltestellenschließungen kaum positive Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr. Der innerstädtische öffentlichen Verkehr wird vorwiegend über das Stadt- und Regionalbusnetz abgewickelt. Die Eisenbahn spielt hierbei eine untergeordnete Rolle. Das Stadtbusnetz LUP wurde in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut und erweitert, sodass derzeit auf den meisten der 13 Linien wochentags ein 30-Minuten-Takt angeboten werden kann. Etwa 9 von 10 St. Pöltner:innen erreichen innerhalb von 300 m Luftlinie eine ÖV-Haltestelle. Ergänzt wird das Stadtbusnetz durch zahlreiche Regionalbuslinien, die vor allem in Nord-Süd-Richtung einen innerstädtischen Schnellbuskorridor bilden. Ein weiterer Ausbau kann die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs noch deutlich steigern.

Trotz aller Bemühungen kann auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, dass alle Maßnahmen, die entgegen der Interessen des Klimaschutzes stehen, verhindert werden können. Stadtentwicklung erfordert in diesem Sinne die laufende Abwägung der verschiedenen Interessen, was auch zu nicht vermeidbaren Zielkonflikten führen kann. Bei derartigen Projekten, wie es beispielsweise auch bei der S34 der Fall ist, gilt es die Vor- und Nachteile abzuwägen, um fundierte Entscheidungen zu treffen, sowie im Falle von negativen Auswirkungen auf das Klima, entsprechende Begleitmaßnahmen zu entwickeln, um in Folge einen bestmöglichen Ausgleich zu schaffen.

Politik, Planung und Verwaltung haben ein gemeinsames Ziel: die Mobilitätswende

- # **Arbeitsprogramm**
(hohe Priorität)
- # **Themenspeicher**

- 01 Erstellung eines SUMP als Fortschreibung des Generalverkehrskonzepts (GVK) 2014:** St. Pölten ist durch die zentrale mitteleuropäische Lage ein sogenannter TEN-Knotenpunkt (Transeuropäisches Netz). Dadurch gewinnt die Stadt an Bedeutung hinsichtlich der Vernetzung von internationalen, nationalen und regionalen Verkehrsmitteln. Mit Hilfe eines Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP), als Fortschreibung des Generalverkehrskonzeptes, soll St. Pölten dieser besonderen, internationalen Stellung gerecht werden. Durch das stadtweite Mobilitätskonzept, welches unter dem Motto "Planen für Menschen" steht, wird der Wandel von einer automobil- und verkehrsfokussierten Planung zu einer Planung, in der eine Balance der Verkehrsträger angestrebt und die Erhöhung der Lebensqualität als Ziel hervorgehoben wird, unterstützt.
- 02 Erarbeitung eines Masterplan Aktive Mobilität:** Dieser Masterplan ist ein integriertes Planungsdokument, welches grundlegend aus einem Rad- sowie einem Fußverkehrskonzept besteht. Er soll als umfassende Grundlage für die zukünftige Rad- und Fußverkehrsplanung dienen.
- 03 Erarbeitung einer Mobilitätshierarchie zur Planung von Straßenräumen:** Als Grundlage für die Planung von Straßenräumen soll eine Mobilitätshierarchie erarbeitet werden, nach der die Prioritäten in der Aufteilung des Straßenraumes festgelegt werden. An oberster Stelle dieser Hierarchie stehen Fußverkehr, Radverkehr und öffentlicher Verkehr.
- 04 Reformierung der Stellplatzverordnung:** Um die Nutzung des Umweltverbundes zu attraktivieren ist die Reduktion der PKW-Stellplätze eine effiziente Maßnahme. Bei Wohnbauprojekten ist die Stellplatzverordnung der Stadt ein geeignetes Instrument zur Steuerung der Anzahl der Kfz-
- Pflichtstellplätze in Abhängigkeit von den ÖV-Güteklassen und gegebenenfalls der Erreichbarkeit mit dem Fahrrad. Auch die Etablierung einer Obergrenze an Kfz-Stellplätzen könnte in die Stellplatzverordnung integriert werden. Die aktuelle Überarbeitung der RVS 03.07.11 (Organisation und Anzahl der Stellplätze) kann hierbei als Vorlage zur Änderung der Stellplatzverordnung dienen.
- 05 Verstärkung des Stadt-der-kurzen-Wege Prinzips in der Planung, um aktive Mobilität weiter zu attraktivieren:** Vergleiche Maßnahme 10, Handlungsfeld Stadtplanung.
- 06 Einbeziehung der Anbindungsmöglichkeiten von Betriebsflächen mit dem Umweltverbund in raumordnungsfachliche sowie bautechnische Verfahren:** Aufgrund der Vielzahl an Arbeitsplätzen innerhalb der Betriebsgebiete ist das Verkehrsaufkommen in diese Richtungen zu Stoßzeiten tendenziell hoch. Die Erreichbarkeit jener Flächen durch den Öffentlichen Verkehr, aber auch Radverkehr, ist essenziell, um das MIV-Aufkommen sowie die MIV-Abhängigkeit zu senken und den Umweltverbund zu stärken.
- 07 Mobilität in der Siedlungsentwicklung prioritär berücksichtigen, ÖV-Anbindung und Anbindung an Rad-Haupttrouten sowie ggf. an das Hauptfußwegenetz in der Siedlungs- und Betriebsentwicklung voraussetzen:** Bereits im ISEK wurde bei der Ausweisung künftiger Entwicklungsgebiete ein großes Augenmerk auf die Erreichbarkeit durch Öffentlichen Verkehr und Radverkehr gelegt. Das Festhalten und Verstärken dieses Planungsprinzips bei raumordnungsfachlichen Verfahren ist unabdinglich, um die Verkehrswende bei gleichzeitiger flächiger Entwicklung der Stadt zu erreichen. Weitere Maßnahmen und Unterstützungen seitens der Gemeinde aufbauen.

08 Regelmäßige Erhebung und Veröffentlichung städtischer Mobilitätsdaten (Modal Split, Verkehrsmengen, etc.) Um die Wirksamkeit von Maßnahmen zu prüfen, ist das Aktualisieren und Analysieren von quantitativen Zahlen unabdingbar. Aktuell erhebt das Land NÖ in einem Rhythmus von 5 Jahren entsprechende Daten. Bedarfsbezogen kann die Stadt ergänzende punktuelle Erhebungen durchführen, um die Veränderungen durch Umsetzungsprojekte, wie z.B. die Neugestaltung des Promenadenrings, zu monitoren. Die Veröffentlichung dieser Daten gegenüber der Bevölkerung hilft die Akzeptanz hinsichtlich der Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs zu fördern.

09 Zweckbindung von mobilitätsbezogenen Einnahmen: Wenn verkehrsbezogene Einnahmen, wie z.B. Parkgebühren, aber auch monetäre Förderungen an die Stadt rücklaufen, sollten diese für Maßnahmen zur Verkehrswende sowie zur Aufwertung des öffentlichen Raums seitens der Stadt zweckgebunden nutzbar sein.

Der Umweltverbund genießt höchste Priorität in der Planung

10 Straßenprojekte für Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimawandelanpassung nutzen: Bei Straßenbaustellen ist – im Neubau und bei Erhaltungsmaßnahmen – auf die Klimagerechtigkeit des zukünftigen Straßenraums zu achten. Durch die Aufteilung und Ausgestaltung der öffentlichen Straßenräume steuert die Stadt das Mobilitätsverhalten der Menschen. Der neue Straßenraum soll sich nicht an der heutigen Situation orientieren, sondern am Ziel der Stadt – einer klimaneutralen Mobilität.

Dabei besteht, im Speziellen im Ortsgebiet, die Chance, den Straßenquerschnitt neu zu definieren und somit dem Umweltverbund mehr Fläche zuzuschreiben. Jene Verkehrsflächen, welche dem MIV zugeschrieben sind, sollten dabei auf das notwendige Minimum reduziert werden.

11 Ausbau eines flächendeckenden attraktiven Radverkehrsnetzes im gesamten Stadtgebiet und in die Verbindung zu den Nachbargemeinden: Ein flächendeckendes und lückenloses Radverkehrsnetz ist der wichtigste Baustein zur Förderung des Radverkehrs. Prioritär soll der Ausbau dort stattfinden, wo das größte Potenzial besteht. In weiterer Folge sollen Radverkehrsanlagen an allen Straßen errichtet werden, wo sicheres Radfahren aufgrund der hohen Verkehrsstärken bzw. Geschwindigkeiten nicht möglich ist.

Ergänzend zu den baulichen Maßnahmen ist ein flächendeckender Ausbau von Fahrradabstellplätzen im öffentlichen Raum ein wichtiger Schritt zur Attraktivierung des Radverkehrs. An stark frequentierten Orten (Hauptbahnhof, Innenstadt, wichtige Haltestellen des öffentlichen Verkehrs) können Fahrradgaragen oder verschließbare Fahrradboxen ein sinnvolles Mittel zur sicheren Aufbewahrung darstellen. Die Stadt legt Mindeststandards für Fahrradabstellanlagen in Neubauten fest.

12 Ausweitung autofreier Flächen (Fußgängerzone, Wohnstraßen, etc.)

Der öffentliche Raum

13 Definition von Mindeststandards der Verschattung von Fuß- und Radrouten sowie Haltestellen des öffentlichen Verkehrs: Umsetzung von durchgängiger Beschattung (Bäume, etc.) prioritär entlang von wichtigen Rad- und Fußverbindungen sowie an Orten, wo sich Menschen aufhalten: vor Ampeln, an ÖV-Stationen, im Bereich von Sitzbänken, Altersheimen, Arztpraxen, etc. Die durchgängige Verschattung soll durch enge Baumabstände und ausreichend Wurzelraum zur Ausbildung von großen Baumkronen sichergestellt werden. Hierzu kann auch das Festsetzen eines Mindestprozentsatzes an natürlicher Beschattung durch Baumkronen in Straßenräumen und auf Platzflächen Mindestüberschirmung des öffentlichen Raumes im Zustand von 15 Jahren nach der Pflanzung geprüft werden.

- 14 Nutzung jeder Straßensanierung für Klimawandelanpassungsmaßnahmen:** Bei Straßensanierungen bzw. Arbeiten an den unterirdischen Einbauten muss stets die Integration von Maßnahmen zur Klimawandelanpassung, im Speziellen Bäume, berücksichtigt werden.
- 15 Flächendeckende Schaffung von Sitzmöglichkeiten:** Vor allem Kinder sowie ältere Generationen sind besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die hohen Temperaturen im Ortsgebiet wirken sich unter anderem maßgeblich auf den Kreislauf aus, weshalb es von besonderer Bedeutung ist, im öffentlichen Raum, in Abständen von 200 bis 300 Metern Distanz, beschattete Sitzmöglichkeiten zum Erholen und Verweilen zu schaffen.
- 18 Attraktivierung der bestehenden ÖV-Stationen:** Durch eine erhöhte Erreichbarkeit der ÖV-Stationen kann eine Verbesserung der Auslastung des Angebotes erzielt werden. Dabei ist nicht nur auf attraktive Wartebereiche zu achten, sondern auch auf kurze, attraktive Zugangswege.
- 19 Weiterentwicklung eines attraktiven Mikro-ÖV-Systems:** Das Anrufsammeltaxi der Stadt wird bereits sehr gut genutzt. In Zukunft gilt es dieses Angebot als Ergänzung zum öffentlichen Verkehr, aus ökonomischen und ökologischen Gründen, auszuweiten und dabei nicht nur die peripheren Stadtteile, sondern auch das Stadtumland, miteinzubeziehen.

Der öffentliche Verkehr ist konkurrenzfähig und attraktiv für alle

- 16 Bessere Verknüpfung zwischen Stadt- und Regionalbusverkehr und gemeinsame Vermarktung:** Regional- und Stadtbusse bilden das Rückgrat des innerstädtischen öffentlichen Verkehrs in St. Pölten. Dieser Verbund ist jedoch für viele Nutzer:innen nicht nachvollziehbar. Durch eine bessere Kommunikation und eine zusätzliche Bewerbung der Regionalbuslinien als innerstädtischer Schnellbusverkehr zeigt der Bevölkerung, ohne hohe Kosten, ein bestehendes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln auf.

Ergänzend dazu ist der stufenweise Ausbau des Angebotes auf Buslinien durch Taktverdichtungen und Attraktivierung – innerstädtisch und in die Nachbargemeinden – unabdinglich.

- 17 Errichtung und Erweiterung von Park+Ride-Anlagen an Regionalzughaltestellen:** Die Strategie für Park+Ride-Anlagen an Bahnhöfen zielt bisher vor allem auf den Hauptbahnhof ab, was zu hohem Kfz-Zielverkehr in das Stadtzentrum führt. Zusätzliche Park+Ride-Anlagen an peripheren Regionalzughaltestellen können Pendler:innen schon vor der Stadtgrenze abfangen und den Kfz-Verkehr in der Stadt so reduzieren.

- 20 Aufbau eines S-Bahnnetzes „NÖ-Mitte“ mit deutlich mehr Stationen im Stadtgebiet (und Sicherung bestehender Haltestellen) und Taktverdichtungen:** Die Stadt St. Pölten setzt sich bereits seit Langem für den Aufbau eines S-Bahn-Netzes zur Verbindung des Zentralraumes NÖ ein. Dabei ist die Sicherstellung und der Ausbau bestehender Haltestellen sowie eine entsprechende Taktverdichtung besonders wichtig. Auch in Zukunft wird die Stadt ihre Interessen dahingehend gegenüber den zuständigen Akteur:innen der verschiedenen Ebenen vertreten.

Der private Pkw-Verkehr wird auf ein notwendiges Maß reduziert bzw. dekarbonisiert

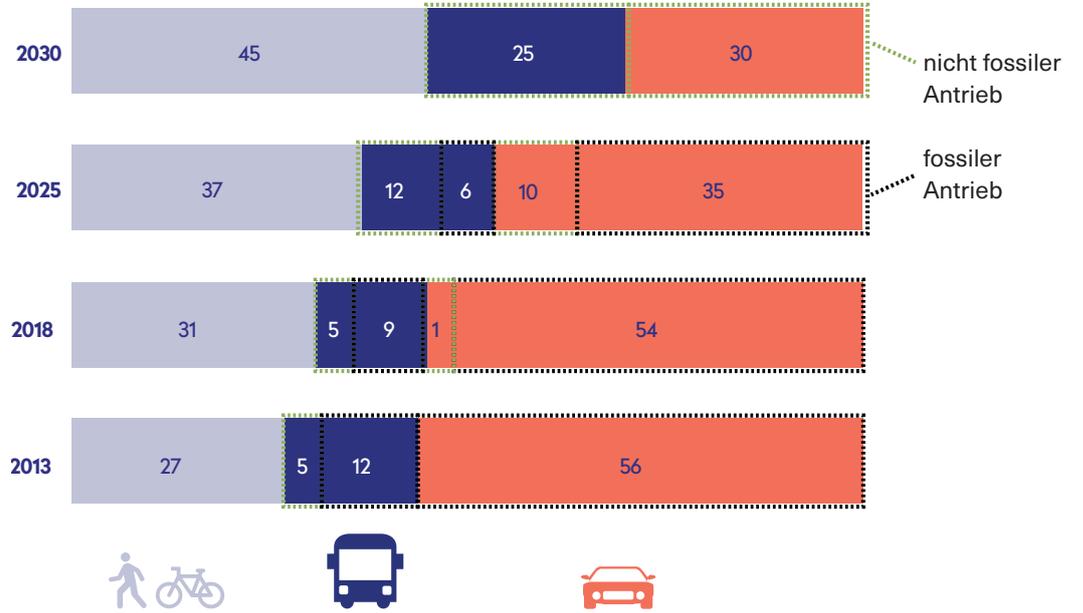
- 21 Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes zur Minimierung des Kfz-Verkehrs in der Innenstadt und in Wohngebieten (Traffic Circulation Plan):** Ein Traffic Circulation Plan ist ein Konzept zur Änderung der Verkehrsorganisation in der Stadt, um den Kfz-Durchzugsverkehr weitgehend zu minimieren und steuernd in das Mobilitätsverhalten einzugreifen. Im Zuge einer Reduktion des Durchzugsverkehrs entstehen neue Straßenkapazitäten, welche dem Umweltverbund zugewiesen werden können.
- 22 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung mit deutlicher Reduktion der Stellplätze im öffentlichen Raum:** Das Parken von priva-

ten Kfz soll in Zukunft möglichst außerhalb des öffentlichen Straßenraums stattfinden. Die derzeit in großer Zahl vorhandenen Kfz-Stellplätze sollen im Sinne der Mobilitätshierarchie (vergleiche Maßnahme 03) rückgebaut werden. Um die Nachfrage an Stellplätzen auf der Straße zu minimieren, soll der heute vorhandene Kostenvorteil gegenüber Privatparkplätzen durch Einführung von Parkgebühren im Straßenraum aufgehoben werden.

- 23 Flächendeckend Tempo 30 mit Ausnahme auf zu definierenden Hauptverkehrsachsen/Vorrangstraßen:** Die Reduktion der maximal zulässigen Fahrgeschwindigkeit auf Tempo 30 innerhalb von Siedlungsgebieten verringert nicht nur den Ausstoß an CO₂, sondern verbessert auch die Verkehrssicherheit und Attraktivität für das Radfahren und Zufußgehen maßgeblich. Hauptverkehrsachsen, welche von dieser Geschwindigkeitsreduktion ausgenommen werden, wie z.B. Landesstraßen.
- 24 Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge:** E-Mobilität gilt als wesentlicher Baustein zu einem nachhaltigen und klimaschonenden Verkehrssystem unter Einbeziehung erneuerbarer Energie. Um den Umstieg von fossil betriebenen Fahrzeugen auf Elektrofahrzeuge zu attraktivieren, ist die Implementierung eines entsprechenden Infrastrukturnetzes in der Stadt erforderlich. Fokus dieses Ausbaus liegt auf Bauvorhaben, im Speziellen Garagen und Parkhäusern, sowie in einem untergeordneten Anteil im öffentlichen Raum.
- 25 Auf- und Ausbau von stadtweiten Sharing-Angeboten:** Das Angebot an Next-bike-Stationen in der Stadt wird bereits seit Jahren kontinuierlich erweitert. Diese Entwicklung soll auch in Zukunft weitergetragen und um weitere Verkehrsmittel ergänzt werden. Dabei ist auf praktikable, standortbezogene Angebote zu achten, um ein inkorrektes Abstellen, Vandalismus, Diebstahl etc. seitens der Nutzer:innen zu vermeiden.

Die städtische Güterlogistik wird zukunftsfähig und stadtverträglich

- 26 Untersuchung und bedarfsbezogene Schaffung von White-Label Logistikhubs für die Konsolidierung von Gütern und Nutzung von emissionsfreien Fahrzeugen für den Last-Mile-Verkehr:** Zur Verringerung des durch den Güterverkehr verursachten Verkehrsaufkommens im Stadtgebiet werden sogenannte White-Label Logistikhubs errichtet, an denen unternehmensunabhängig Güter zwischengelagert und konsolidiert werden können, um sie dann möglichst effizient mit emissionsfreien Fahrzeugen im dicht besiedelten Stadtgebiet zuzustellen.
- 27 Erstellung eines Sustainable Urban Logistics Plan (SULP):** Basierend auf den Prinzipien vom Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) wird für die Stadt ein entsprechender Plan für den Güterverkehr erstellt, um die Stadtlogistik umweltfreundlicher zu gestalten.
- 28 Klimaschonende Paketzustellung:** Aufgrund der Größe und kompakten Siedlungsstruktur der Stadt bieten sich alternative Paketzustellungsdienste an, um den First-/Last-Mile-Paketlieferverkehr und ähnlichen Güterverkehr auf Fahrräder und Elektromobilität umzustellen. Die Stadt kann hierbei bei der Vernetzung der betroffenen Akteur:innen helfen. Gleichzeitig könnte ein Netz von betreiberunabhängigen Paketabholstationen den Lieferverkehr in den Siedlungen reduzieren. Die diesbezüglichen Handlungsmöglichkeiten der Stadt gilt es zu prüfen.
- 29 Förderung der Nutzung von Anschlussbahnen und Verladegleisen bis hin zu verpflichtender Nutzung:** Wo es aufgrund des Standortes möglich ist, sollten Betriebe auf die Nutzung der vorhandenen Bahnstrukturen setzen. Die Stadt muss hierbei bereits ab den ersten Ansiedlungsgesprächen diese Interessen vertreten.



Modal Split als Pfad zur Klimaneutralität in St. Pölten

Darstellung: con.sens, Raumposition

Straßenprojekte für Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimawandelanpassung nutzen

Straßeninfrastruktur hat eine sehr lange Lebensdauer von bis zu 100 Jahren. Deswegen ist bei jeder Baustelle – im Neubau und bei Erhaltungsmaßnahmen – auf die Klimagerechtigkeit des zukünftigen Straßenraums zu achten. Durch die Aufteilung und Ausgestaltung der öffentlichen Straßenräume steuert die Stadt das Mobilitätsverhalten der Menschen. Der neue Straßenraum soll sich nicht an der heutigen Situation orientieren, sondern am Ziel der Stadt – einer klimaneutralen Mobilität.

Die heutige Flächenverteilung von Fahrbahnen, Radwegen, Gehsteigen und Bäumen ermöglicht keine Klimaneutralität. Es braucht Mut und Konsequenz, die Lücken im Rad-, Fuß und

Grünachsennetz zu schließen und dabei (teilweise starke) Einschnitte im Autoverkehr zu verursachen. Der Magistrat benötigt dazu eine klare Vorgabe und Unterstützung der Politik, da es große Widerstände von der autofahrenden Bevölkerung geben wird.

Die derzeit von der Straßenerhaltung entwickelten Regelquerschnitte sind gemeinsam unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus den Fachkonzepten (Aktive Mobilität, Radbasisnetz ...) mit der Straßenplanung weiterzuentwickeln. Die derzeitige Praxis Flächen im öffentlichen Raum von Einbauten, wie Kanälen, freizuhalten, um in Folge Bäume zu pflanzen, ist konsequent fortzusetzen.

Von der Strategie zur Umsetzung

Handlungsschritte

1. **Erhöhung des Budgets für Straßenumbaumaßnahmen**
2. **Enge Abstimmung zwischen den Abteilungen Verkehrsplanung und Straßenerhaltung** bei der (zeitlichen und inhaltlichen) Planung von Straßenbauvorhaben.
3. **Weiterentwicklung der Regelquerschnitte für Straßentypologien** unter besonderer Berücksichtigung klimarelevanter Aspekte (z.B. Hauptradrouten, Sicherstellung, dass Straßenbäume alt und groß werden, ...)
4. **Beschluss der Regelquerschnitte durch die Politik** als richtungsweisende Vorgabe für die Arbeit des Magistrats

Umsetzungsrelevante Akteure

- Abteilung Stadtplanung, Verkehrsplanung
- Stadtgartenamt
- Politik

Bewertungskriterien

Priorität und Dauer

Sehr hoch, laufend

Umsetzbarkeit

Mittel

Ebene

Gesamtstädtisch

Kompetenzbereich

Stadt (Ausnahmen: Landesstraßen: Land, Bundesstraßen: Bund)

Nötige Instrumente

Masterplan Aktive Mobilität, Radbasisnetz, ÖV-Zielnetz

Politischer Beschluss nötig?

Nicht zwingend, aber sehr hilfreich

Erste Schritte Mobilität / Maßnahme Nr. 26 / Klimaschutz

Traffic Circulation Plan

Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes zur Minimierung des Kfz-Verkehrs in der Innenstadt und in Wohngebieten

Verkehrsorganisatorische Maßnahmen wie Einbahnstraßen und sogenannte Modale Filter lenken die Verkehrsströme und können, richtig eingesetzt, die Mobilitätswahl beeinflussen. Ein Traffic Circulation Plan ist ein Werkzeug, sich diese Regulierungsinstrumente zu Nutzen zu machen und die Routen für den Kfz-Verkehr zu planen. So können Verkehrsströme gelenkt und andere Verkehrsmittel in der Freiheit der Routenwahl bevorzugt werden. Die Stadt entscheidet und plant somit gezielt, wo wichtige Hauptstraßen bestehen sollen und wo der Kfz-Verkehr eher herausgehalten werden soll – etwa im Stadtzentrum oder in Wohngebieten.

Durch gezielte Sperren an bestimmten Straßen – sogenannte Modale Filter – kann dem Durchzugsverkehr entgegengewirkt und gleichzeitig dem Rad- und Busverkehr Vorrang gegeben werden. Das erhöht einerseits die Hürden für die Nutzung des Privat-Pkw und wirkt andererseits verkehrsberuhigend, was das Radfahren und Zu-Fuß-Gehen attraktiviert und die Lebensqualität in diesen Gebieten erhöht. Der dadurch gewonnene Platz kann für die Attraktivierung des Straßenraums genutzt werden. Treten solche Effekte nicht wie gewünscht in Erscheinung, so kann jederzeit korrigierend eingegriffen werden.

Von der Strategie zur Umsetzung

Bewertungskriterien

Von der Strategie zur Umsetzung	Bewertungskriterien	
Handlungsschritte	Priorität und Dauer	Hoch, Mittelfristig
1. Festlegung von Zielen für eine „Mobilitätshierarchie“ in der Planung	Umsetzbarkeit	Mittel
2. Erstellung eines Traffic Circulation Plans	Ebene	Gesamtstädtisch/Stadtteil
3. Umsetzung durch Einbahnstraßen und Modale Filter bevorzugt in besonders von Kfz-Verkehr belasteten Gebieten , evtl. Pilotprojekte mit anderen Maßnahmen kombiniert; eine Umsetzung kann auch zunächst nur für einzelne Gebiete erfolgen	Kompetenzbereich	Stadt (Ausnahmen: Landesstraßen: Land)
4. Evaluierung nach einigen Monaten	Nötige Instrumente	Generalverkehrskonzept, Masterplan aktive Mobilität, Radbasisnetz, ÖV-Zielnetz
5. Umsetzung von Korrekturen bzw. sukzessive Umgestaltung des öffentlichen Raums	Politischer Beschluss nötig?	nein

Umsetzungsrelevante Akteure

- Abteilung Stadtplanung, Verkehrsplanung
- Politik

Masterplan Aktive Mobilität

In traditionellen Planungsphilosophien werden sektorale Verkehrs- und Mobilitätskonzepte meist isoliert für eine einzelne Mobilitätsform erstellt. Der Fußverkehr wird dabei häufig nur als Beiwerk in mehreren Konzepten behandelt. Ein Masterplan Aktive Mobilität soll als integriertes Planungsdokument den Fuß- und Radverkehr als sich ergänzende aktive Mobilitätsformen betrachten. Dabei soll er als umfassende Grundlage für die zukünftige Rad- und Fußverkehrsplanung in St. Pölten dienen. Erforderlich ist eine

integrierte Betrachtung aller Verkehrsmittel, insbesondere des Umweltverbundes, das heißt der Fußverkehr, Radverkehr und öffentliche Verkehr. Vorhandene Konzepte wie das Generalverkehrskonzept und das integriertes Stadtentwicklungskonzept werden berücksichtigt und stellen die Grundlage für die Erarbeitung des Masterplans dar. Letztendlich soll hiermit ein erster Baustein für die Erarbeitung eines Sustainable Urban Mobility Plan (siehe Maßnahme 1) für die Stadt St. Pölten gelegt werden.

Von der Strategie zur Umsetzung

Handlungsschritte

1. **Ermittlung der Grundlagen und bisherigen Konzepte als Grundlage für den Erarbeitungsprozess** (im Rahmen eines Vorkonzepts im Frühjahr 2022 bereits geschehen)
2. **Erarbeitung eines Masterplan Aktive Mobilität und Ausarbeiten von Evaluierungsschritten**
3. Evaluierung und Datenerhebung in regelmäßigen Abständen
4. **Planung von Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur** auf Basis des Masterplan Aktive Mobilität

Umsetzungsrelevante Akteure

- Abteilung Stadtplanung, Verkehrsplanung,
- Politik

Bewertungskriterien

Priorität und Dauer

Sehr hoch, Kurzfristig

Umsetzbarkeit

Läuft derezit

Ebene

Gesamtstädtisch

Kompetenzbereich

Stadt, Land

Nötige Instrumente

**Generalverkehrskonzept, Radbasisnetz
NÖ**

Politischer Beschluss nötig?

ja

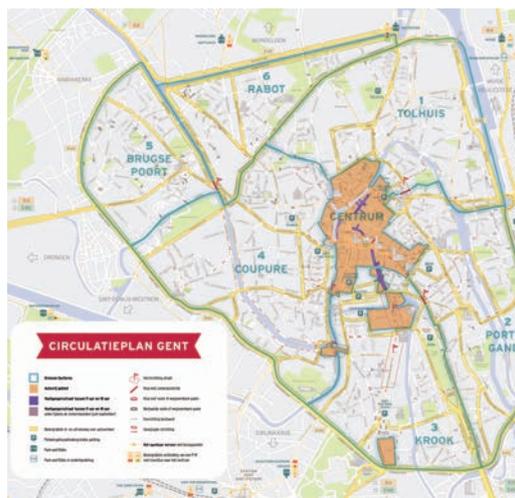
Sektoraler Bereich: Mobilität

Best-Practice-Beispiele

Die Klimakrise bringt uns vor immer neue Herausforderung. Eine Transformation hin zu einem zukunftsfähigen Verkehrssystem zu schaffen, ist nicht einfach. Dennoch zeigen gute Beispiele, wie eine derartige Mammutaufgabe mit innovativen Lösungen in hoher Geschwindigkeit angegangen werden kann. St. Pölten hat beste Voraussetzungen, es ihnen gleich zu tun!

Traffic Circulation Plan, Gent, BEL

Gent hat sich als stark wachsende Stadt mit rasant steigender Anzahl an Pkw-Verkehr im Mobilitäts-Masterplan 2012 das Ziel gesetzt, den Autoverkehr im Stadtzentrum deutlich zu reduzieren, um die Lebensqualität und die Erreichbarkeit der Innenstadt zu erhöhen. Im Jahr 2017 wurde daher ein Traffic Circulation Plan umgesetzt, der die Innenstadt in sechs kleine Einheiten einteilt. Direkte Fahrten mit dem Auto zwischen diesen Einheiten sind seitdem nicht möglich, es muss stets die außen liegende Ringstraße genutzt werden. In Folge der Umsetzung ist der Kfz-Verkehr deutlich gesunken und der Radverkehr deutlich gestiegen.



Bevölkerungszahl
260 000

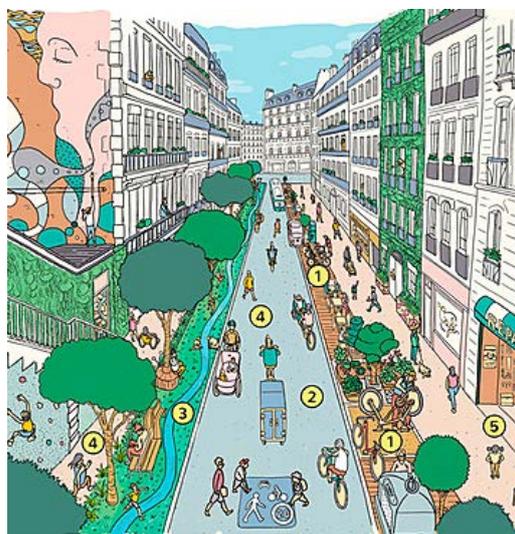
Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 21

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Klimaschutz

Abb.: https://stad.gent/sites/default/files/page/documents/20170221_DO_Circulatieplan2.0_A0_pixel_0.pdf

Transformation in Höchstgeschwindigkeit, Paris, FRA

Paris war bisher noch nie für seine tollen Radwege bekannt, Radfahren führte ein Nischendasein. Dennoch hat es die 2014 erstmals ins Amt gewählte Bürgermeisterin Anne Hidalgo, beflügelt durch die Bahnstreiks im Jahr 2019, es geschafft, innerhalb kürzester Zeit ein großes Netz an Radwegen und verkehrsberuhigten Bereichen aufzuziehen. Mithilfe temporärer Maßnahmen zu niedrigen Kosten ist der Radverkehr daraufhin sprunghaft angestiegen. Die Stadt hat sich nun das Ziel gesetzt, dass bis 2026 alle Straßen Paris fahrradfreundlich sein sollen. Sollte der Stadt das gelingen, wäre das der schnellste Umbau einer Großstadt zur Fahrradstadt, die es je gegeben haben dürfte.



Bevölkerungszahl
2 200 000

Maßnahmen-Bezug
Maßnahmen 11, 12, 16, 19, ...

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Synergetisch

Abb.: <https://www.paris.fr/pages/la-ville-du-quart-d-heure-en-images-15849>
Zeichnung: Nicolas Bascop

Bevölkerungszahl

170 000

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 26, 27Klimaschutz und/oder
Klimawandelanpassung?**Klimaschutz**

Konsolidierungszentrum, Nijmegen, NL

In Nijmegen wurde im Jahr 2010 ein Konsolidierungszentrum ca. 1.5km vom Stadtzentrum entfernt etabliert, das die Belieferung der Shops im Zentrum abwickelt, wobei die Shops hier die eigentlichen Kunden des Konsolidierungszentrums sind und nicht die Zulieferer.

durch die Gebühr, die die Shops zahlen, sowie diverse Zusatzleistungen wie das Etikettieren von Waren finanziert. Für die Zustellung auf der letzten Meile werden emissionsfreie Fahrzeuge wie Lastenräder und E-Vans eingesetzt..

Dadurch können die vollen positiven Effekte einer konsolidierten Zustellung auf der letzten Meile gehoben werden. Betrieben wird das Konsolidierungszentrum von Binnenstadsservice, einem unabhängigen Unternehmen, das sich



Abb.: <https://medium.com/side-walk-talk/the-future-of-last-mile-delivery-has-arrived-in-a-small-dutch-city-f2fd8e2c0263>

Sektoraler Bereich:

Stadtplanung

Status Quo

Der Masterplan 25/50 verortet mit dem Schwerpunkt der „Green Cool City“ Themen des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung als Zielsetzung in der Stadtentwicklung St. Pöltens. In den bereits bestehenden strategischen Konzepten sowie den verbindlichen Planungsinstrumenten der Stadtplanung finden diese Themen ausschließlich indirekt über raumordnungsfachliche Zielsetzungen Berücksichtigung - die Klimakrise als globale, aber auch lokale, Herausforderung wird dabei nicht als dezidiertes Handlungsgrund genannt. So definiert beispielsweise das Integrierte Stadtentwicklungskonzept den Grundsatz der Innen- vor Außenentwicklung, das Landschaftskonzept verortet „Grüne Adern“, welche als Frischluftschneisen freigehalten werden müssen und das Generalverkehrskonzept gibt die Bevorzugung des Umweltverbundes gegenüber dem MIV vor.

Vor allem in den letzten Jahren sind aber bereits einige wichtige Projekte auf den Weg gebracht worden, die zeigen, dass das Bewusstsein für klimaresiliente und partizipative Planung vorhanden ist - etwa mit der Umgestaltung des Promenadenrings oder dem Planungsverfahren zum Sturm 19 Park.

Diese punktuelle Umsetzung von Projekten bei denen Klimawandelanpassung als Bestrebung im Zentrum liegt, gilt es durch eine Strategie zu ergänzen, welche die ganze Stadt im Blick behält und dem Klimaschutz sowie der Anpassung an den Klimawandel Rechnung trägt.

Das kann einerseits auf einer übergeordneten Ebene erfolgen: Um das Leitprinzip der klimaresiliente Stadtentwicklung in allen Planungsphasen zu verankern und als Daueraufgabe in der Stadtplanung festzuschreiben, braucht es neben einigen zu erhebenden (Daten-)Grundlagen auch die methodische Entwicklung von Leitfäden und Zielsetzungen als Orientierungsgrundlage.

Andererseits gilt es auch, auf bestimmte räumliche Herausforderungen zu reagieren. Das betrifft sowohl den Neubau von Gebäuden und Quartieren bei deren Entwicklung klimaschützende Aspekte ausreichend zu berücksichtigen sind als auch die Weiterentwicklung der Bestandsstadt. Hier gilt es, differenzierte Lösungsansätze für die spezifischen Problemlagen der unterschiedlichen Stadttypen zu suchen. So steht die Innenstadt St. Pöltens vor anderen Herausforderungen als rural geprägte Gemeinden und deren jeweils typische kulturlandschaftliche Ausprägung.

St. Pölten setzt dabei vor allem auch auf die (Weiter-)Entwicklung des öffentlichen Raums der Stadt, der in Zukunft nicht nur umweltfreundlich, sondern auch lebenswert und qualitativ hochwertig gestaltet werden soll.

Daten und Grundlagen erheben und erweitern

- # Arbeitsprogramm (hohe Priorität)
- # Themenspeicher

01 Stadtklimaanalyse durchführen & "planerisch begleiten": Um klimasensibel und -wirksam planen zu können, braucht es eine gute Grundlage, auf der die Stadtplanung ansetzen kann. Eine Stadtklimaanalyse zeigt auf, in welchen Bereichen die Stadt besonders stark mikroklimatisch belastet ist. Sie gibt aber auch Hinweise darauf, welche Flächen stadtklimatisch von großer Bedeutung sind und damit gesichert und berücksichtigt werden sollten.

02 Planungshinweiskarten auf Basis der Stadtklimaanalyse erstellen und in der Bebauungsplanung berücksichtigen: Die Erkenntnisse der Stadtklimaanalyse müssen für die Stadtplanung in Hinweiskarten so übersetzt werden, dass die Stadtplanung die Karten als Werkzeug einsetzen kann, um wichtige Empfehlungen hinsichtlich der klimasensiblen Planung geben zu können.

03 Fortführung und weiterer Ausbau einer inhaltsumfassenden GIS Datenbank: Die Verschneidung von bereits bestehenden GIS-Daten liefern wertvolle planungsrelevante Hinweise für die Stadtplanung (Informationen zum Straßenzustand, Infrastrukturbestand, Baumkataster, die Erreichbarkeit von Grünflächen, Versiegelungsgrad etc.) und dienen damit auch als Grundlage zur Überprüfung von geplanten Klimawandelanpassungsmaßnahmen und ihren Auswirkungen auf den öffentlichen Raum. In Überschneidung mit weiteren Informationen, z.B. demographischen Daten, kann die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs in den einzelnen Stadtteilen analysiert werden, beispielsweise um Potenzialzonen für neue Straßenbäume bei Sanierungsmaßnahmen zu erheben, zur Herstellung von Schattenstudien, Sommer- und Windkomfortsimulationen, aber auch um Hitzeinseln und besonders betroffene Stadtteile zu erkennen. Als Ergebnis dieser Datenanalysen kann ein Klimawandelanpassungs-Prioritätenplan entstehen..

Instrumente & Konzepte mit dem Thema Klimaschutz & Klimawandelanpassung fortschreiben (Strategische Planungen)

04 ISEK hinsichtlich der Themen Klimaschutz & Klimawandelanpassung evaluieren, anpassen & erweitern: Das ISEK aus dem Jahr 2016 umfasst die räumliche Entwicklungsplanung der nächsten 10 bis 15 Jahre. Bei der Erstellung des aktuell rechtskräftigen Entwicklungskonzepts wurde dem Thema Klimaschutz ausschließlich indirekt Rechnung getragen. Über Vorgaben, wie einer gesteuerten Verdichtung im Stadtinneren und urbanen Strukturen, wo die bestehende Infrastruktur einem Bevölkerungszuwachs standhält, wurden bereits erste grundlegende Zielsetzungen sowie darauf aufbauende Maßnahmen entwickelt, welche von besonderer Bedeutung für den Klimaschutz sind.

Österreich strebt an, im Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Um dieses Ziel auf städtischer Ebene zu erreichen sind Erweiterungen des ISEKS durch flankierende Konzepte oder eine generelle Neuaufsetzung des ISEK unter dem Schirmthema Klimaschutz und Klimawandelanpassung wichtig. Ein Klimawandelanpassungskonzept hat etwa zum Ziel, Wege aufzuzeigen, wie unterschiedliche Stadtstrukturtypen auf die zunehmende Hitzebelastung eingestellt und klimaoptimiert gestaltet werden können. Dabei liegt der Fokus auf besonders vulnerablen Stadtteilen, für die Maßnahmenportfolios erarbeitet und exemplarisch umgesetzt werden.

05 Integration des Themenfeldes Energie(raum)planung in die Aufgaben der Stadt als Grundlage für Entwicklungskonzepte: Bereits in der Vergangenheit wurde die Siedlungsentwicklung der Stadt auf die bestehende Energieinfrastruktur, beispielsweise betreffend des Fernwärme-

netzes, abgestimmt. In Zukunft sollen diese Themen vermehrt integriert betrachtet und auch nach transparent nach außen vermittelt werden, um so sowohl stadintern, aber auch nach außen hin Bewusstsein zu schaffen. Die Entwicklung von Energie- und Wärmeplänen bieten dafür eine bedeutende Grundlage.

06 Klimasensibler Flächenwidmungsplan:

Die Entwicklung von vorhandenen Baulandreserven in zentraler Lage sowie die Nachverdichtung bereits bestehender Quartiere sollen in der Siedlungsentwicklung priorisiert werden – das wurde bereits im integrierten Entwicklungskonzept der Stadt festgeschrieben. Genauso wie sich die Planungsinstrumente der Stadt an neue Gegebenheiten anpassen, ist auch das Niederösterreichische Raumordnungsgesetz eine Rechtsgrundlage, welche auf neue Rahmenbedingungen reagiert. Dadurch ergeben sich auch lokaler Ebene wiederum neue Lenkungsmöglichkeiten, welche es auf die Strukturen der Stadt zu prüfen und bei Bedarf umzusetzen gilt - wie zum Beispiel die Implementierung der Widmungen Bauland Kerngebiet/Wohngebiet – nachhaltige Bebauung.

07 Neue Inhalte für Bebauungspläne prüfen:

Im Zuge der Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes können sich nicht nur neue Möglichkeiten hinsichtlich der Festlegungen des Flächenwidmungsplanes ergeben, sondern auch im Bebauungsplan können neue Inhalte zulässig sein. Beispielsweise die Verpflichtung zur Begrünung von Gebäudedächern und Fassaden, die Verpflichtung zur Herstellung von Versickerungsflächen oder die Anzahl, Breite und Lage von Grundstückzufahrten kann geregelt werden.

Im Zuge von Änderungsverfahren gilt es diese Möglichkeiten zu prüfen und im Sinne des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung in dem Planungsinstrument zu verordnen.

08 Leitfäden und Bewertungstools:

Um bei Planungsprozessen eine Berücksichtigung von klimarelevanten Aspekten zu bewirken, empfiehlt sich die methodische Entwicklung

eines Leitfadens, in dem Zielvorgaben für zukünftige Bauvorhaben beschrieben werden. Diese Zielvorgaben bilden eine Handlungsgrundlage für die Verwaltung aber auch die politischen Entscheidungsträger:innen.

8.1 Klima-Check 1: Einsatz von qualitätssichernden Instrumenten bei Neubauprojekten:

Ergänzend zu den gängigen Planungsinstrumenten können klimarelevanten Aspekte auch über weitere Möglichkeiten zu einem frühen Zeitpunkt Einzug in die Planung finden und damit wichtige Grundlagen kommuniziert werden: Beispielweise über den Einsatz von Raumordnungsverträgen, die Vereinbarung von klimaaktiv-Standards sowie die Entwicklung von integrierten projektbezogenen Rahmenplänen.

8.2 Klima-Check 2: Einsatz von qualitätssichernden Instrumenten im Freiraum:

Ansätze wie Grün- und Freiraumfaktoren können dabei helfen, Qualitäten sicherzustellen und unterstützen ein Monitoring der Umsetzung. Der Faktor basiert auf Angaben zur Überschilderung, Entsiegelung, Regenwassermanagement. Solche Instrumente könnten entsprechende quantitative Ziele vorgeben und eine einfache Überwachung der Umsetzung ermöglichen.

8.3 Klima-Check 3: Leitfaden bei Betriebsansiedlungen:

Als Landeshauptstadt ist St. Pölten für Betriebsansiedlungen attraktiv. Anhand unterschiedlicher Informationsmaterialien wirbt die Stadt mit einigen dieser Standortfaktoren, wodurch bereits zahlreiche renommierte Betriebe hier ihren Standort gefunden haben. St. Pölten weist auch sehr gute Rahmenbedingungen für Unternehmen auf, welche klimaneutral wirtschaften wollen, wenngleich diese Standortfaktoren bislang noch nicht prioritär hervorgehoben werden. Die methodische Entwicklung eines Klimacheck-Leitfadens für Betriebsansiedlungen soll seitens der Stadt entwickelt werden, um interessierte Unternehmen zu informieren sowie die standortbezogenen Möglichkeiten aufzuzeigen. Gleichzeitig sollen die Unterlagen den Unternehmen Fördermöglichkeiten u.ä. aufzeigen, um Anreize zu einem klimafreundlichen Arbeiten zu schaffen.

Quartiers- und Standortentwicklung

09 Stadt der kurzen Wege: Polyzentrale Stadtstruktur weiterverfolgen:

Das ISEK sieht die Förderung der „multipolaren Zentrenstruktur“ als eines der wichtigsten Ziele der Siedlungsentwicklung vor. Diese Absicht folgt dem Prinzip der Stadt der kurzen Wege, wodurch auch dem Klimaschutz Rechnung getragen wird. Das Festhalten an diesem Planungsprinzip ist unabdinglich, um auch in Zukunft den Mobilitätsbedarf der Bevölkerung in der Stadt dahingehend zu verringern, dass die räumliche Distanz zwischen Wohnen, Arbeit, Versorgung, Freizeiteinrichtung etc. kurzgehalten wird. So kann Zersiedelung hintangehalten und Multifunktionalität in den einzelnen Stadtquartieren gefördert werden.

10 Themen des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung für städtebauliche Architektur- und Freiraumwettbewerbe:

Die Stadt St. Pölten führt zunehmend eigenständig Wettbewerbsverfahren durch, im Zuge derer auch die Inhalte der Auslobungsunterlagen sowie der Prozessaufbau in ihrer Entscheidungskompetenz liegen. Im Zuge derartiger Verfahren sollen die Herausforderungen des Klimawandels als Standardthema in Auswahlkriterien, Ausschreibungsunterlagen, Vorprüfung und Jurierung aufgenommen werden. Im Falle von Wettbewerbsverfahren, welche beispielsweise seitens Bauträger:innen durchgeführt werden und die Stadt als Kooperationspartnerin, beispielsweise in die Jury einbezogen wird, ist darauf zu achten, dass die stadtintern agierenden Personen jene Interessen einbringen und vertreten.

11 Pilotprojekte: Entwicklung eines Modellquartiers für Klimaschutz und Klimawandelanpassung in St. Pölten:

Bei der Entwicklung des Modellquartiers wird die weitgehende Klimaneutralität des Grätzels angestrebt. Anhand des Modellquartiers kann sichergestellt werden, ob jene gesamtstädtisch konzipierten Vorhaben auf Quartiersebene umsetzbar und folglich auch skalier- und übertragbar sind. Anhand dieser Demonstration können anschließend Rückschlüsse auf die übergeordnete Strategie geschlossen und bei Bedarf er-

forderliche Adaptionen getätigt werden.

Als Planungsgrundlage und Hilfestellung können bei der Entwicklung die Kriterien der Klimaaktiv Standards für Siedlungen und Quartiere dienen. Derartige Projekte wurden bereits in anderen Städten umgesetzt und können folglich als best practice-Beispiele dienen. Der diesbezügliche Erfahrungsaustausch bietet in Folge außerdem eine gute Argumentationsgrundlage gegenüber potenzieller Bauträger und Investoren in St. Pölten.

Transformation und Weiterentwicklung der Bestandsstadt & des Grünraums

12 **Kaltluftschneisen freihalten:** Durch die Struktur St. Pöltens ergibt sich für die Stadt eine gute Ausgangslage: Mit der Traisen zieht sich eine Kaltluftschneise durch das Stadtgebiet und sorgt damit für eine gute Durchlüftung und die nächtliche Abkühlung der angrenzenden Siedlungsgebiete. Über eine Stadtklimaanalyse kann St. Pölten prüfen, wie sich dieser Vorteil noch weiter nutzen bzw. ausbauen ließe.

13 Sparsamer Umgang mit unversiegeltem Boden:

Eine aktive Bodenpolitik kann einerseits den Ankauf oder die Mobilisierung von unbebauten Grundstücken oder leerstehenden Gebäuden in zentralen Lagen bedeuten. Andererseits lässt sich durch das Aufstocken bzw. das Anbauen an bestehende Gebäudestrukturen ebenfalls zusätzlich Fläche gewinnen. Vor der Versiegelung unbebauter Grundstücke am Siedlungsrand ist jedenfalls die Innenentwicklung zu priorisieren.

14 Grünräume sichern, Freiräume gestalten und zugänglich machen :

Das Landschaftskonzept der Stadt bietet eine gute Grundlage für darauf aufbauende Konzepte wie der derzeit laufenden Aktualisierung der Biotopkartierung. Entlang der Traisen aber auch mit dem Sturm 19 Park sind neue Freiräume entstanden oder befinden sich gerade in Planung. Mit dem Alumnatsgarten wurde der Stadtbevölkerung ein innerstädtischer Grünraum zugänglich gemacht. In diese Richtung gilt es weiter zu arbeiten!

Öffentlicher Raum

- 15 Handlungsfelder des Leitkonzepts Öffentlicher Raum weiterbearbeiten und über Wettbewerbe umsetzen:** Mit der 2019 verfassten „Leitkonzeption Öffentlicher Raum“ liegt der Stadt eine Strategie vor, die eine Reihe an Handlungsfeldern und räumlicher Schwerpunktbereiche vorsieht, auf welche der Fokus gerichtet werden soll. Mit der Umgestaltung und Aufwertung des Promenadenrings ist ein wichtiges Schlüsselprojekt bereits auf den Weg gebracht worden. In den kommenden Jahren gilt es, die Inhalte der Leitkonzeption zu konkretisieren und umzusetzen, wobei das Thema der Klimawandelanpassung bereits in den ersten Planungsphasen festzuschreiben ist.
- 16 Pilotprojekte - Entwicklung einer Modell-Quartiersstraße Josefstraße:** Bei der Reorganisation des Verkehrsraums soll der Straßenzug zu einem Mobilitätsraum mit hoher Qualität umgestaltet werden. Dabei soll unter anderem die aktive Mobilität gefördert und Flächen neu verteilt werden aber auch strategische und taktische Prozesse der Planung und Partizipation erprobt und weiterentwickelt werden.
- 17 Transformation des Straßenraums: Integration von Blau-Grüner-Infrastruktur bei jedem Neubau- oder Sanierungsprojekt im öffentlichen Raum:** Klimawandelanpassung und Mobilitätswende müssen gemeinsam entwickelt werden. Dabei ist ein integrativer Planungsansatz unbedingt erforderlich. Bei jeder Straßensanierung, bei Neu- und Umbau sind die erforderlichen Elemente für blau-grüne Infrastruktur in den Querschnitt zu integrieren. In Vorbereitung dafür sind Mindestgrößen für ober- und unterirdischen Flächen- und Raumbedarf festzulegen. Die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit ist dafür wesentlich.
- 18 Bodenentsiegelung prüfen und umsetzen:** Reduzierung des Versiegelungsgrads von Kfz-Stellplätzen im Stadtgebiet und Entlastung der lokalen Kanalisation zugunsten der Grundwasserdotierung und Pflanzstandortversorgung mit Niederschlagswässern.
- 19 Umsetzung von Regenwasser-management:** Über das gezielte Einleiten von Oberflächen- und Dachwasser in den Untergrund kann ein Beitrag zur Entlastung der Kanalisation und der Dotierung von blau-grüner Infrastruktur geleistet werden: hier gilt es zu prüfen, welche Möglichkeiten der Stadt gegeben sind.
- 20 Verhältnis von Bäumen zur Kfz-Stellplätzen festlegen** Ausweisung des Verhältnisses von Kfz-Stellplätzen zu Baumstandorten im öffentlichen Raum - je nach Stadtteil und Bebauungsdichte - von maximal 4:1 (Querparker) und maximal 2:1 (Längsparker) in Straßenzügen, in denen dies möglich ist.
- 21 Mehr nutzbares Wasser im öffentlichen Raum:** An heißen Tagen braucht es Möglichkeiten, sich rasch abzukühlen. Trinkbrunnen, Wasserfontänen, Wasserspiele im öffentlichen Raum sollten in Neubau- oder Umbauprojekte integriert werden.
- 22 Temporäre Umnutzung von Straßen:** Oftmals benötigt es keine großen, kostenintensiven Maßnahmen, um den öffentlichen Raum zu attraktivieren und der Bevölkerung neue Flächen zum Verweilen zu bieten. Der Einsatz von temporären Elementen ist vor allem für Zwischennutzungen sinnvoll.

Wenn nicht ausreichend Freiräume innerhalb der Stadtteile zur Verfügung stehen, kann über die temporäre Umnutzung von Straßenräumen kurzfristig Abhilfe geschaffen werden. Vor allem vor Schulen und Parkanlagen können Straßen so versuchsweise umgenutzt, gekühlt und beschattet werden. Temporäre Elemente, wie zum Beispiel Sonnensegel, können vergleichsweise schnell umgesetzt werden.

Stadtklimaanalyse und Planungshinweiskarte

Bei einer Stadtklimaanalyse werden Klimaphänomene innerhalb der Stadt räumlich dargestellt: so wird das Überwärmungspotenzial in bestimmten Stadtteilen gekennzeichnet, aber auch wo sich Frisch- und Kaltluftbereiche befinden und wo Windschneisen und Windfelder für Belüftung sorgen. Unter Berücksichtigung dieser stadtklimatischen Mechanismen kann dazu beigetragen werden, die sommerliche Überhitzung zu verringern oder vorhandene Luftleitbahnen für eine Durchlüftung des jeweiligen Stadtteils optimal zu nutzen und damit wesentlich zum Wohlbefinden der Stadtbevölkerung beizutragen.

Zahlreiche Städte nutzen die bei Stadtklimaanalysen erhobenen Daten als Grundlage bei

Planungsprojekten und erstellen basierend auf den Ausweisungen der Klimaanalysekarte eine klimatische Planungshinweiskarte. So kann bereits in frühen Planungsphasen den Folgen des Klimawandels entgegengewirkt werden. Aber auch weitere wichtige Klimawandelanpassungsmaßnahmen können mithilfe der Stadtklimaanalyse zielgerichtet eingesetzt werden, so etwa bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen. Zusätzlich zur Klimafunktionskarte der Ist-Situation, können Szenarien der möglichen stadtklimatischen Veränderungen entwickelt werden. Damit kann auch auf die Auswirkungen der Veränderung der Bebauung bzw. der Flächen-nutzung eingegangen und schließlich Aufgaben, Maßnahmen und Empfehlungen für eine klimabewusste Planung abgeleitet werden.

Von der Strategie zur Umsetzung

Handlungsschritte

1. **Beschlussfassung im Gemeinderat**
2. **Grundlagen erheben und beschaffen/Klärung erforderlicher Vorarbeiten:** 3D Modell der Stadt und Umgebung (Topographie, 3D Gebäude, Landnutzung, Baumkataster,...)
3. **Angebote von möglichen Auftragnehmer:innen einholen und Auftrag vergeben**
4. **Durchführung Stadtklimaanalyse**

Umsetzungsrelevante Akteure

- Politik
- Abteilung Stadtplanung
- Externe:r Auftragnehmer:in

Bewertungskriterien

Priorität und Dauer	Hoch, 1 - 1,5 Jahre
Umsetzbarkeit	Mittelfristig
Ebene	Gesamtstädtisch
Kompetenzbereich	Stadt
CO ₂ Einsparungspotenzial	indirekt
Politischer Beschluss nötig?	Gemeinderatsbeschluss

Erste Schritte Stadtplanung / Maßnahme Nr. 08 / Synergetisch

Leitfäden und Bewertungstools

Das Ziel, möglichst energie- und ressourcenschonend zu bauen, so dass sich die Nutzer:innen wohlfühlen und bei größeren Bauvorhaben auch ein Mehrwert für das Grätzl geschaffen wird, scheint klar. Dieses Vorhaben aber in die Umsetzung zu bringen ist nicht immer einfach, denn der Einflussbereich des Magistrats ist bei privaten Bauvorhaben beschränkt.

Über Leitfäden und Bewertungstools kann die Stadt aber generelle Zielvorgaben formulieren, wie größere Bauprojekte entwickelt werden sollen, welche städtebaulichen Vorgaben es gibt und vor allem, welche Beziehungen zum Stadtteil in dem sich das Bauvorhaben befindet, entstehen sollen. Das betrifft kleinere Einzelprojekte

ebenso wie Quartiersentwicklungen. Im Gemeinderat beschlossen, geben diese Leitfäden eine Handlungsgrundlage für die zuständige Verwaltung aber auch die politischen Entscheidungsträger:innen.

Solche Leitfäden können auch für einzelne Nutzungen erarbeitet werden, etwa bei der Ansiedelung von neuen Betrieben, oder für einzelne Themengebiete, die übergeordnete Ziele und Maßnahmen festlegen (siehe dazu z.B. Bereich Mobilität, Maßnahme 02, Masterplan Aktive Mobilität,).

Von der Strategie zur Umsetzung

Bewertungskriterien

Handlungsschritte

Priorität und Dauer

Hoch, Langfristig

1. Erarbeiten eines Leitfadens z.Bsp. für nachhaltiges Bauen

Umsetzbarkeit

Mittel

2. Beschluss im Gemeinderat

Ebene

Stadtteil/Quartier/Einzelgebäude

Umsetzungsrelevante Akteure

Kompetenzbereich

Stadt

- Abteilung Stadtplanung, Verkehrsplanung
- Politik
- Bauträger

CO₂ Einsparungspotenzial

indirekt

Politischer Beschluss nötig?

ja

Neue Inhalte für Bebauungspläne

Ein Instrument, das die Stadt in der Hand hat um Zielvorgaben wie und wo gebaut werden soll, festzuschreiben, sind Flächenwidmungs- und Bebauungspläne. Wie bringt man aber „klima-relevante Inhalte“ in den Bebauungsplan? Was über Flächenwidmungs- und Bebauungspläne verordnet werden kann, gibt in Niederösterreich das Land vor.

Derzeit ist es noch schwer klimarelevante Inhalte über den Bebauungsplan zu verordnen, etwa festzuschreiben, wie hoch der Anteil an versickerungsfähigen Flächen auf einem Grundstück sein muss oder das Gebäudedächer und Fassaden verpflichtend zu begrünen sind (etwa über eine Grünflächenzahl, die in anderen Städten gerade geprüft wird).

Im Zuge der vorangegangenen Änderung des niederösterreichischen Raumordnungsgesetzes wurden neue Inhalte zulässig. Diese Vorgaben und Möglichkeiten gilt es zu prüfen und im Sinne des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung in dem Planungsinstrument zu verordnen.

So wie die Instrumente der Stadt nicht endgültig sind, muss sich auch das Land NÖ mit dem NÖ Raumordnungsgesetz an neue Gegebenheiten anpassen. Somit gilt es für die Stadt, sobald sich das NÖ ROG ändert und neue Inhalte im Bebauungsplan zulässt, diese für die Stadt zu prüfen und bei Bedarf in die jeweiligen Instrumente zu inkludieren.

Von der Strategie zur Umsetzung

Handlungsschritte

1. Prüfung der Integration neuer Möglichkeiten und deren Realisier- und Überprüfbarkeit
2. Abwicklung des raumordnungsfachlichen Verfahrens gemeinsam mit dem Land NÖ
3. Gemeinderatsbeschluss und Erlangen der Rechtskraft des raumordnungsfachlichen Instrumentes
4. Adaptierung des Umlaufbogens für Bau-einreichungen in Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde

Umsetzungsrelevante Akteure

- Politik
- Abteilung Stadtplanung
- Baupolizei
- Raumordnungsabteilung Land Niederösterreich

Bewertungskriterien

Priorität und Dauer	Hoch, laufend
Umsetzbarkeit	Mittelfristig
Ebene	Gesamtstädtisch
Kompetenzbereich	Stadt
CO ₂ Einsparungspotenzial	indirekt
Politischer Beschluss nötig?	ja

Erste Schritte Stadtplanung / Maßnahme Nr. 26 / Klimaschutz

Pilotprojekte: Entwicklung einer Modell-Quartiersstraße

Die Josefstraße verläuft als eine Radiale St. Pölzens in Nord-Süd Richtung vom Promenadenring bis zur Landsbergstraße. Entlang des Straßenzugs finden sich Wohnbauten in größtenteils offener Bauweise, teilweise mit Einzelhandel, Gastronomie oder Dienstleistungen im Erdgeschoß. Als wichtige Radverbindung soll die Josefstraße in den nächsten Jahren im Zuge eines breit angelegten Kommunikations-/Beteiligungs- und damit ko-kreativen Planungsprozess umgestaltet werden.

Das bedeutet eine Förderung der aktiven Mobilität – also mehr Platz für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen, aber auch das Schaffen von

mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch Klimawandelanpassungsmaßnahmen.

Über solche „Modell-Entwicklungen“, können Prozesse der Planung und Umsetzung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen, aber auch neue Formen der Partizipation erprobt und weiterentwickelt werden und ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrswende geleistet werden. Die gewonnenen Erkenntnisse lassen sich im Anschluss auf andere Straßenzüge der Stadt übertragen.

Von der Strategie zur Umsetzung

Bewertungskriterien

Handlungsschritte

Priorität und Dauer

Hoch, 4 Jahre

1. Bestandsaufnahme und Aufsetzen des Planungsprozesses

Umsetzbarkeit

Mittel

2. Planerische Lösungsansätze für ein Transformationskonzept über **ko-kreativen Planungsprozess (also mit Beteiligung der Stadtbevölkerung)** entwickeln.

Ebene

Stadtteil

3. Zielfestlegung für Intervention (blau-grüne Infrastruktur, Umverteilung Nutzungen...)

Kompetenzbereich

Stadt

4. Entwurfsplanung für Intervention vorbereiten und über Wettbewerbe etc. in die Umsetzung bringen

CO₂ Einsparungspotenzial

indirekt

Politischer Beschluss nötig?

ja

Umsetzungsrelevante Akteure

- Abteilung Stadtplanung, Verkehrsplanung
- Lokale Stakeholder
- Multidisziplinäres Planungsteam

Sektoraler Bereich: Stadtplanung

Best-Practice-Beispiele

Um die Stadt an den Klimawandel anzupassen braucht es Ideen und Konzepte auf unterschiedlichen Maßstabsebenen: von übergeordneten Strategien bis zum Pflanzen eines einzelnen Straßenbaums. Eine große und komplexe Aufgabe! Dabei ist das Lernen von Best Practice Beispielen hilfreich und zeigt, was durch Klimawandelanpassungsmaßnahmen an Qualitäten insbesondere im öffentlichen Raum gewonnen werden können.

Stadtklimaanalyse und Klimawandelanpassungskonzept, Freiburg, DE

Basierend auf einer Stadtklimaanalyse aus der die klimatische Belastungssituation unterschiedlicher Stadtteile hervorging, hat die Stadt Freiburg konkrete räumliche Maßnahmen für unterschiedliche Stadtstrukturtypen abgeleitet. Das Klimawandelanpassungskonzept gibt damit einen möglichen Weg vor, wie aus einer Klimaanalyse mit Planungshinweiskarte ein anwendbares und anschauliches Werkzeug für die räumliche Planung gemacht werden kann. Das Konzept richtet sich sowohl an Fachleute und städtische Dienststellen aber auch an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.



Bevölkerungszahl
230 241

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 1, 4

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Klimawandelanpassung

Maßnahmen-Typ
Strategie

Foto: <https://www.freiburg.de/pb/1292965.html>

Leitfaden für nachhaltiges und zukunftsweisendes Bauen, Zell am See, AUT

Im „Leitfaden für nachhaltiges und zukunftsweisendes Bauen“ sind Ziele und Vorgaben formuliert, an die sich Bauträger, die in Zell am See bauen wollen, halten müssen. Diese Kriterien wurden bereits 2014 beschlossen und beinhalten neben Zielvorstellungen zu Energieeffizienz und Ökologie, aber auch zu umweltschonender Mobilität, sozialen Aspekten und der Freiraumgestaltung Hinweise zur Organisation des Planungsprozesses.



Bevölkerungszahl
10 131

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 8

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Synergetisch

Maßnahmen-Typ
Strategie

Foto: <https://www.sonnengartenlimberg.at/>

Bevölkerungszahl
207 743

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 8

Klimaschutz und/oder
Klimawandelanpassung?
Synergetisch

Maßnahmen-Typ
Checkliste

Abb.: Stadt Wien, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/energie/pdf/stadtentwicklungs-kommission-klima-checkliste.pdf>



Klima-Checkliste zur Umsetzung der klimarelevanten Leitziele für Stadtentwicklung, Gestaltung und Projektierung, Wien, AUT

Die Klima-Checklist der Stadt Wien legt zentrale Aspekte des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung fest und will dazu beitragen, dass diese Aspekte strukturiert in Planungs- und Umsetzungsprozesse einfließen. Sie soll bei qualitätssichernden Verfahren bis zur Abwicklung von Bauprojekten zum Einsatz kommen. Die Klima-Checkliste ist im Gemeinderat beschlossen worden.

Bevölkerungszahl
150.000

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 11

Klimaschutz und/oder
Klimawandelanpassung?
Klimawandelanpassung

Maßnahmen-Typ
Strategie

Pilotprojekt zur Umsetzung von Hitzeanpassungsmaßnahmen, Sitten, CH

Im Projektbericht zum Pilotprojek ACCLIMATASION versammelt die Stadtverwaltung des in der französischen Schweiz liegenden Sion (deutsch: "Sitten") Wissen zur klimaresilienten Stadtentwicklung. Mit dem Pilotprojekt sollte die Entwicklung von klimasensiblen Stadtraumtypologien erprobt und untersucht werden, welche Hitzeanpassungsmaßnahmen für spezifische Stadtstrukturtypen zu setzen wären.

Umsetzung dieser Maßnahmen sind für die Gemeinde schwer zu beeinflussen. Um das Thema aber voran zu treiben, hat die Stadt einen Leitfaden für Privatpersonen herausgegeben.

Der Projektbericht beschreibt sowohl Maßnahmen auf öffentlichem Grund, gibt aber auch Empfehlungen, welche Maßnahmen auf privatem Grund umgesetzt werden könnten. Die

Studie beschreibt weiter konkrete raumplanerische Möglichkeiten, um mit rechtlichen Instrumenten wirkungsvoll Projektrahmenbedingungen abzustecken und gibt dabei auch einen Überblick, über welche Instrumente schweizer Kantone und Gemeinden verfügen. Dabei reicht das schweizer Instrumentarium weiter als es österreichischen Gemeinden zur Verfügung steht.

Foto: <https://www.sion.ch/acclimatation/14936#>



Strukturkonzept Rothneusiedl, Modellstadtteil für Klimaschutz und Klimaanpassung, Wien, AUT

Der neue Stadtteil soll den Weg in die Zukunft des Klimaschutzes wie der Anpassung an den Klimawandel weisen. Das Strukturkonzept Rothneusiedl versteht sich als Charta, die eine tragfähige Grundlage für weitere Schritte in Planung und Entwicklung des Quartiers bildet. Das Strukturkonzept legt fest, was definitiv einzuhalten ist und wo alternative Lösungen gefunden werden können. Damit bleiben ausreichende Gestaltungsspielräume für nachfolgende, darauf aufbauende städtebauliche und freiraumplanerische Qualifizierungsverfahren.



Bevölkerungszahl

638 117

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 11

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Synergetisch

Abb.: <https://www.klimaschutzlemgo.de/klimaschutz/klimaneutraler-historischer-stadt kern-lemgo/>

Städtebaulicher Rahmenplan Gewerbegebiet Grünwinkel, Karlsruhe, DE

Gewerbegebiete sind häufig stark versiegelt, auf die Erschließung durch den MIV ausgelegt und bieten wenig Qualitäten im öffentlichen Raum. Mit dem Rahmenplan wurde eine Grundlage für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Gewerbegebiets Grünwinkel erarbeitet. Neben Aussagen zur städtebaulichen Struktur (räumliche Kanten, Verdichtungspotential, Nutzungszusammensetzung, ...) schlägt der Rahmenplan Maßnahmen in mehreren Handlungsfeldern vor: Zu einer höheren Energieeffizienz des Gebiets, zum Bereich Mobilität und Erschließung abseits des MIV, zur Entsiegelung und zu mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.



Bevölkerungszahl

306.502

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 08

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Synergetisch

Abb.: <https://www.karlsruhe.de/mobilitaet-stadtbild/stadtplanung/staedtebauliche-projekte/staedtebauliche-rahmenpläne, Städtebaulicher Rahmenplan Gewerbegebiet Grünwinkel, S. 39>

Klimawandelangepasstes Quartier Osterbro, Kopenhagen, DK

Nach einer Überschwemmung des Stadtteils Osterbro in Folge eines Starkregenereignisses, schrieb die Stadt noch im selben Jahr einen Wettbewerb für klimawandelangepasste Entwürfe zum Umbau des Stadtteils aus. Ziel des Konzepts ist es, Osterbro zum ersten an den Klimawandel angepassten Stadtteil Kopenhagens zu machen. Dabei soll der Stadtteil in Zukunft grüner werden aber es soll auch innovatives Regenwassermanagement erprobt werden. Das in Osterbro generierte Wissen soll in der Folge auf weitere Stadtteile übertragen werden.



Bevölkerungszahl

8 854

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 11, 17, 18, 19

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimawandelanpassung

Abb.: <https://klimakvarter.dk/>

Bevölkerungszahl

1 254

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 11

Klimaschutz und/oder
Klimawandelanpassung?

Synergetisch

Abb.: <https://www.sonnengarten-limberg.at/>



Sonnengarten Limberg, Zell am See, AUT

Bei der Entwicklung des Wohnprojekts "Sonnengarten Limberg" im Südwesten von Zell am See war die Gemeinde, in enger Kooperation mit dem Bauträger aber auch externen Expert:innen, von Beginn an aktiv in den Planungsprozess einbezogen. Das hat dazu beigetragen, dass eine energieeffiziente Siedlung mit Mehrwert für die Nachbarschaft entstehen konnte. Das gesamte Quartier wurde nach den Klimaaktiv Kriterien für Klimaneutrale Quartiere und Siedlungen entwickelt und die Gemeinschafts- und Freiräume sind auch für die umliegenden Bewohner:innen zugänglich.

Bevölkerungszahl

207 743

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 18, 20

Klimaschutz und/oder
Klimawandelanpassung?

Klimawandelanpassung

Abb.: 3:0 Landschaftsplanung



Baumpflanzungsinitiative Linz, AUT

Im Oktober 2019 wurde im Linzer Gemeinderat die Umsetzung des Projektes „1000 neue Bäume für Linz“ als zentraler Bestandteil der städtischen Klimastrategie beschlossen. In einem ersten Schritt wurde eine Potenzialanalyse erstellt und mögliche Straßenzüge als Baumstandorte identifiziert. Insgesamt wurden 60 Straßenkilometer genauer untersucht und bei fast 50% (rund 30 Kilometer) gibt es hohes Potenzial für mehr Grün durch gezielt gepflanzte Bäume im Schwammstadtprinzip. Derzeit läuft die Umsetzung in zwei "Pilotstraßenzügen".

Sektoraler Bereich:

Kommunikation, Bewusstseinsbildung und Beteiligung

Status Quo

Die Themen Kommunikation und Bewusstseinsbildung betreffen in St. Pölten sowohl Politik und den Magistrat „intern“ als auch die Stadtbevölkerung. In der Politik und im Magistrat ist mit F4UM ein Bewusstseinsbildungsprozess für Klimathemen in Gang gesetzt worden. Dieser Prozess hat auch eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit mit sich gebracht und Bewusstsein für die Komplexität des Themas innerhalb der Verwaltungsstrukturen geschaffen. Bis dato wurden im Magistrat die Handlungsfelder des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung ausschließlich bedarfsweise innerhalb der bestehenden Fachbereiche projektbezogen berücksichtigt. Zuständigkeiten, die sich ausschließlich mit diesen Herausforderungen beschäftigen und die dahingehende Klimaarbeit in der Stadt vorantreiben gibt es bislang nicht. Darüberhinaus war St. Pölten in keinen thematischen Städtenetzwerken zu dezidierten Klimathemen zum Wissensaustausch vertreten.

Um einerseits den Bewusstseinsbildungsprozess innerhalb der Stadtverwaltung voranzutreiben, muss das „Klimamainstreaming“ weiter vorangetrieben werden. Dazu müssen Strukturen und Kapazitäten (in Form einer Koordinationsstelle) geschaffen werden. Andererseits erfordert die Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsarbeit neue Formen der Zusammenarbeit und der Kooperation in der Verwaltung, der gerade in Gang gesetzte Austausch und Kommunikationsprozess innerhalb der Verwaltung und mit anderen Städten, dem Land und dem Bund muss also weitergeführt und ausgebaut werden.

Darüber hinaus gilt es auch, das Thema in der Außenwahrnehmung der Stadt stärker spürbar und sichtbar zu machen. Während in St. Pölten zwar viele Projekte und Initiativen für Klimaschutz und Klimawandelanpassung laufen, gibt es derzeit keinen zusammenfassenden Überblick über

das bereits vorhandene. Klimabündnis-Projekte, Umweltpreise aber auch private Initiativen laufen derzeit noch nicht „zentral zusammen“. Diesen Überblick zu geben und eine Plattform zur Vernetzung zwischen den Initiativen zu schaffen, ist ein erklärtes Ziel der Stadt.

St. Pölten will aber auch dazu beitragen, den Bewusstseinsbildungsprozess in weiteren Teilen der Stadtbevölkerung voranzutreiben. In vielen St. Pöltner Schulen, Kindergärten und weiterführenden Bildungseinrichtungen laufen bereits Aktivitäten zum Klimaschutz. Diese Bildungsschwerpunkte sollen in Zukunft noch weiterentwickelt und ausgebaut werden. Um weitere Teile der Stadtbevölkerung zu erreichen müssen Informationen (wie etwa Energiespartipps, Förderinitiativen usw.) leicht auffindbar und gut verständlich aufbereitet werden. Weiters will die Stadt Eigeninitiativen der Zivilgesellschaft stimulieren und Anreize für Klimaprojekte schaffen.

Denn über Beteiligung und Möglichkeiten zur Teilhabe an Planungsprozessen will die Stadt Bewusstsein schaffen. Seit der Bewerbung als Kulturhauptstadt 2024 ist in der Stadt so etwas wie eine Aufbruchsstimmung entstanden: So hat die Stadt seither bewusst auf die Einbindung und Mitwirkung unterschiedlicher Akteur:innen wie auch der Zivilgesellschaft gesetzt. Auch in Zukunft soll weiterhin darauf gesetzt werden, unter Einbindung der vielschichtigen Akteurslandschaft der Stadt gemeinsam Zielsetzungen und Perspektiven zu entwickeln.

Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung

- # **Arbeitsprogramm**
(hohe Priorität)
- # **Themenspeicher**

- 01 Entwicklung einer Klima-Kommunikationsstrategie:** Um die energie-, Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsrelevanten Themen abteilungsübergreifend abstimmen & zum richtigen Zeitpunkt nach außen kommunizieren zu können, braucht es die Ausarbeitung eines Kommunikationsprogramms. Durch Öffentlichkeitsarbeit kann, wie momentan bereits umgesetzt, die Stadt z.B. Energiespartipps öffentlich und bewusst machen. In Frage kommen hier nicht nur Informationen über die Medien der Stadt, sondern auch Informationsveranstaltungen, Energiefeste und Preise unter Beteiligung von lokalen Unternehmen. Ebenso können Kulturstätten wertvolle Beiträge bei der Vermittlung leisten. Damit einher gehen die Klärung der Zuständigkeiten, die Entwicklung von Nutzer:innengruppen-angepasste Gesamtkonzepte und gegebenenfalls der bedarfsbezogene Aufbau von Kapazitäten in der Verwaltung, hinsichtlich der dahingehenden Bewusstseinsbildung nach außen. Im Zuge dessen gilt es in einem nächsten Schritt auch die erforderlichen Ziele und Maßnahmen für die Öffentlichkeitsarbeit zu definieren, um das Thema der Nachhaltigkeit in den öffentlichen Aktivitäten für die Bevölkerung, z.B. durch "green events", voranzutreiben. Best Practice-Beispiele anderer Städte und Organisationen geben hierbei Aufschluss über mögliche Vorgehensweisen.
- 02 Teilhabe und Mitwirkung in Planungsprozessen ermöglichen:** Um die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen zu erhöhen, setzt die Stadt auf dialogorientierte Planungsprozesse. Zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements und der Teilhabe an nachhaltigen Stadtentwicklungsprojekten schafft St. Pölten prozessangepasste Beteiligungsprogramme. Etwa über die Durchführung von öffentlichen Workshops und Planungsforen oder der Etablierung von einem projektbezogenen Bürger:innenbeirat können die jeweils unterschiedlichen Akteursgruppen eingebunden werden.
- 03 Einbindung und Rücksprache mit dem Umweltschutzkomitee als Initiativ-Plattform:** Durch verschiedene bereits vorhandene St. Pöltner Initiativen und Projekte gibt es in der Stadt bereits eine breite Basis an Akteur:innen, die im Bereich des Klimaschutz aktiv sind. Der Austausch und die Kooperation zwischen und mit diesen Akteur:innen soll durch das Umweltschutzkomitee eine Plattform bekommen und eine noch größere Breitenwirksamkeit erzielen. Hier werden die bereits existierenden St. Pöltner Vereine und Organisationen eingebunden, das Komitee soll aber auch Ort der Vernetzung und Zusammenarbeit aller an Umwelt- und Klimaschutz interessierten (neuen) Initiativen werden. Das Umweltschutzkomitee wird informiert und kann, analog zu einem Bürger:innenbeirat, Anregungen für Politik und Verwaltung einbringen. Um sich mit spezifischen Fragestellungen auseinander zu setzen, sollen Unterarbeitsgruppen etabliert werden.
- 04 Kommunikations- & Bildungsoffensive mit Kindergärten Volksschulen, Mittelschulen, und der FH St. Pölten:** In St. Pöltner Schulen, Kindergärten und weiterführenden Bildungseinrichtungen finden bereits zahlreiche Aktivitäten zum Klimaschutz statt. Darauf setzt die Stadt auch in Zukunft. Diese klimarelevanten Bildungsschwerpunkte sollen in Zukunft gezielt entwickelt und noch weiter ausgebaut werden. Ebenso bietet die Fachhochschule St. Pölten die Möglichkeit für Kooperationen und fachlichen Austausch.
- 05 Kooperation und Zusammenarbeit mit kulturellen Institutionen:** Mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2024 konnte in St. Pölten hinsichtlich aktiver Bürger:innenbeteiligung eine Aufbruchstimmung

erzeugt werden. Dadurch ist es gelungen, zivilgesellschaftliche Initiativen zivilgesellschaftliche Initiativen, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Akteur:innen der Wirtschaft und unterschiedliche Verwaltungseinheiten der Stadt zur intensiven Mitwirkung an einem gemeinsamen Vorhaben zu mobilisieren. Dies ist ein wertvolles Kapital der Stadt, auf dem vor allem für den anstehenden Transformationsprozess zur Klimaneutralität aufgesetzt werden kann.

Obwohl die Stadt den Zuschlag letzten Endes nicht bekam, war der Prozess der Bewerbung ein Erfolg, der nachhaltig das Stimmung in der Stadt gewandelt hat. Die überwältigende Zahl an LOI/LOS mit denen St. Pölten in den F4UM-Prozess gestartet ist, macht den starken Willen deutlich, dass die Stadt St. Pölten ihre klimaneutrale Zukunft im Sinne einer Gemeinschaftsaufgabe gestalten will.

Kooperation, Netzwerke und Plattformen

06 Teilnahme an Städtenetzwerken und Plattformen: Über den Austausch und die Vernetzung mit anderen Städten können Informationen in die Verwaltung weitergetragen und klimarelevante Innovationen frühzeitig aufgegriffen werden, um diese an die relevanten Geschäftsbereiche und die Magistratsdirektion weiterzugeben.

07 Teilnahme und Sichtbarkeit an Fachtagungen, Konferenzen, Weiter- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Verwaltungsmitarbeiter:innen und Führungskräfte schaffen: Um das Thema in allen Abteilungen zu verankern, ist ein starkes Kooperieren in der Verwaltung erforderlich. Um dieses Zusammenarbeiten aufzubauen, braucht es neben einem Sensibilisierungs- und Bewusstseinsbildungsprozess für Verwaltungsmitarbeiter:innen auch die Möglichkeit, an weiterbildenden Konferenzen, Seminaren oder dergleichen teilzunehmen. So kann Netzwerkarbeit betrieben werden, eigene Projekte bekannt gemacht und im Austausch mit anderen Kommunen erfolgreiche Projekte adaptiert werden.

08 Kooperation mit Klima-Expert:innen: Um die Klimaveränderungen und das St. Pöltner Stadtklima gut zu verstehen und einschätzen zu können, was gesetzte Maßnahmen erwirken können, empfiehlt es sich bereits bei strategischen Überlegungen über Klima-Expert:innen, wie z.B. Klimatolog:innen, fachspezifisches Wissen in die Stadtverwaltung zu holen. Das kann in einer ersten Phase punktuell eingeholt werden, um bei großen städtischen, aber auch überörtlichen Projekten die Folgen für die Stadt einschätzen zu können. Bei regionalen Vorhaben ist hierbei die Kooperation mit dem Land Niederösterreich sowie den angrenzenden Umlandgemeinden von besonderer Bedeutung.

Über Kooperationen mit Einrichtungen für Klima-Forschung, -Politik und -Kommunikation, z.B. dem Climate Change Centre Austria (CCCA), kann sich die Stadt Expertise und Unterstützung bei Fragen zu Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen einholen.

09 Kommunale Kooperation auf allen Ebenen und in der Region: Um die Klimaziele zu erreichen, müssen alle Gebietskörperschaften zusammenarbeiten. Dazu gehören die Kommunen aber auch das Land NÖ, der Bund und die EU. Neben dem Austausch auf (inter-)nationaler Ebene ist die Kooperation mit Gemeinden innerhalb der Region essenziell, um Maßnahmen etwa im Bereich der Mobilität und der Energie erfolgreich umsetzen zu können. Hier gilt es auf Austausch und neue Formen der Zusammenarbeit zu setzen.

Bewusstseinsbildung & Qualifizierung der Verwaltung & verwaltungsnahen Institutionen

10 Klimafittes Rathaus: Dem Magistrat der Stadt St. Pölten kommt auf dem Pfad zur Klimaneutralität eine wichtige Vorbildfunktion zu. Um interne Abläufe klimaschonender zu gestalten und klimafreundliche Arbeitsweisen zu implementieren (z.B. durch die Forcierung von digitalen Formularen, der Anschaffung von (E-)Dienst-(Lasten-)Rädern, etc.) braucht es einen Trans-

formationsprozess am Magistrat. Diesen Prozess aufzusetzen und zu begleiten, wird eine Aufgabe der Klimakoordinationsstelle in Kooperation mit dem Bereich „Bürger-service und Einwohnerangelegenheiten“ sein.

11 Klima-Check für politische Beschlüsse:

Um Vorhaben der Stadt auf ihre Klimafreundlichkeit hin zu überprüfen, werden Instrumente entwickelt, um diese zukünftigen Projekte, Maßnahmen und Initiativen einem Klima-Check zu unterziehen. Der Klima-Check soll die politischen Entscheidungsträger informieren, negative Auswirkungen durch Vorhaben der Stadt auf das Klima vorbeugen und zu einem Bewusstseinsbildungsprozess in Politik und Verwaltung beitragen.

12 Aufbau eines Expert:innen-Klimabeirats:

Über den Aufbau eines Klimabeirats kann sich die Stadt fachspezifische Expertise und Know-How einholen, etwa durch sachverständige Beratung des Stadtsenats bzw. des Gemeinderats bei der Umsetzung von Klimaprojekten.

13 Bewusstseinsbildung für das Thema Klimaschutz und Klimawandelanpassung:

Stadtnahe Gesellschaften früh in die Klimarbeit einzubinden, ist essentiell: hier gilt es, Klima-Lobbyarbeit zu betreiben und wichtige Akteur:innen mit an Bord zu holen, damit Klimaschutzmaßnahmen im Wirkungsbereich der stadtnahen Unternehmen umgesetzt werden können. Aber auch auf politischer Ebene muss für die Klimaschutzarbeit geworben und dabei deutlich gemacht werden, welche Rahmenbedingungen von höherer Ebene geschaffen werden müssen, um auf kommunaler Ebene Klimaschutzarbeit erfolgreich umsetzen zu können.

fruchtbar. Dabei kann der Einsatz von „tactical urbanism“ (temporäre, kostengünstige Interventionen, z.B. Gemeinschaftsfeste und temporäre Gärten) helfen, um schnell und kostengünstig zu agieren und Bürger:innen in die Grätzl-Entwicklung einzubinden. Der Wert, den die Zivilgesellschaft hier einbringen kann, kann im Verhältnis zu dem erforderlichen monetären Einsatz sehr groß sein. Die Kooperation zwischen Stadtplanung, Klimakoordinationsstelle und Kultur & Bildung bildet dabei einen wichtigen Ansatzpunkt..

Stadtteilinitiativen

14 „Reallabore“ zur Erprobung neuer Formen von Beteiligung festlegen:

Kooperationen zwischen städtischen Akteur:innen und der Zivilgesellschaft sind auf Grätzl-Ebene leicht umzusetzen und dort besonders

Teilnahme an Städtenetzwerken und Plattformen

Während der F4UM lief ein durch das BMK, die Austria Tech und das SIR betreuter Begleitprozess für die 9 teilnehmenden österreichischen Städte. Der Austausch und die Vernetzung auf nationaler Ebene war für St. Pölten ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses: Durch die Beteiligung in den teils davor schon bestehenden Städtenetzwerken sind für St. Pölten wesentliche Lerneffekte entstanden.

Der Abschluss der F4UM markiert auch den Beginn der nächsten Mission unter dem Titel „Klimaneutrale Stadt“, die den Weg zur klimaneutralen Stadt weiter begleiten soll. Hier wird sich St. Pölten auch weiter beteiligen und eine aktive Rolle spielen um wichtige Erkenntnisse und Lerneffekte anderer Städte frühzeitig aufzu-

greifen und innerhalb des Magistrats weiterzugeben.

Um Klimaschutzarbeit auch in kleineren österreichischen Städten voranzutreiben, setzt gleichzeitig auch ein Prozess an, der sich an Klein- und Mittelstädte mit Einwohner:innenzahlen über 10.000 richtet. Klein- und Mittelstädte stehen vor besonderen Herausforderungen betreffend der zur Verfügung stehenden Kapazitäten der Verwaltungen, des Bewusstseinsbildungsprozesses usw. St. Pölten kommt mit seiner Größe von ca. 56.000 Einwohner:innen eine Sonderrolle zu und kann, nachdem die Stadt den F4UM-Prozess nun durchlaufen ist, wichtige Erkenntnisse und Learnings an Klein- und Mittelstädte weitergeben.

Von der Strategie zur Umsetzung

Handlungsschritte

1. Weiterführender Austausch

Umsetzungsrelevante Akteure

- Magistrat St. Pölten
- Bundesweite Städtenetzwerke
- BMK, SIR, Austria Tech

Bewertungskriterien

Priorität und Dauer

Hoch, laufend

Umsetzbarkeit

Kurzfristig

Ebene

Gesamtstädtisch

Kompetenzbereich

Stadt

CO₂ Einsparungspotenzial

indirekt

Politischer Beschluss nötig?

nein

Erste Schritte Kommunikation, Bewusstseinsbildung & Beteiligung / Maßnahme Nr. 26 / Klimaschutz

Klimafittes Rathaus

Das Rathaus will mit gutem Beispiel voran gehen und durch einen ressourcenschonenden Betrieb die kommunalen Treibhausgasemissionen auf ein Mindestmaß senken. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen Transformationsprozess am Magistrat. Dazu gehören digitale Formulare ebenso wie Dienst-E-Bikes, die klimaneutrale Durchführung von städtischen Veranstaltungen und vieles mehr. Um den Fortschritt zu überprüfen braucht es zusätzlich aber auch ein laufendes Wirkungsmonitoring und Überlegungen dazu, wie klimaschädliche Vorgänge, deren Umstellung nicht möglich ist, kompensiert werden könnten.

Stadtverwaltungen bzw. Stadtverwaltungen am Weg zur Klimaneutralität hilfreich. Diesen Prozess aufzusetzen und zu begleiten, wird eine wichtige Aufgabe der Klimakordinationsstelle in Kooperation mit dem Bereich „Bürgerservice und Einwohnerangelegenheiten“ sein.

Um diesen Prozess aufzusetzen und zu begleiten ist der Erfahrungsaustausch mit klimaneutralen

Von der Strategie zur Umsetzung

Bewertungskriterien

Handlungsschritte

Priorität und Dauer

Sehr hoch, Mittelfristig

1. Austausch mit Städten mit internen Nachhaltigkeitschecks/vorliegenden Konzepten zur Treibhausgasbilanzierung/...

Umsetzbarkeit

Mittel

2. Ggf. nötige Daten erheben

Ebene

Rathaus/Magistrat

3. Prozess für Magistrat festlegen und in Umsetzung bringen

Kompetenzbereich

Stadt

Umsetzungsrelevante Akteure

CO₂ Einsparungspotenzial

direkt/niedrig

- Magistrat St. Pölten
- Bundesweite Städtenetzwerke

Politischer Beschluss nötig?

teilweise

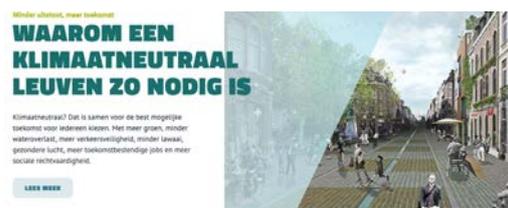
Sektoraler Bereich: Kommunikation, Bewusstseinsbildung & Beteiligung

Best-Practice-Beispiele

Das Handlungsfeld Kommunikation, Bewusstseinsbildung und Beteiligung umfasst ganz unterschiedliche Ebenen: St. Pölten bleibt weiter nach außen vernetzt und lernt mit und von anderen Städten. Gleichzeitig profitiert die Stadt durch einen Bewusstseinsbildungsprozess innerhalb der Stadtverwaltung, hier können neue Kooperationen und Formen der Zusammenarbeit erprobt werden. Und die Stadtbevölkerung soll auf diesem Weg mitgenommen werden: durch Programme zur Bewusstseinsbildung aber auch neue Formen der Teilhabe.

Leuven2030, Leuven, NL

Leuven ist eine der von der Europäischen Union für die Mission „100 Climate-neutral Cities by 2030“ ausgewählten Städte. Auf der Seite <https://en.leuven2030.be/> finden sich neben der „Roadmap“ für Leuven alle wichtigen Informationen zu den Zielsetzungen der Stadt, gerade laufenden Projekten, Beteiligungsmöglichkeiten aber auch Hintergrundinformationen zur Organisationsstruktur innerhalb der Stadt und zu wichtigen Meilensteinen.



Bevölkerungszahl
102 275

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 01

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Synergetisch

Abb.: <https://www.leuven2030.be/>

Programm „Grüne Parklets“, Wien AUT

Mit dem Aktionsprogramm unterstützen Stadt Wien und Lokale Agenda 21 Wien Projekte zur Umgestaltung von einzelnen Parkplätzen zu sogenannten „Grätzloasen“. Das Programm richtet sich an Privatpersonen, Organisationen, Schulen aber auch lokale Unternehmen. Drei Mal im Jahr können Ideen eingereicht werden. Eine Jury wählt die besten Projekte aus, die in der Folge mit bis zu 8000 Euro unterstützt werden. Zusätzlich bietet die Lokale Agenda 21 ihr Know-How bei Genehmigungen und der Durchführung von Aktionen an.



Bevölkerungszahl
1 900 000

Maßnahmen-Bezug
Maßnahme 02

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?
Klimawandelanpassung

Abb.: © LA21 Wien / Tim Dornaus

Bevölkerungszahl

56 360

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 02

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimawandelanpassung



Foto: DnD Landschaftsplanung

Sturm 19 Park, St. Pölten, AUT

Auf dem ehemaligen Sturm 19 Areal soll zukünftig ein öffentlicher Park entstehen. Im Planungsprozess hat St. Pölten auf neue Beteiligungsformate gesetzt, etwa über den Bürger:innenbeirat - ein Instrument der Teilhabe, das in St. Pölten zum ersten Mal angewandt wurde und mit dem die Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Prozess hochgehalten wurde. Aus dem Gestaltungswettbewerb ging als Siegerprojekt der Beitrag des Landschaftsplanungsbüros DnD hervor. Ein wesentlicher Planungsbaustein des Projekts ist die klimaaktive Planung mit Biodiversitätsgarten, Insektenweide, uvm..

Bevölkerungszahl

64 071

Maßnahmen-Bezug

Maßnahme 11

Klimaschutz und/oder Klimawandelanpassung?

Klimaschutz

Villach lebt Grün Richtlinie, Villach, AUT

Die „Villach lebt Grün-Richtlinie“ ist eine interne Vorgabe für die Verwaltung und fungiert als interner Nachhaltigkeitscheck. Sie gilt für das Magistrat und alle Unternehmen, bei denen die Stadt mehrheitsbeteiligt ist und wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen.

ment aber auch alle Veranstaltungen der Stadt sind ausschließlich nachhaltig. Unter anderem hat sich das Magistrat zum Ziel gesetzt, bis 2030 den gesamten eigenen Stromverbrauch selbst zu erzeugen..

Über die Richtlinie sind die Themen Klimaschutz und Klimawandelanpassung als fixe Bestandteile und Entscheidungsgrundlage in allen Projekten der Stadt verankert. Schwerpunkte liegen auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern, der Digitalisierung als wichtiges Instru-



Abb.: Villach lebt grün Broschüre: https://villach.at/getmedia/7dd788dc-aabf-4300-939e-d6be0682d7ef/Broschuere_GruenzenlosGruen.pdf.aspx



Foto: Niko Formanek

Susanne Formanek

Dipl. Ing.

Geschäftsführerin des Innovationslabors GRÜNSTATTGRAU

»In Anbetracht der aktuellen Situation, die der aktuelle Klimabericht (IPCC) zur Entwicklung der Erderwärmung und der Klimakrise dargestellt hat, ist es eine der zentralen Herausforderungen zukunftsfähige Lösungen für den Klimaschutz und die Resilienz von Städten zu entwickeln. Wir sind es unseren Kindern schuldig! Die Transformation von Städten, Stadtteilen und Quartiere erfordert einen offenen, kreativen und kooperativen Raum. So könnten gemeinsame Ideen, Vernetzung und Austausch von Technologien, Infrastruktur, Innovationen und Wissen sowie die Involvierung der Bewohner*Innen in der Planung und Umsetzung wachsen. St. Pölten steht vor einer großen Chance sich für die Zukunft zu formen, gemeinsam geht es besser und Projekte wie Fit4Urban-Mission geben Beschleunigung! Danke dafür!«



Foto: Vermessung Schubert ZT GmbH

Dominik Mesner
Dipl. Ing.

Plattform St. Pölten

Der Strukturwandel für erfolgreichen Klimaschutz ist in vielen St. Pöltner Unternehmen voll im Gange und zukünftig erfolgreiche Geschäftsfelder passen sich gerade laufend an neue Umstände und Herausforderungen an. Während bisherige Prozesse, Produkte, Standorte, etc. in diesem Zusammenhang in Frage gestellt werden, ergeben sich auch viele neue Chancen auf innovative Produktionsweisen und Märkte.

Die Landeshauptstadt St. Pölten bietet insbesondere mit dem neuen Masterplan 25/50 ideale Rahmenbedingungen, um diesen erforderlichen Wandel anzustoßen und nachhaltigen Fortschritt in die Unternehmensebenen zu bringen. Zwingend notwendig ist auch, die gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die NÖ Bauordnung, schnell an die sich ändernden Umstände anzupassen!

05



Foto: Raumposition

Oliver Schrot

PhD MSc

Klimakoordination Linz

»Um klimaneutrale Städte zu gestalten, sind wir auf innovative Ansätze und Leuchtturmprojekte in den Bereichen Energie, Gebäude und Verkehr angewiesen. Deren Outcomes müssen aber auch in den tagtäglichen Verwaltungsprozessen verankert werden. Dafür braucht es flexible, abteilungsübergreifende Koordinationsstellen, die sich um das Klima-Mainstreaming kümmern.

Eine klimaneutrale und anpassungsfähige Stadt ist nicht nur für ihre Bürger:innen attraktiv, sondern lockt ebenso als krisensicherer und zukunftsfähiger Wirtschaftstandort.«



Foto: Dworschak, Stadt Linz

»Um aktiv das Klima zu schützen und gleichzeitig selbstbestimmt und klug mit den Folgen des Klimawandels umgehen zu können, müssen Kommunen mit ihren politischen Gremien, der Verwaltung und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern sich auf die „Klima-Zukunft“ einstellen.

Gerade bei der Mobilität ist mehr Klimaschutz oft eine Herausforderung für die Menschen, weil dabei alltägliche Routinen neu zu gestalten sind. St. Pölten als zentrale Stadt in der Region und als Ort, der in Europa und der Welt hervorragend vernetzt ist, wird zeigen, wie das im kommunalen und regionalen Miteinander gelingen kann.«

Barbara Lenz

Prof. Dr.

Leiterin des Instituts für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Berlin



Foto: Hoffotografen

Neue Governance-Strukturen: Das St. Pöltner Modell

Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsarbeit erfordert eine Institutionalisierung in der Verwaltung, um diese als kommunale Daueraufgabe zu etablieren. Politik und Verwaltung nehmen so ihre Verantwortung für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung wahr und stellen ihre Handlungsfähigkeit für zukünftige Herausforderungen im Umgang mit dem Klimawandel sicher.

Die bestehenden Arbeitsabläufe innerhalb des Magistrats sind historisch gewachsen und entfalten für die erfolgreiche Erledigung der täglichen Verwaltungsaufgaben eine effektive Wirkung. Für die Bearbeitung neuer komplexer Themenstellungen, wie z.B. durch die Klimakrise ausgelöst, benötigt es allerdings teilweise eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Fachabteilungen. Denn mit der Klimakrise gehen für die Verwaltung neue Tätigkeitsbereiche, wie die Entwicklung von Treibhausgas-Bilanzierungen und entsprechenden Absenkpfeifen etc., einher. Diese Aufgaben sind in ihrer Bearbeitung von einer hohen Komplexität geprägt, da sie in der Regel nicht nur ein einzelnes Fachgebiet betreffen, sondern ein integriertes Denken und Handeln erfordern.

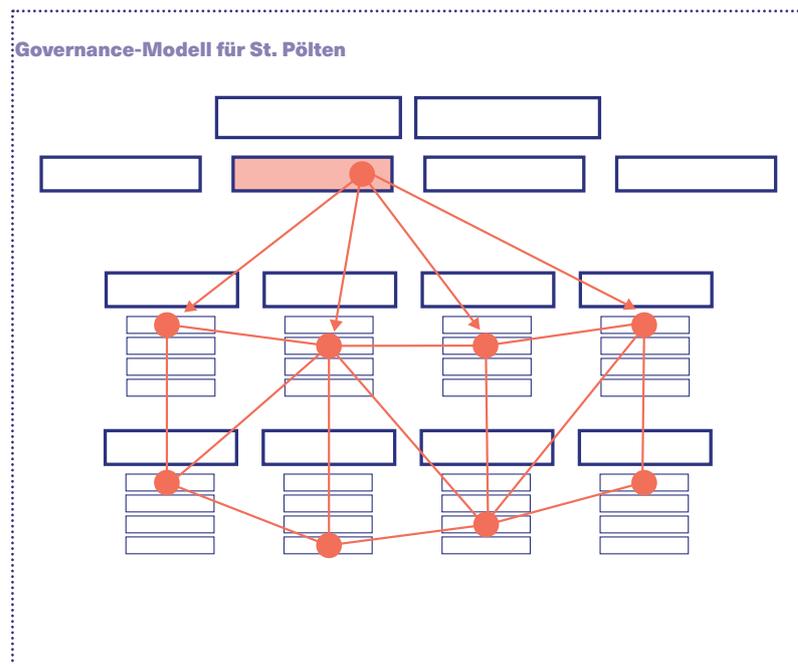
Für diesen Austausch sind neue Kapazitäten erforderlich, denn die zwingend zu erledigenden Aufgaben der Verwaltung lassen kaum einen darüberhinausgehenden zeitlichen Spielraum, zum Entwickeln neuer innovativer Lösungsansätze, zu. Dieses gemeinsame Planen und Zusammenführen unterschiedlicher fachlicher Kompetenzen ist allerdings unumgänglich, um stadtspezifische Methodiken zum Umgang mit der Klimakrise zu finden.

Die Stadt St. Pölten möchte sich dieser Herausforderung stellen und gemeinsam neue Kommunikationsprozesse entwickeln. Die Förderung von integriertem Handeln soll nicht nur den Informationsfluss zwischen den einzelnen Zuständigkeiten fördern, sondern vor allem auch das Entwickeln neuer innovativer Ansätze ermöglichen. Als Initiator und Organisator dahingehender Dialoge soll eine Klimakoordinationsstelle implementiert werden. Dadurch kann

eine Zuständigkeit geschaffen werden, welche den projektbezogenen, interdisziplinären Austausch hinsichtlich Klimaarbeit vorantreibt, um so gemeinsam zu neuen Ideen und Lösungen zu kommen. Gleichzeitig gilt es, die bestehenden Zuständigkeiten, Verantwortungsbereiche und Abläufe zu bewahren und zu stärken – die Bearbeitung von inhaltlichen klimarelevanten Aufgabenstellungen, z.B. Mobilität, Innenverdichtung, Nutzungsmix, etc. muss weiterhin in den Fachabteilungen aufrechterhalten bleiben, da hier die erforderlichen Expertisen bereits vorhanden sind und sich so auch komplexe Einzelfragen beantworten lassen, welche jene fachlichen Erfahrungen der Abteilungen erfordern. Die Klimakoordinationsstelle dient somit als Ergänzung der bestehenden Zuständigkeiten als treibende Kraft des Wandels und Motor der kommunalen Klimaschutzarbeit innerhalb der Verwaltung.

Selbstverständlich reicht es nicht aus, ausschließlich die Klimakoordinationsstelle mit neuen Personalressourcen zu besetzen – aufgrund neuer fachlicher Tätigkeitsbereiche braucht es ergänzend dazu einen Kapazitäten- und vor allem auch Kompetenzaufbau in den Abteilungen. Mit den zunehmenden Handlungsfeldern entsteht ein Mehraufwand, welcher durch das aktuelle Personal kaum abgedeckt werden kann. Folglich ist es notwendig, in den einzelnen betroffenen Abteilungen bedarfsgerecht Kapazitäten auszuweiten, um so den Erfordernissen gerecht werden zu können. Dadurch kann sichergestellt werden, dass sich in den jeweiligen Abteilungen Expert:innen aktiv mit den Möglichkeiten zur Klimaarbeit in ihrem eigenen Fachgebiet beschäftigen und somit die dahingehende Entwicklung vorantreiben.

Gleichzeitig ist es nicht nur erforderlich, neue Personalressourcen mit entsprechenden Klimakompetenzen in den jeweiligen Fachgebieten zu schaffen, sondern auch das bestehende Personal in jene Richtung auszubilden. Damit die Auswirkungen von Projekten auf das Klima von der Verwaltung gesamtheitlich berücksichtigt werden kann, muss jene Kompetenz auch bei allen Mitarbeiter:innen verankert sein. Allgemeinbildende, aber auch fachlich spezifische Workshops und Seminare sollen dabei helfen, das bestehende Personal entsprechend zu schulen, um im Speziellen langjährige Mitarbeiter:innen hinsichtlich neuer Themenstellungen und Herausforderungen weiterzubilden.



**Resiliente Struktur:
Prinzip Netzwerk mit treibender Kraft**

- Abteilungsübergreifende Kommunikationsprozesse ermöglichen projektbezogene und inter-/transdisziplinäre Kooperationen und Zusammenarbeit zwischen den spezialisierten Fachbereichen sowie ein integriertes Handeln.
- Es braucht weiterhin klare Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche, weil sich damit auch kompliziertere Einzelfragen beantworten lassen, die Spezialisierung der Abteilungen erfordern.
- Ergänzung bestehender Zuständigkeiten durch eine Koordinationsstelle als treibende Kraft des Wandels und Motor der kommunalen Klimaschutzarbeit innerhalb der Verwaltung. Kapazitäten- und Kompetenzaufbau in den Abteilungen. .

Aufgabenfelder der Klima-Koordinationsstelle:

Damit die Klimakoordinationsstelle effektiv handeln kann, ist eine Verankerung nahe an der Politik als Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung unabdinglich.

Organisatorisch, kommunikativ

Als Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung dient die Klimakoordinationsstelle der Unterstützung und Steuerung von Klimamaßnahmen. Durch die Vorbereitung wichtiger klimapolitischer Entscheidungen soll der Gemeinderat hinsichtlich der Auswirkungen diverser Vorhaben auf den St. Pöltner Klimaschutz informiert werden. Gleichzeitig steht die Stelle allen Entscheidungsträger:innen für klimawandelbezogene Beratungen zur Verfügung.

Innerhalb der Verwaltungsstruktur dient die Klimakoordinationsstelle ebenso als Ansprechpartner:in und Drehscheibe für klimabezogene Fragen und Ideen. Sowohl die Kolleg:innen anderer Abteilungen als auch die Bevölkerung können sich an die Stelle wenden, um Informationen hinsichtlich aktueller Klimaprojekte sowie potenzielle Anknüpfungspunkte zu erhalten. Dabei steht vor allem die Vernetzung und Koordination der betroffenen Geschäftsbereiche, städtischen Unternehmen sowie externen Partner:innen als übergeordnetes Ziel im Vordergrund. Verschiedene Maßnahmen sollen ergänzend dazu das Bewusstsein der dringenden Handlungserfordernis sowohl nach innen (Verwaltung) als nach außen (Bevölkerung) stärken.

Die Klimakoordinationsstelle dient in weiterer Folge auch dem fortwährenden Aufbau einer Klimagovernance. Zum einen durch Bewusstseinsbildung und das Organisieren von Weiterbildungen, zum anderen auch bei der Erweiterung der Fachexpertise in den Abteilungen. Durch Beratungen bei Stellenbesetzungen soll das Thema der Klimaarbeit in Zukunft bei Neubesetzungen hochrangige Berücksichtigung finden. Das Organisieren und Informieren der Kolleg:innen hinsichtlich Weiterbildungsmöglichkeiten ermöglicht eine Stärkung der fachlichen Kompetenz innerhalb des Magistrats.

Fachlich, inhaltlich

St. Pölten kann in der bevorstehenden Klimaarbeit bereits von dem umfangreichen Erfahrungsschatz anderer Städte lernen. Indem sich die Klimakoordinationsstelle aktiv in die verschiedenen (inter-)nationalen Netzwerke einbringt, können klimarelevante Innovation sowie Information frühzeitig aufgegriffen und an die zuständigen Geschäftsbereiche und Abteilungen weitergegeben werden. Dabei spielt auch das Thema potenzieller Fördereinreichungen eine große Rolle. Durch den Austausch mit anderen Städten sowie Ministerien und Bundeseinrichtungen (z.B. Klima- und Energiefonds) soll sich die Stadt über die Klimakoordinationsstelle rechtzeitig über unterschiedliche Fördermöglichkeiten informieren. Das ist im Speziellen für die Realisierung der konzipierten Vorhaben unabdingbar.

Inhaltlich ist die Klimakoordinationsstelle vorrangig mit der Planung und Koordination von Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen betraut. Die Klima-Rahmenstrategie bildet dafür einen Arbeitsanstoß, welchen es weiterzuführen, zu konkretisieren sowie schrittweise anzupassen gilt.

Dabei ist auch die Einbindung der Bevölkerung zentral. Durch den aktiven Dialog und verschiedene Interventionen soll das Bewusstsein der St. Pöltner:innen zu Klimaschutzmaßnahmen in ihrem eigenen Handlungsspielraum gestärkt werden.



ORGANISATORISCH, KOMMUNIKATIV

Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung

- Unterstützung des St. Pöltner Gemeinderats bei der Steuerung von Klimamaßnahmen
- Vorbereitung wichtiger klimapolitischer Entscheidungen
- Ansprechpartner:in und Drehscheibe für klimabezogene Fragen und Ideen am Magistrat der Stadt St. Pölten
- Steht allen Entscheidungsträger:innen für klimawandelbezogene Beratung zur Verfügung

Aufbau der Klimagovernance

- Bewusstseinsbildung innerhalb der Verwaltung
- Lobbyarbeit für Klimathemen bei städtischen Unternehmen und Einrichtungen
- Vernetzung und Koordination der relevanten Abteilungen, den Unternehmen der Stadt sowie externen Partner:innen
- Konzeption und Aufbau von weiteren Strukturen und Instrumenten
- Ergänzendes Recruitment für Fachexpertise: Beratung bei Stellenbesetzungen

Planung und Koordination von Maßnahmen (Klimaschutz und Klimawandelanpassung)

- Weiterführung, Überarbeitung und Anpassung der Klima-Rahmenstrategie
- Erarbeitung Monitoringkonzept
- Planung & Koordination der Umsetzung der in der Klima-Rahmenstrategie angeführten Maßnahmen
- Organisatorische Umsetzung von themenbezogenen Veranstaltungen
- Einholen von fachspezifischer Expertise & Know-How wo nötig

FACHLICH, INHALTLICH

Vernetzung auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene

- Beteiligung der Stadt in den bundesweiten Netzwerken
- Greift relevante Innovationen und Informationen frühzeitig auf und kann diese an die relevanten Geschäftsbereiche und die Magistratsdirektion weitergeben
- Expertise zu Fördermöglichkeiten
- Akquise von Fördermitteln

So geht es jetzt weiter:

Nach der Behandlung der Klima-Rahmenstrategie im Gemeinderat wird mit der Entwicklung der Zuständigkeiten der Verwaltung hinsichtlich Klimaaarbeit und somit dem Aufbau des "St. Pöltner Modells" begonnen. Die Handlungsempfehlungen der Klima-Rahmenstrategie müssen weiterentwickelt werden und erste Schritte in die Umsetzung gebracht werden.

Mit F4UM hat sich St. Pölten zum ersten Mal auf übergeordneter Ebene mit den Themen Klimaschutz und Klimawandelanpassung befasst. Der Prozess hat zu einem intensiven Austausch innerhalb der Verwaltung geführt und den Bewusstseinsbildungsprozess für Klimathemen in der Politik und der Verwaltung weiter in Gang gesetzt. Besonders wichtig war für die Stadt der Austausch und die Vernetzung auf nationaler Ebene im F4UM-Prozess. Durch die Beteiligung in den bundesweiten Städtenetzwerken sind für St. Pölten wesentliche Lerneffekte entstanden.

Mit dem Aufsetzen der Klima-Rahmenstrategie wurden wichtige erste Schritte identifiziert und Maßnahmen für einen integrierten Ansatz festgelegt. Dennoch ist die Klima-Rahmenstrategie nur ein erster Schritt, ein Arbeitsanstoß und Impulsgeber.

Um die Handlungsempfehlungen der Strategie in einem nächsten Schritt konkreter zu beleuchten und zu entwickeln, hat St. Pölten Überlegungen hinsichtlich neuer Zuständigkeiten

angestellt, welche den projektbezogenen, interdisziplinären Austausch hinsichtlich Klimaaarbeit vorantreiben soll. Diesen Aufbau gilt es nun zu konkretisieren und Möglichkeiten zur Umsetzung zu finden.

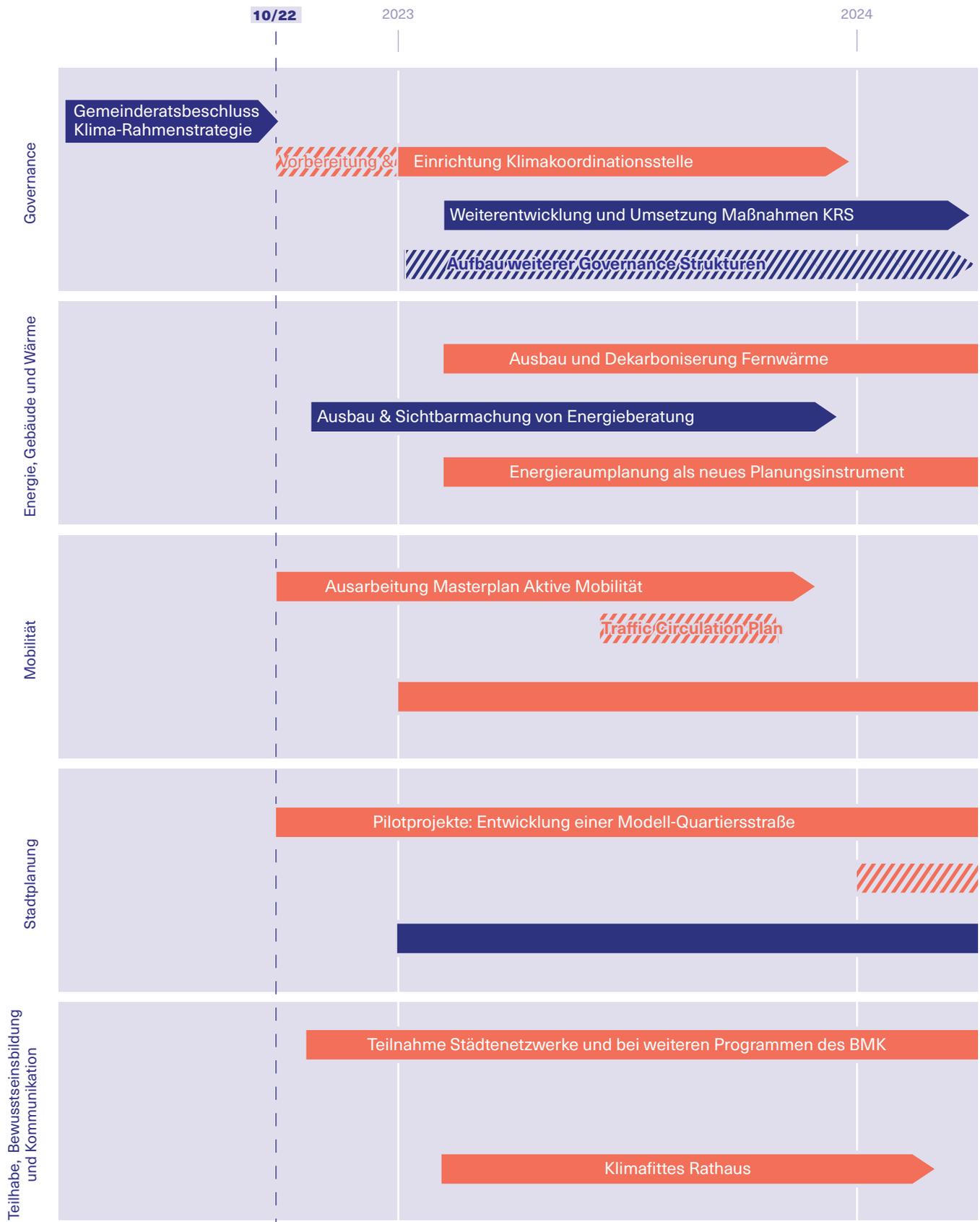
St. Pölten wird auch weiterhin in den nationalen Netzwerken aktiv bleiben und sich auch an weiteren Programmen des BMK beteiligen.

Die positive Behandlung der Rahmenstrategie im Gemeinderat, verdeutlicht das Commitment der Politik, den nun begonnenen Weg weiter zu gehen!





Mögliche erste Schritte zur Umsetzung:



Die Klima-Rahmenstrategie wurde unter Verwendung von Fördermitteln der FFG & des Klima- und Energiefonds erstellt.



Die Durchführung des Planungsprozesses und die inhaltliche Bearbeitung erfolgt durch: Magistrat St. Pölten



Interne Projektleitung, Magistrat St. Pölten: Abteilung Stadtplanung

DI Carina Wenda



Hauptverantwortlich für Prozess und Bearbeitung:

RAUMPOSITION.

Scheuvens | Allmeier | Ziegler OG

DI Daniela Allmeier, DI Clara Linsmeier, BA



con.sens Mobilitätsdesign

DI Florian Kratochwil, Johann Schneider BSc.

3:0 Landschaftsplanung

Gachowetz Luger Zimmermann OG

DI Robert Luger

FH St. Pölten

Dr. Alexandra Anderlüh



TU Wien, Future Lab

DI Jonathan Fetka

Weatherpark GmbH

Meteorologische Forschung und Dienstleistungen

Ingenieurbüro für Meteorologie

Mag. Simon Tschannett, Maria Feichtinger MSc



Gestaltung, Layout und Endredaktion:

RAUMPOSITION.

Scheuvens | Allmeier | Ziegler OG

DI Daniela Allmeier, DI Clara Linsmeier, DI Denis Wizke



Bildnachweis

Illustrationen S. 30-36: Robert Luger, 3:0 Landschaftsplanung



Sonstige Fotos, Darstellungen, Diagramme, Karten und Pläne (sofern nicht anders angegeben): RAUMPOSITION.



09/ 2022